

Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 04.10.2018

Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Neuankennung der Fachforen
- 3 TOP 3 Präferenzwahlen
- 4 TOP 4 Bewegt euch: Umwelt retten!
- 5 TOP 5 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND
- 6 TOP 6 Finanzen
- 7 TOP 7 Rechenschaftsbericht und Entlastung des Bundesvorstands
- 8 TOP 8 Wahl des Bundesvorstands
- 9 TOP 9 Arbeitsprogramm
- 10 TOP 10 Europa anders machen
- 11 TOP 11 Verschiedene Anträge
- 12 TOP 99 Wahl der Fachforen-Koordinierenden
- 13 TOP 100 Nachwahl der Delegierten zu den Grünen Bundesarbeitsgemeinschaften

A1-B #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,
2 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden
3 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND fordert einen
4 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und
5 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Wir
6 schließen uns ihren Rufen an: Kohle stoppen! Wir stehen an einem Scheideweg der
7 deutschen Politik: Machen wir weiter nur Lippenbekenntnisse zu internationalen
8 Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor unserer eigenen Haustür Wälder für
9 den Weiterbetrieb eines der dreckigsten und umweltschädlichsten Geschäftsmodell
10 aller Zeiten roden, oder leiten wir die Wende zu einem innovativen und alles
11 veränderndem Klimaschutz ein?

12 Die GRÜNE JUGEND stellt fest, dass die Landesregierungen jener Bundesländer, in
13 denen Braunkohle gefördert und verbrannt wird, nicht gewillt sind, diese Frage
14 aufrichtig zu beantworten. Sei es die schwarz-gelbe Regierung in NRW, die rot-
15 rote Regierung in Brandenburg oder die schwarz-rote sächsische Landesregierung.
16 Die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Armin Laschet hat sich in der
17 Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in diesem Herbst zur Handlangerin des
18 Kohlekonzerns RWE und zu einer gefährlichen Eskalationstreiberin entwickelt.
19 Unter dem Strich bleibt eine politische Bankrotterklärung für diese Regierung:
20 Der vermutlich größte und teuerste Polizeieinsatz NRWs, der tausende
21 Polizist*innen verheizt und unzählige Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht
22 hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-Protest der deutschen Geschichte, an dem
23 fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu
24 demonstrieren. Und eine herbe Blamage vor höchster gerichtlicher Instanz, als
25 das Oberverwaltungsgericht Münster die Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit
26 das gesamte Vorgehen der Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ,
27 man setze im Hambacher Wald lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein
28 Kartenhaus in sich zusammenfiel.

29 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle
30 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist
31 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine

32 Kehrtwende in der Politik!

33 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

34 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten
35 Katastrophe, denn die deutschen Kohle-Bundesländer sind Brandherde der
36 europäischen CO₂-Emissionen: Höher als in den USA und fast doppelt so hoch wie
37 in Gesamtdeutschland liegt der Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014).
38 Ähnlich hoch ist er in Sachsen. Speerspitze ist jedoch Brandenburg, dort wird
39 pro Person 2,5 mal so viel CO₂ ausgestoßen wie in Gesamtdeutschland. Der
40 Zusammenhang zur historisch starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar:
41 69 % des nordrhein-westfälischen Energiemixes speisen sich aus der
42 Kohleverstromung (2016: Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener
43 Braunkohlekonzern RWE rangiert auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen
44 weltweit. In Brandenburg stammen 60 % des produzierten Stroms aus der Braunkohle
45 - in Sachsen sind es satte 75 %. Es ist vor diesem Hintergrund nicht von der
46 Hand zu weisen, dass Deutschland sich seiner Verantwortung als großer Mittäter
47 in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

48 In der Lausitz und am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche
49 Klimaschutzpolitik. Das Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Das
50 Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren
51 Klimaschutzmaßnahmen. Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher Wald
52 liegt, werden Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein. Würde
53 die Braunkohle direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel CO₂,
54 dass Wald-Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald nötig
55 würden, um die entstehenden Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst zynisch,
56 dass RWE mit der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes Fakten
57 schaffen wollte, obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung
58 des Pariser Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf Bundesebene
59 derzeit über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt und ein
60 vorzeitiger, notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch benötigten,
61 aber bisher genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. Bei einem
62 Kohleausstieg bis 2030 würden beispielsweise nur noch 450 Millionen Tonnen
63 Braunkohle, also 20 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten
64 Braunkohlemenge, benötigt werden. Eine Rodung des Hambacher Waldes wäre unter
65 diesen Voraussetzungen nicht nur unnötig, sondern verkommt zu einem
66 Aggressionakt der Kohlelobby.

67 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum
68 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

69 *Wir fordern*

- 70
- Kohleausstieg jetzt - Der Ausstieg muss sofort starten!

- 71
- Neue Leitentscheidungen der Landesregierungen zu den Tagebauen
- 72
- Intensivierung der Klimafolgenanpassung

73 **Welt retten? Wald retten!**

74 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht
75 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes
76 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es dauert
77 Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben über 140
78 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung" plant. Ob sich
79 die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst umsiedeln lassen, ist
80 für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese ansässigen
81 gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

82 Auch im Bereich der CO₂-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald
83 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann
84 dementsprechend viel mehr CO₂ speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das
85 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt
86 erhalten werden muss!

87

88

89 In der Niederlausitz wird der Wald östlich des Ortes Taubendorf schrittweise für
90 den Braunkohletagebau Jänschwalde gerodet. Wir lehnen die Rodung im genehmigten
91 Ausmaß ab und wollen auch dort so viel Wald wie möglich erhalten, der
92 gleichzeitig Staub- und Lärmschutz für die Anwohner*innen bietet. Wir sehen
93 nicht ein, dass Eigentümer*innen von kleinen Waldstücken zugunsten der
94 Braunkohle enteignet werden.

95 *Wir fordern:*

- 96
- Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung
- 97
- den Erhalt aller weiteren Wälder, die der Braunkohle weichen sollen

98 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer*innen**
99 **des Waldes!**

100 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen
101 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes
102 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon mitbekam.
103 Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig. Durch den
104 größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut die Welt
105 nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer*innen,

106 Unterstützer*innen und Aktivist*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche
107 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für
108 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer
109 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich
110 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes
111 aussprechen.

112 *Wir fordern:*

- 113 • Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen
114 Protestformen
- 115 • In diesem Zusammenhang Solidarität mit der Besetzung von [#HambiBleibt](#), den
116 Protesten von Ende Gelände und dem zahlreichen Protest von
117 Bürger*inneninitiativen vor Ort

118 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: NRW-Landesregierung muss ihr**
119 **repressives Rechtsverständnis überwinden!**

120 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die
121 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf
122 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang
123 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche Anlagen
124 zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit wurde der
125 juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz der Polizei
126 gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub von
127 Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten
128 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So
129 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimobilien" angeordnet, die
130 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals
131 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium
132 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze zu
133 legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer
134 ein dialogorientierter Interessenausgleich stehen anstelle von repressiver
135 Eskalation.

136 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum
137 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung mit
138 ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während viele
139 Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter*innen u.a. von der
140 Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von Polizeikräften
141 und RWE-Mitarbeiter*innen Hand in Hand. RWE stellte die benötigte Infrastruktur
142 für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume fällen und Schneisen in den Wald
143 schlagen, um einen zügigen Ablauf der Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen
144 von Bäumen vor Beginn der Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis

145 Düren und die Stadt Kerpen haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur
146 Rodungen zur Ermöglichung der Räumung stattfinden.

147 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,
148 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in
149 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den
150 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier
151 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts
152 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

153 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-
154 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit
155 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die
156 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde
157 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen
158 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister
159 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist*innen nach dem tragischen Tod eines
160 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist*innen als
161 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda
162 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist*innen auch hier die
163 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

164 *Wir fordern:*

- 165 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der
166 Räumungsaktionen

167 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

168 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im
169 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der
170 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die
171 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des
172 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt*innen in den
173 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer
174 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist*innen,
175 als auch die Beamt*innen. Viele Beamt*innen hatten zurecht das Gefühl, von der
176 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen
177 Einsatz mussten viele Beamt*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und
178 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster
179 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

180 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die
181 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiate Vorgehen gegen
182

183 friedliche Aktivist*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen
184 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals
185 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines Konzerns
eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

186 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei
187 offensichtlich an anderen Stellen NRW fehlte. Ende September marschierten in
188 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen
189 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häusernächern auf sich aufmerksam
190 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ, schockierte
191 zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul
192 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche
193 Gewalttätigkeit von Aktivist*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,
194 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen
195 friedliche Umweltschützer*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen
196 verschließt.

197 Wenn Politiker*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock
198 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss
199 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

200 *Wir fordern:*

- 201 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 202 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in allen Bundesländern

203 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare sind**
204 **möglich!**

205 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so
206 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten
207 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig
208 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind
209 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest
210 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der
211 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher
212 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im
213 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als
214 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen
215 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE
216 und deren politischen Unterstützer*innen.

217 *Wir fordern:*

- 218 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 219 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 220 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 221 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind,
222 als Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 223 • Ein europäisches Energienetz

224 **Wirtschaftsdemokratie fördern: Monopolwirtschaft bekämpfen, Netze**
225 **verstaatlichen!**

226
227 Die Blackout-Drohung von RWE ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die
228 Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von den vier Energieriesen (RWE,
229 EnBW, Vattenfall, E.ON) darstellt. Auch die Tatsache, dass sich die nordrhein-
230 westfälische Landesregierung zum Büttel macht, zeugt von dem viel zu großen,
231 antidemokratischen Einfluss, den diese Konzerne auf die Politik haben. Die "too
232 big to fail"-Sonderstellung, mit der die Energiewende politisch,
233 propagandistisch und technologisch bekämpft wird, ist nicht länger tolerierbar.
234 Außer der schieren Größe ist auch die Unternehmensstruktur problematisch: Jede
235 Netzinfrastuktur bedeutet (regionale) sogenannte "natürliche Monopole". RWE und
236 Co. sind aber nicht nur regionale Monopolisten, was an sich schon politisch
237 gefährliche Marktmacht und überhöhte Preise bedeutet, sondern gleichzeitig
238 Stromproduzenten, die damit in einen Interessenkonflikt geraten, weil die
239 Bereitsteller*innen der Infrastruktur die Bedingungen diktieren, zu denen Strom
240 eingespeist bzw. verkauft wird. Und auch wenn die Bundesnetzagentur einen
241 übermäßigen Machtmissbrauch verhindert, zeigt die Verschleppung des Netzausbaus
242 im Sinne der erneuerbaren Energien, dass die Energieriesen ihre kohlebasierte
243 Grundversorgung gegenüber den schwankenden Erneuerbaren begünstigen und damit
244 die Energiewende bekämpfen können.

245
246 *Wir fordern:*

- 247 • Eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieerzeugung
- 248 • Verstaatlichung der Energienetze

249 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

250 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren
251 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle
252 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als

253 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen in den Kohlerevieren zu
254 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern
255 für die GRÜNE JUGEND zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine
256 gerechtere Welt.

257 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei dazu,
258 dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte Kündigungen
259 auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es in den Revieren viel
260 zu tun. Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die Arbeitsplätze
261 bindet. Darüber hinaus müssen Investitionen der Konzerne LEAG, MIGRAB und RWE,
262 zu denen sie sich verpflichten müssen, sowie öffentliche Investitionen einen
263 raschen Strukturwandel fördern, der auch neue Beschäftigungsperspektiven schafft
264 und auch der Industrie und dem Gewerbe in den Regionen, die mittel- oder
265 unmittelbar vom bisherigen Braunkohlegeschäft abhängig waren, eine Zukunft
266 bietet. Angepackt werden muss das Problem der Infrastruktur, die durch die
267 Tagebaulöcher in der Region, teilweise stark zerteilt ist und ganze Ortschaften
268 abgeschnitten hat. Gemeinsam haben die Regionen, dass ein verbesserter Anschluss
269 mit dem ÖPNV, Breitbandausbau, Digitalisierung oder Modellprojekte in der
270 Erprobung neuer Technologien Chancen für die Regionen darstellen. Besonders
271 große Herausforderungen sehen wir in den Revieren der neuen Bundesländer. Die
272 Regionen sind deutlich stärker von Abwanderung, maroder Infrastruktur aus DDR-
273 Zeiten und der Sparpolitik der letzten drei Jahrzehnte betroffen. Hinzu kommt,
274 dass im lausitzer und mitteldeutschen Revier wesentlich weniger andere
275 Arbeitgeber existieren. Die vielen Strukturbrüche in den ostdeutschen
276 Lebensläufen verstärken die Angst vor einem erneuten Strukturbruch. Hier müssen
277 wir klar machen, dass wir den schon begonnen Strukturwandel geordnet,
278 sozialverträglich, aber zügig weiterführen wollen. Wir fordern, dass die
279 Bundesregierung sich gezielt mit der Frage des Strukturwandel in den neuen
280 Bundesländern auseinandersetzt. Hier muss endlich die Ansiedelung von
281 Zukunftsbranchen und öffentlichen Behörden vorangetrieben werden und der Ausbau
282 oder die Elektrifizierung wichtiger Zugverbindungen wie Lübbenau-Cottbus oder
283 Cottbus-Görlitz dürfen im Bundesverkehrswegeplan nicht mehr auf das Abstellgleis
284 gestellt werden. Zudem sehen wir es als notwendig an, dass ein sogenannter
285 Lausitz-Fond des Bundes gezielt Geld in die Regionen bringt. Die Politik muss
286 jetzt mit den Menschen in allen Regionen in Dialog treten und mit ihnen
287 gemeinsam den Strukturwandel auf den richtigen Weg bringen.

288 Klar für uns ist auch: Die Konzerne sind mit dem Ende der Braunkohleverstromung
289 noch lange nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern tragen eine dauerhafte
290 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den
291 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und
292 zukunftsfähige Neuentwicklung der dann ehemaligen Braunkohle Regionen
293 voranzutreiben. Dafür werden sie Rückstellungen bereithalten müssen, um für
294 Kosten aufzukommen. Auch dürfen bei der Neuentwicklung der Regionen und der
295 Entwicklung von alten Tagebaubetreiber-Flächen nicht die Gewinninteressen der
296 Konzerne, sondern die Interessen der Regionen und der Allgemeinheit als Ganzes

297 besonders berücksichtigt werden.

298 *Wir fordern:*

- 299 • Eine Beschäftigungsgarantie für die Tagebaubeschäftigten
- 300 • Umschulungsmöglichkeiten für Tagebaubeschäftigte hin zu
301 Beschäftigungsmöglichkeiten im Sektor der erneuerbaren Energien
- 302 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung in
303 allen Revieren
- 304 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 305 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle
306 sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften
- 307 • Die gesamtgesellschaftliche Voranbringung von Konzepten zur sozialen und
308 bedingungslosen Grundsicherung, die über die Tagebaubeschäftigten
309 hinausgeht
- 310 • Ein besonderes Augenmerk auf den Strukturwandel in den neuen Bundesländern
311 mit Investitionen des Bundes

312 **Die Dörfer müssen Leben!**

313 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die
314 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,
315 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch
316 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,
317 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die
318 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist
319 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der
320 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht
321 Plünder*innen an. Zudem haben die Hauseigentümer*innen oftmals Investitionen in
322 ihre Immobilien aufgeschoben.

323 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es ein
324 Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der
325 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die
326 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden in
327 den Revieren weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine Rückkehr
328 in ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden. In diesem

329 Zusammenhang zeigen wir uns auch solidarisch mit den zahlreichen Hausbesetzungen
330 rund um die von Abaggerungen betroffenen Dörfer, die Perspektiven für die
331 verloren geglaubten Ortschaften aufzeigen.

332 Wir fordern:

- 333 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer*innen, deren Häuser noch
334 stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die Häuser
335 bereits abgerissen wurden.

- 336 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,
337 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.

- 338 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen
339 Dörfern.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A2-B Bewegt euch: Umwelt retten!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Tausende Menschen gingen bei #unteilbar,
2 der Seebrücke und #hambibleibt auf die Straße. Ihre Forderungen - und auch die
3 grünen Wahlerfolge - zeigen, dass es
4 möglich ist, viele Menschen für globale Solidarität, ambitionierte Umweltpolitik
5 und einen progressiven pro-europäischen Kurs zu begeistern. All dies sind
6 Elemente einer Politik, die nicht auf
7 Abschottung, der Ausbeutung von Mensch und Umwelt und der Auslagerung von
8 Problemen auf marginalisierte Gruppen und die Umwelt beruht.

9 Diese Proteste sind auch eine Antwort auf die multiplen Krisen, die wir erleben:
10 Weltweites Artensterben, Klimakatastrophe, Bankenkrise, der Abbau des
11 Sozialstaats, das globale Voranschreiten von Autoritarismus und Ausgrenzung. Als
12 Antwort verstecken sich politische Rechte und Konservative hinter Abschottung,
13 Ausbeutung und Grenzschießung.

14 Die politische Trennlinie verläuft dabei immer stärker zwischen einem
15 transnationalen Politikentwurf und nationalem Egoismus. Wenn Donald Trump das
16 Pariser Klimaabkommen oder 250.000 Faschist*innen in Polen aufmarschieren machen
17 wir gemeinsam mit progressiven politischen

18 Bewegungen klar: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen. In diesem Kontext ist
19 für uns auch die Lösung der sozialen Frage, wie sie Sahara Wagenknecht vertritt,
20 keine Lösung. Denn jeder Mensch hat

21 dieselben Rechte, unabhängig davon, an welchem Ort auf der Erde er*sie geboren
22 ist oder lebt. Uns ist bewusst, dass wir die großen politischen
23 Herausforderungen, wie die Klimakatastrophe, den Verlust von Biodiversität,
24 Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Hunger, Armut,
25 Umweltverschmutzung, Krieg und Gewalt nicht mit Kleinstaaterei und Nationalismus
26 lösen werden.

27 Wir wollen diese Probleme grundsätzlich angehen und keinen Scheinlösungen
28 hinterherlaufen. Es geht uns um den Aufbau breiter Gerechtigkeitsperspektiven,
29 die aufhören Lohnabhängige global gegeneinander auszuspielen. Es geht uns darum,
30 für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, indem wir Umwelt und Soziales miteinander zu
31 verknüpfen. Beides gegeneinander auszuspielen verstärkt Ungerechtigkeit und
32 Ungleichheit.

33 **Ausbeutung, Auslagerung und Abschottung**

34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80

Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten nicht nur Eliten, sondern auch anderen Schichten der Bevölkerung des Globalen Nordens Teilhabe an einem höheren Wohlstand. Zwar ermöglichten Kämpfe der Arbeiter*innen, vor allem im Globalen Norden Lohnsteigerungen und eine Ausweitung des Sozialstaats. Diese ging allerdings mit einer verstärkten Ausbeutung von Lohnabhängigen und natürlichen Ressourcen, vor allem im Globalen Süden einher.

Mit der globalen Ausbreitung neoliberaler Dogmen ab den 70er Jahren wurde der Wunsch nach Teilhabe an diesem Wohlstandsmodell auch in Ländern wie Brasilien, Indien, China oder Südafrika größer. In Deutschland schlägt sich diese Ausweitung neoliberaler Dogmen im weiter voranschreitenden Abbau des Sozialstaats wieder.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

So wird die Produktion von Gütern durch die Ausbeutung von Mensch und Umwelt ermöglicht. Dies beinhaltet beispielsweise Landgrabbing durch multinationale Konzerne im Globalen Süden, Lohndumping im Norden, die Missachtung von Arbeitsschutzbestimmungen und die massive Zerstörung von Biodiversität, wie sie beispielsweise bei der Abholzung von Regenwäldern oder dem globalen Insektensterben deutlich wird.

Darüber hinaus werden die Kosten und Folgen von Produktion und Konsum vom Globalen Norden in den Globalen Süden ausgelagert, also externalisiert. Große Teile der Produktion im globalen Norden basieren beispielsweise auf der Nutzung fossiler Energieträger. Die Folgen durch die Klimakrise sind allseits bekannt. Sie belasten vor allem den Globalen Süden. Darüber hinaus werden insbesondere durch den Globalen Norden globale Senken in Anspruch genommen. Darunter sind Aspekte des globalen Ökosystems zu verstehen, die für die Entsorgung von Abfallprodukten genutzt werden. Beispiele sind die Atmosphäre, in die Treibhausgase gelangen, Böden, die unter Mülldeponien liegen oder Meere, die

81 sich immer stärker mit Plastik und anderem Müll anreichern und die auch CO₂
82 speichern. Doch die Kapazität dieser Senken ist endlich, ihre Übernutzung führt
83 zu einer Verstärkung jetzt schon bestehender Ungerechtigkeiten.

84
85 Das System kann in der jetzigen Form nur bestehen, wenn es Ressourcen gibt, die
86 ausgebeutet werden können und Externalisierung möglich ist. Ausgrenzung und
87 Ungerechtigkeit ermöglichen die Funktion des Systems.

88
89 Dies sind zentrale Elemente von Produktion und Reproduktion kapitalistischer
90 Gesellschaften: Menschen und Umwelt werden ausgebeutet. Kapitalistische Zentren
91 lagern die Kosten ihres Lebensstils in den Globalen Süden aus. Die
92 Wirtschaftsweise des Globalen Nordens ist von diesen Elementen abhängig. Macht,
93 Herrschaft, Ungleichheit und auch Gewalt ermöglichen momentan die
94 Aufrechterhaltung dieser Wirtschaftsweise.

95
96 Wir sehen die Folgen dieser Art des Wirtschaftens. Als Antwort werden materielle
97 Zugeständnisse seitens der herrschenden Klassen zurückgeschraubt und Freiheiten
98 immer weiter eingeschränkt. In diesen Tenor verfällt auch die politische Rechte.
99 Ihre Antwort basiert auf Abschottung, Neoliberalisierung und Ausgrenzung.

100
101 Um die oben genannten Probleme zu lösen, müssen wir für ein freiheitliches,
102 solidarisch-kooperatives Leben im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres
103 Planeten, also für die Überwindung des
104 Kapitalismus, streiten. Das schaffen wir nicht alleine. Wir müssen uns an der
105 Seite politischer Bewegungen und der Zivilgesellschaft einmischen. Und wir
106 müssen Kämpfe global miteinander verknüpfen: Globale und lokale Kämpfe gehören
107 zusammen. Und die vermeintliche Trennung zwischen „Umwelt“ und „Sozialem“ ist
108 keine. Beide Aspekte müssen zusammengedacht werden, denn Wohlstand darf nicht
109 auf Ausbeutung, Externalisierung und Exklusivität beruhen. Wir wollen eine
110 globale Politik, die ambitioniert-radikale Umweltpolitik und soziale
111 Gerechtigkeit zusammen denkt. Daraus leitet sich unser Bestreben nach einem
112 radikalen Wandel ab. Doch um diese Vision zu
113 erreichen, gibt es keine grundlegende Lösung. Wir müssen mit vielen kleinen
114 Schritten eine globale Transformation anstoßen, um Wandlungsprozesse wie
115 Globalisierung, ein linkes Europa, die Überwindung nationalstaatlicher
116 Gedankenkonstrukte und des Kapitalismus sowie eine solidarische Weltgemeinschaft
117 sind dafür notwendiger denn je! Lohnabhängige dürfen dabei nicht gegeneinander
118 ausgespielt werden.

119 **Kampf gegen Umweltzerstörung als Ausgangspunkt für eine globale Politik**

120 Wir stehen momentan vor gravierenden Umweltproblemen, die schon jetzt extreme
121 Auswirkungen auch auf uns Menschen haben. Das weltweite Artensterben, das
122 hauptsächlich vom Menschen verschuldet wird, stellt eine der größten globalen
123 Krisen unserer Zeit dar. Wir brauchen Biodiversität für intakte Ökosysteme, die
124 für uns lebenswichtige Dienstleistungen bereitstellen wie beispielsweise

125 sauberes Trinkwasser, Bestäubung von Blüten für den Ackerbau oder natürliche
126 Ressourcen wie Holz. Des Weiteren kommen ökologische Probleme wie der globale
127 Verlust von Böden, die die Grundlage für unseren Ackerbau darstellen, die
128 Ausbeutung natürlicher Ressourcen der Wälder oder Fischbestände der Meere mehr
129 hinzu. In unseren Meeren sammelt sich außerdem in großen Mengen Plastik, welches
130 nicht abgebaut wird und so die Menschheit noch lange beschäftigen wird. Die
131 Klimakrise verstärkt dabei viele dieser Effekte. Heute treffen die Folgen der
132 Klimakatastrophen besonders starkem Maße die Menschen in den ärmsten Teilen der
133 Welt, die westlichen Industriestaaten lagern die Kosten ihrer Lebens- und
134 Wirtschaftsweise aus.

135
136 Für viele Menschen ist die Klimakatastrophe längst keine Theorie mehr - sie ist
137 knallharte Realität. Immer mehr Menschen verlieren ihr Zuhause und ganze
138 Landstriche werden unbewohnbar. Sie bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit,
139 Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und
140 führt an vielen Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Es geht längst nicht
141 mehr nur um Emissionsreduktionen. Es geht auch um Anpassung an den Klimawandel.
142 Und es geht um den Umgang mit den Folgen, wenn Anpassung nicht mehr möglich ist,
143 zum Beispiel extreme Wetterereignisse oder langsam einsetzende Geschehnisse wie
144 Ozeanversauerung, also Verlust und
145 Schaden. Insbesondere Staaten des Globalen Nordens haben die Klimakrise
146 verursacht. Sie müssen daher im Sinne des Verursacher*innenprinzips
147 Verantwortung tragen und dieser auch gerecht werden. Unsere Unterstützung gilt
148 den Opfern und Geschädigten des Klimawandels - seien es Staaten, Individuen oder
149 Gruppen - die den globalen Norden zur Verantwortung ziehen wollen.

150
151 Doch langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
152 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
153 brauchen wir eine globale, transnationale
154 Politik, die echten Umweltschutz mit Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei
155 der die Rechte der Lohnabhängigen in Europa nicht gegen die Bedürfnisse der
156 Menschen in den ärmsten Regionen dieser
157 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
158 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
159 der Welt und der Zerstörung unserer
160 Lebensgrundlage beruht.

161 **Umwelt retten, Klimakrise bekämpfen**

162 Für ein verbindliches und ambitioniertes Regelwerk im internationalen 163 Klimaschutz

164 Seit 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Obwohl es als großer Schritt
165 im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben wurde, sind seine Konsequenzen
166 bestenfalls unklar. Zudem manifestiert es an vielen Stellen bestehende
167 Ungerechtigkeiten. In diesem Jahr wird die Klima-COP erneut in Polen
168 stattfinden. Dort soll endlich ein Regelwerk für den internationalen Klimaschutz

169 entstehen und verabschiedet werden. Dies wäre ein längst überfälliger Schritt im
170 Kampf gegen die Klimakrise. Ein solches Regelwerk könnte dafür sorgen, dass
171 endlich tatsächlich Maßnahmen angegangen werden, die dem Ernst der Lage gerecht
172 werden. Dafür ist es unerlässlich, dass das Regelwerk verbindlich, durchsetzbar
173 und ambitioniert ist. Um ein solches Regelwerk zu erreichen, muss Deutschland
174 endlich seiner Verantwortung gerecht werden und in einer "Koalition der
175 Willigen" mit anderen Ländern zusammen voran gehen. Zu den wichtigen Punkten
176 gehören für uns:

177 • Finanzierung: Die durch die Staaten des Globalen Nordens zugesagten 100 Mrd.
178 US-Dollar für die Staaten des Globalen Südens müssen endlich ohne Umrechnung und
179 Einpreisung in bisherige Zahlungen fließen. Diese Gelder dürfen sich zugleich
180 nicht auf die Minderung von Emissionen fokussieren, sondern müssen in einem
181 Gleichgewicht zu Mitteln für die Klimaanpassung stehen. Wer unter den Folgen der
182 Klimakrise leidet, hat einen Anspruch auf Förderung und Reparationszahlungen.
183 Eine Förderung der "Verlust"-Forderungen von Staaten wie Saudi-Arabien, welche
184 Geld dafür haben wollen, Öl im Boden zu lassen anstatt es zu verwerten, lehnen
185 wir ab.

186 • National bestimmte Beiträge: Die Beiträge zur Klimapolitik, die jeder Staat im
187 Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben muss, müssen klar definiert werden.
188 Die Einhaltung dieser Beiträge muss endlich verpflichtend werden. Es darf nicht
189 weiter nur um Emissionsminderung gehen, auch Anpassung, "Verlust und Schaden"
190 sowie Klimafinanzierung sind für uns elementare Bestandteile einer
191 ambitionierten Klimapolitik. Der Sonderbericht des IPCC hat gezeigt, dass das
192 1,5°-Ziel noch erreichbar ist – die angekündigten Beiträge der Staaten führen
193 aber zu einer Erwärmung weit über zwei Grad. Daher müssen die angekündigten
194 Beiträge, insbesondere jene des Globalen Nordens, vor 2020 überholt werden.
195 Anschließend soll ihre Überprüfung und, wenn notwendig, Verschärfung in einem
196 Zyklus von fünf Jahren erfolgen.

197 • Rechte: Nicht nur die Klimakrise gefährdet Menschenrechte. Auch die Umsetzung
198 spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens kann die Rechte von
199 Menschen verletzen. In allen Aspekten von Klimapolitik müssen daher
200 Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern,
201 lokalen Gemeinschaften, Migrant*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und
202 besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die
203 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und eingehalten werden. Für uns geht es
204 dabei aber nicht nur um Menschenrechte im weiteren Sinne, sondern auch um das
205 Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und das Recht auf
206 Entwicklung. Das Regelwerk darf nicht zu einer weiteren Verteilung von Lasten
207 hin zum Globalen Süden führen.

208 • Marktmechanismen: Der Clean Development Mechanism – zentraler Marktmechanismus
209 unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) – sollte nicht fortgeführt werden. Er

210 hat jetzt schon zu massiven Menschenrechtsverletzungen in der
211 Implementierungsphase geführt und war insgesamt auch nicht sonderlich
212 erfolgreich. Sollte er dennoch übernommen werden, so muss er massiv verändert
213 werden. Dazu gehören die Einrichtung eines Beschwerdekörpers für durch die
214 Projekte Betroffene sowie der Ausschluss falscher Lösungen wie CO₂-
215 Abscheidung und -Speicherung. Gleichzeitig braucht es nicht marktbasierete
216 Lösungen und eine globale Treibhausgas-Steuer.

217 Wir sind überzeugt, dass marktbasierete Mechanismen keine realistischen Lösungen
218 sind.

219 Aktivist*innen weltweit
220 schützen, Globale Bewegungen stärken! Auch wenn Klimakonferenzen und der Pariser
221 Klimavertrag eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und eine
222 Positionierung hier absolut notwendig ist, ist auch klar: Sie werden das Problem
223 allein nicht lösen. Für die internationale Klimabewegung, die lokale Kämpfe
224 global verknüpft und die Interessen derjenigen ins Zentrum rückt, die besonders
225 vom Klimawandel betroffen sind, können die Klimakonferenzen deshalb
226 Anknüpfungspunkt sein. Ihr Potenzial verwirklicht sie jedoch nur dann, wenn sie
227 auch abseits davon sichtbar ist und die Strategien auch der durch bestehende
228 Machtverhältnisse geprägten UN-Klimaverhandlungen anwendet. Dafür brauchen wir
229 eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden
230 unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen
231 Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben.
232 Sei es beim Einsatz für gerechtere Arbeitsbedingungen beim Steinkohleabbau in
233 Kolumbien oder dem Einsatz gegen die Öl-Lecks von Shell im Niger Delta, diese
234 lokalen Kämpfe haben immer eine globale Dimension und sind von unseren
235 politischen Auseinandersetzungen in Europa trennbar. Sie verknüpfen gemeinsame
236 Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
237 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
238 unserer Lebensgrundlagen. Wir solidarisieren uns mit globalen Kämpfen und
239 stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung, Armut und die
240 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen streiten. Diese Kämpfe werden oft auch gegen
241 die herrschende Ordnung geführt. Daher stellen wir uns explizit hinter
242 Strategien und Taktiken wie zivilen Ungehorsam, die herrschende Institutionen
243 umgehen. Globale Kämpfe können nicht nur innerhalb der herrschenden
244 Institutionen gewonnen werden – sie müssen über diese hinausgehen. Dabei dürfen
245 globale Kämpfe niemals lokale Kämpfe aus den Augen
246 verlieren. Es ist wichtig ihre Verknüpfung im Auge zu behalten und zu erweitern.
247 Das bezieht sich nicht nur auf räumliche Perspektiven, sondern auch auf
248 Verknüpfungen über Themenkomplexe hinweg.
249 Und während Krisen und Ausbeutung immer weiter voranschreiten, werden die
250 Spielräume für Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und Aktivist*innen immer weiter
251 eingeschränkt oder gar ganz
252 geschlossen. Dass dies nicht nur in autokratischen, sondern auch demokratischen
253 Staaten geschieht, spiegelt letztlich den globalen Rechtsruck wieder.

254
255 Vermehrt auftretende Extremwetterereignisse wie Hitzerekorde, Dürreperioden und
256 Starkregenereignisse haben gezeigt, wie die Klimakrise auch Deutschland
257 betreffen könnte. Die mediale Verknüpfung derartiger Wetterereignisse mit dem
258 Klimawandel und nicht zuletzt der
259 organisierte Widerstand gegen den klimaschädlichen Braunkohleabbau am Hambacher
260 Wald oder bei Ende Gelände haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gehoben.
261

262 Denn langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
263 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
264 brauchen wir eine globale, transnationale Politik, die echten Umweltschutz mit
265 Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in
266 Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser
267 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
268 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
269 der Welt und der Zerstörung unserer
270 Lebensgrundlage beruht.
271

272 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
273 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen
274 Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht
275 als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als
276 gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
277 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
278 unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere
279 Aktivist*innen die sich gegen globale
280 Autorisierungstendenzen und Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten
281 Bedingungen für ihre Rechte einstreuen. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere
282 Unterstützung von Aktivist*innen und
283 zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen
284 ein.
285

286 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
287 Klimakämpfer*innen,
288 Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen wirkungsvoll schützen, notfalls
289 über konkrete

290 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
291 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
292 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
293 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
294 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
295 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.
296

297 **Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag angepasst werden**
298
299

300 Um den Kohleausstieg zu verhindern deckelt und bremst die Bundesregierung den
301 Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich massiv, und weigert sich, die
302 Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und Verkehrswende zu ermöglichen. Sie
303 behauptet, dass man nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen könne: das
304 ist natürlich sachlich falsch – aber offenbar mit dem EEG 2017 gesetzlich
305 festgeschriebenes Ziel der Bundesregierung. Denn laut diesem Gesetz darf der
306 Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor bis 2025 45% nicht übersteigen, was
307 genau dem Anteil der Erneuerbaren Energien und dem bis 2022 wegfallenden
308 Atomstrom entspricht. Wir fordern dagegen: 95% Erneuerbare Energien bei Strom,
309 Wärme und Verkehr bis 2040 deutschland- und europaweit. Das ist kein Idealismus,
310 sondern bereits bittere Realpolitik: denn um unter 1,5 Grad zu bleiben müsste
311 die Welt bis 2030 klimaneutral werden. Deutschland müsste für echte
312 Klimagerechtigkeit zudem doppelt so schnell Treibhausgase (THG) reduzieren, wie
313 der Weltdurchschnitt, damit alle Menschen den gleichen THG-Fußabdruck hätten.
314 Außerdem werden einzelne Ziele wie „-55% THG bis 2030“ in der Realität erst kurz
315 vor knapp erreicht, die Berechnungen gehen aber von einer gleichmäßigen
316 Reduktion aus.

317
318 Deshalb müssen zusätzlich Gesamt-Treibhausgasbudgets, oder noch einmal deutlich
319 ambitioniertere Ziele beschlossen werden. Das Gesamt-Treibhausgasbudget für eine
320 klimaungerechte Energiewende für 50% Wahrscheinlichkeit, unter 1,5 Grad zu
321 bleiben betrüge 5,5 mal die Emissionen des Jahres 2018, für 66%
322 Wahrscheinlichkeit unter 2 Grad zu bleiben 17 Jahresemission, der von uns
323 vorgeschlagene Mittelwert zwischen beiden 11,25 Jahresemissionen. Die
324 Klimaschädlichkeit von anderen Treibhausgasen als CO₂, etwa Methan, muss
325 außerdem endlich
326 mit den aktuellen Werten des IPCC von 2013, statt von 2007 berechnet werden!
327 Dann beträgt die Klimaschädlichkeit von Methan nach 100 Jahren das 34fache von
328 CO₂, statt nur das 25fache. Der Wert nach 20 Jahren beträgt allerdings noch 87.
329 Wenn wir in den nächsten 12-32 Jahren weltweit klimaneutral werden sollen, kann
330 es ferner nicht angehen, ausschließlich den 100 Jahres-Wert zur Berechnung zu
331 verwenden.
332 Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen,
333 in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa generell erst
334 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in Bund, Ländern und
Kommunen dafür kämpfen, dass sich das ändert.

335 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
336 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
337 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
338 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
339 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
340 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

341
342 Die Agrarwende als Voraussetzung für Umweltschutz und Globale Gerechtigkeit
343 Einer der größten Klimakiller ist die fehlgeleitete Agrarpolitik der
344

345 zurückliegenden Jahrzehnte. Doch nicht nur das Klima wird stark von der
346 Landwirtschaft beeinflusst, auch andere Umweltprobleme wie
347 Biodiversitätsverlust und Bodendegradation sind in großem Maße dadurch bedingt.
348 Ein weiteres Problem stellt der globale Handel mit landwirtschaftlichen
349 Produkten dar. Während die Europäische Union im Rahmen ihrer
350 Entwicklungszusammenarbeit Agrarexpert*innen in Länder des Globalen Südens
351 entsendet, um dort kleinbäuerliche Landwirtschaft auch in Zeiten des
352 Klimawandels weiter möglich zu machen, exportieren europäische Unternehmen
353 zugleich massenhaft Milchpulver und Hähnchenschenkel, die dieser
354 Kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Damit wird
355 nicht nur eine ökologische Landwirtschaft im Globalen Süden von der
356 industriellen Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten untergraben,
357 sondern auch die
358 Ernährungssouveränität vieler Länder immer weiter abgebaut.
359 Ein weiterer Faktor ist land grabbing, bei dem Land an meist ausländische
360 Investor*innen verkauft wird und die lokale Bevölkerung vertrieben wird. Dies
361 muss eingeschränkt werden. Die GRÜNE
362 JUGEND sieht Boden als Grundlage für Leben und damit auch als Menschenrecht an.
363 Wir fordern ein Beteiligungsrecht der Betroffenen sowie die Anerkennung und
364 Einklagbarkeit von Wohnheitsrechten, sowie non-formalen, Landeigentums- und
365 Landnutzungsrechten. Nicht nur
366 Landtitel im Sinne eines westlichen Privateigentums dürfen eine Rolle spielen.
367 Das Argument, dass diese Flächen, welche durch land grabbing genommen werden,
368 großflächig intensiv bewirtschaftet werden müssen, um die Weltbevölkerung
369 ausreichend mit Nahrung versorgen zu können, ist schon lang widerlegt worden.
370 Aktuell könnten wir 12-14 Milliarden Menschen mit dem versorgen, was produziert
371 wird und es sind die Kleinbäuerlichen Strukturen, welche einen Großteil der
372 Nahrung produzieren und besser an regionale Gegebenheiten angepasst sind. Nur
373 durch den Erhalt dieser kann Ernährungssouveränität garantiert werden.
374

375 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die weitere Intensivierung und
376 Industrialisierung der Landwirtschaft zu stoppen. Die globale Diversifizierung,
377 wie sie bei Unternehmen propagiert wird,
378 sollte nicht auf die Landwirtschaft angewendet werden. Lebensmittel und ihre
379 nötigen Betriebsmittel sollen regional produziert werden. Um
380 Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müssen sich die
381 Verteilung ändern, weniger Lebensmittel weggeworfen und die Produktion
382 tierischer Lebensmittel und Konsumgüter verringert werden.
383 Die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter ist schädlich fürs Klima,
384 da bei der Viehzucht extrem viel Methan und Kohlenstoffdioxid ausgestoßen
385 werden, die den Treibhauseffekt verstärken
386 und somit maßgeblich zum globalen Temperaturanstieg beitragen. Außerdem dient
387 ein großer Teil der pflanzlichen Landwirtschaft der Futtermittelproduktion. Auch
388 das können wir so einschränken. Die
389 Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter muss drastisch reduziert
390 werden. Zudem müssen Exporte von vor allem Fleischprodukten, die insbesondere
391 die lokalen Märkte in Ländern des globalen

392 Südens kaputt machen, gestoppt werden. Wir fordern, dass öffentliche Subventionen
393 in Zukunft nur für ökologische, kleinbäuerliche
394 Landwirtschaft bewilligt werden. Gefördert soll außerdem eine kleinräumige
395 Bewirtschaftung werden, welche zum Erhalt der Biodiversität beiträgt. Eine
396 vollständige Agrarwende nimmt alle Umweltauswirkungen der Landwirtschaft in den
397 Blick und findet innovative Wege, wie Bodendegradation, Eutrophierung,
398 Artensterben und gesundheitliche
399 Schäden durch Landwirtschaft verhindert werden können. Es ist möglich, die
400 Menschheit zu ernähren, ohne die Umwelt zu zerstören. Ökologische Landwirtschaft
401 ist ein Schritt in die richtige Richtung, Konzepte aus der Permakultur können
402 dabei helfen, weiter zu denken. Es wird deutlich, dass die Folgen der Klimakrise
403 global extreme Folgen für Umwelt und Mensch haben und in Zukunft auch noch
404 stärker haben werden. Daher ist es wichtig frühzeitig betroffene Staaten zu
405 unterstützen: Von der Anpassung an die Folgen der Klimakrise bis hin zur
Schaffung von Möglichkeiten der Migration.

406 **Klimabedingte Migration würdevoll gestalten**

407 Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich spürbar. Immer mehr
408 Menschen verlieren aufgrund des Klimawandels ihr Zuhause. Durch den steigenden
409 Meeresspiegel und die Ausbreitung von Dürregebieten werden bestimmte Teile der
410 Erde in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Der Klimawandel ist für die
411 Menschen dort schon lange kein theoretisches Konzept mehr, sondern knallharte
412 Realität. Er bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit, Überschwemmungen und
413 Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und führt an vielen
414 Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Unser Kampf gegen den Klimawandel muss
415 deshalb immer auch eine menschenrechtsorientierte Klimafolgenanpassung, also den
416 verantwortungsvollen Umgang mit den Konsequenzen der Klimakatastrophe
417 beinhalten. Dabei haben die Staaten, die historisch in besonders starkem Maße zu
418 den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, wie die Staaten der
419 Europäischen Union, im Sinne des Verursacherprinzips eine zentrale Bedeutung.
420 Das betrifft insbesondere die westlichen Industriestaaten und die sogenannten
421 Globalisierungsgewinner*innen. Diese haben über einen langen Zeitraum hinweg die
422 Kosten ihrer Lebens- und vor allem Wirtschaftsweise in andere Teile der Erde
423 ausgelagert. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Teile der Erde nun mit den
424 Folgen davon allein gelassen werden.

425 Für eine frühzeitige, selbstbestimmte und würdevolle Migration

426 Unser Ziel ist es, dass möglichst wenige Menschen durch den Klimawandel zur
427 Migration gezwungen werden. Dafür brauchen wir nicht nur ein entschlossenes
428 Eintreten gegen den Klimawandel, sondern auch Unterstützung für die Staaten, die
429 besonders von seinen Konsequenzen betroffen sind, bei der technischen und
430 finanziellen Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sowie bei der Bewältigung
431 von humanitären Katastrophen in Folge von extremen Wetterereignissen. Doch das
432 allein wird nicht reichen. Dennoch werden Menschen in den nächsten Jahrzehnten
433 dazu gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihr Zuhause zu verlassen. Es

434 ist eine zentrale Aufgabe der Weltgemeinschaft, diesen Menschen die Möglichkeit
435 zu einer frühzeitigen, selbstbestimmten und würdevollen Migration und
436 langfristige Perspektiven zu bieten. Der Umgang mit diesen Menschen wird ein
437 zentraler Prüfstein für ein humanitäres Europa sein.

438 Im Zentrum müssen dabei die Interessen der Bewohner*innen aus besonders stark
439 betroffenen Regionen stehen. Wir unterstützen deshalb bereits bestehende
440 Prozesse, in denen schon heute betroffene Staaten mit Anrainerstaaten über
441 völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit der klimabedingten Migration beraten,
442 wie die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“ oder den
443 „Warschauer Mechanismus“. Menschenrechtsbasierte Replacement-Programme von
444 Kommunen innerhalb von Staaten oder von Staatsbevölkerungen in Anrainerstaaten
445 müssen finanziell unterstützt werden. Außerdem sollen Kompensationen für
446 Verluste und Schäden durch den Klimawandel für Klimageschädigte, sowohl Staaten
447 als auch Individuen, einklagbar werden. Dafür brauchen sie einen effektiven
448 Rechtsschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pionierklagen gegenüber
449 Großunternehmen und Staaten mit einer besonders schlechten Klimabilanz im Rahmen
450 einer globalen Gerechtigkeitsstrategie unterstützt und die internationale
451 Zusammenarbeit bei der Prozesskostenhilfe gefördert werden.

452 Klimapass als Zeichen der Verantwortung

453 Gleichzeitig wollen wir die individuellen Möglichkeiten und Rechte der von
454 klimabedingter Migration betroffenen Menschen stärken. Während Migration häufig
455 autoritär-zentralistisch organisiert wird, ist es unser Ziel, das einzelne
456 Individuum in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb fordern wir, dass die Staaten,
457 die in besonders starkem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, den Menschen,
458 die dadurch ihr Zuhause verlieren werden, zunächst den Bewohner*innen der
459 pazifischen Inselstaaten, die Staatsbürgerschaft anbieten. Die Staaten der
460 Europäischen Union sollen hier im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung voran
461 gehen und gleichzeitig international um weitere Partner*innen werben. Damit die
462 Möglichkeit der würdevollen Migration auch tatsächlich besteht, soll sie von
463 Unterstützungsangeboten, die Teilhabe sichern, begleitet werden. Ein solcher
464 Klimapass wäre nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern auch eine wichtige
465 Voraussetzung für globale Verantwortung.

466 Klimaflüchtende schützen

467 Während es unser Ziel ist, möglichst vielen Menschen eine frühzeitige und
468 selbstbestimmte Migration zu ermöglichen, wird es Menschen geben, für die diese
469 Maßnahmen zu spät kommen und die vor den Folgen des Klimawandels so hart
470 getroffen werden, dass sie zur Flucht gezwungen sind. Diese Menschen verdienen
471 besonderen Schutz, für sie gilt es, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen.
472 Wir setzen uns für die Aufnahme von Klimaflüchteten ein. Wir brauchen
473 humanitäre Lösungen für die Herausforderung Klimaflucht, auch hier müssen legale
474 Fluchtwege geschaffen werden. Dafür sollen Wege gefunden werden, dass
475 Umweltkatastrophen und Folgen des Klimawandels langfristig zum Beispiel im
476 Rahmen einer ergänzenden Schutzkonvention zur Genfer Flüchtlingskonvention als

477 Fluchtgründe anerkannt werden.

478 **Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - für eine Globale**
479 **Gerechtigkeitspolitik**

480 Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Probleme und Verteilungskämpfe.
481 Oft sind diejenigen am meisten betroffen, die sowieso schon unter Ausbeutung und
482 Armut leiden. Wir denken Ökologie und Gerechtigkeit zusammen und wollen den
483 Kampf gegen die Klimakrise mit dem Einsatz für Globale Gerechtigkeit verbinden.
484 Unser Ziel sind dabei gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt. Der
485 Geburtsort ist reiner Zufall und es ist zutiefst ungerecht, dass er heute in
486 großen Teilen darüber entscheidet, ob ein Mensch in Armut lebt und/oder
487 humanitären Katastrophen ausgesetzt ist. Wir wollen, dass Menschen überall gut
488 leben können.

489 Solidarität mit sozialen Kämpfen weltweit

490 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
491 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen
492 Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht
493 als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als
494 gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
495 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
496 unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere
497 Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und Faschisierung
498 einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte einstehen. Wir
499 setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und
500 zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen
501 ein. Die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen beinhaltet auch die
502 Forderung nach gleichwertigen Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für
503 international verbindliche Regeln zum Schutz vor ausbeuterischen
504 Arbeitsverhältnissen ein und solidarisieren uns mit Gewerkschafter*innen, die
505 überall auf der Welt für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Im globalen Kampf
506 gegen Armut setzen wir uns außerdem für die Förderung von Modellversuchen des
507 Bedingungslosen Grundeinkommens auch auf transnationaler Ebene ein, da dieses
508 gerade in Ländern mit kaum existierenden Sozialsystemen und enormen
509 Einkommensunterschieden den Zugang zu einem menschenwürdigen und
510 selbstbestimmten Leben ermöglichen kann.
511 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
512 Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen
513 wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete Schutzprogramme. Der Bedrohung von
514 Aktivist*innen bis hin zur Ermordung muss endlich ein wirkungsvoller Riegel
515 vorgeschoben werden.

516 Globale Gerechtigkeitspolitik statt neoliberaler Entwicklungshilfe

517 Aus dem Kampf für global gleichwertige Lebensverhältnisse ergibt sich unserer

518 Ansatz einer Globalen Gerechtigkeitspolitik. Im Kontrast zur aktuellen
519 Entwicklungspolitik, die an vielen Stellen nichts anderes als Interessenpolitik
520 westlicher Industriestaaten ist, fordern wir eine Politik, die sich an ihrem
521 Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit, für eine Angleichung der
522 Lebensverhältnisse und für einen nachhaltigen und ökologischen Umgang mit Umwelt
523 und Ressourcen messen lässt. Wir stellen uns gegen eine Vorstellung von
524 "Entwicklung", die darauf beruht, im Sinne einer Angleichung an den Globalen
525 Norden kapitalistische Strukturen in Ländern des Globalen Südens zu fördern, die
526 in erster Linie Investitionen eigener Unternehmen vereinfachen. Globale
527 Gerechtigkeitspolitik zielt nicht darauf ab, dass Staaten im Globalen Süden nach
528 dem Vorbild westlicher Industriestaaten umgebaut werden, sondern dass überall
529 auf der Welt gute und würdevolle Lebensverhältnisse geschaffen und bestehende
530 Machtverhältnisse abgebaut werden.

531 Globale Gerechtigkeitspolitik umfasst nicht nur staatliche Kooperationen und
532 "Entwicklungszusammenarbeit". Vielmehr ist sie ein Querschnittsthema und
533 betrifft auch einen Wandel der Weltwirtschaftsordnung, einen Paradigmenwechsel
534 in der Handelspolitik und eine zeitgerechte Umweltpolitik. Ein großes Problem
535 der aktuellen Entwicklungspolitik ist, eine mangelnde Kohärenz verschiedener
536 Politikfelder in den westlichen Industriestaaten und ein eurozentrischer und
537 evolutionistischer Entwicklungsbegriff der ihr zu Grunde liegt.. Häufig geraten
538 entwicklungspolitische Bemühungen mit außen- und wirtschaftspolitischen
539 Interessen in Konflikt oder treten hinter diesen zurück. Doch Globale
540 Gerechtigkeitspolitik bedeutet, dass auch diese Politikfelder im Sinne der
541 Globalen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Deshalb fordern wir dass politische
542 Maßnahmen im Globalen Norden verbindlich im Rahmen einer "Global South
543 Mainstreaming" Analyse auf ihre Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden
544 untersucht werden.

545 Auf dem Weg zu einer Globalen Gerechtigkeitspolitik fordert die GRÜNE JUGEND die
546 Gelder für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt endlich auf
547 mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel
548 demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne
549 Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die
550 Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten
551 entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines
552 Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein.
553 Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch
554 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade
555 dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und
556 zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen
557 jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit mit der Unterstützung bei der
558 Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem
559 Prinzip folgen, wie zum Beispiel das Rückführungsabkommen mit Libyen, müssen
560 unverzüglich aufgekündigt werden.

561 Globale Nachhaltigkeit ohne Wirtschaftswachstum

562 Die GRÜNE JUGEND begrüßt grundsätzlich Beschluss und Umsetzung der Sustainable
563 Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen. In den SDGs wird allerdings
564 noch immer auf Wirtschaftswachstum als Mittel gegen Armut und schlechte
565 Lebensumstände im globalen Süden gesetzt.

566 Das durch die SDGs postulierte Nachhaltigkeitsverständnis beruht auf der
567 Annahme, Nachhaltigkeit sei nur durch ein "Gleichgewicht" von Ökonomie, Ökologie
568 und Sozialem erreichbar. Dieses Nachhaltigkeitsnarrativ ist politisch und
569 gesellschaftlich breit verankert. Es führt letztlich dazu, dass Ökologie und
570 Soziales als entgegengesetzte Pole betrachtet und beide Elemente
571 Wirtschaftswachstum untergeordnet werden. Die Konflikte, die zwischen den drei
572 Feldern entstehen, werden innerhalb der SDGs nicht aufgelöst, insbesondere
573 zwischen sozio-ökonomischen Fortschritt und ökologischer Nachhaltigkeit. Es kommt
574 zu größerer sozialer Ungleichheit und auch mehr Umweltproblemen, obwohl es viele
575 und auch gute Ziele in diesen Bereichen gibt und sogar in der Einleitung der
576 Agenda anerkannt wird, dass es soziale und ökonomische Entwicklung nicht
577 nachhaltig geben kann, wenn die Ressourcen des Planeten ausgebeutet werden. So
578 ignorieren die Vereinten Nationen letztlich die Belastungsgrenzen von Natur und
579 Gesellschaft. Umweltzerstörung, Klimakrise und Armut werden durch Wachstum nicht
580 bekämpft, sondern verschärft.

581 Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen das Dogma des Wirtschaftswachstums und setzt
582 sich für eine Wirtschaftsweise ein, bei der Wohlstand nicht mehr am BIP gemessen
583 wird und allen Menschen statt überflüssigem Konsum ein gutes Leben geboten wird.
584 Auf Ebene der Vereinten Nationen muss
585 anerkannt werden, dass Klimaschutz, ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen
586 Ressourcen sowie ein Ende der massiven globalen Ungleichheit nicht erreichbar
587 sind ohne eine Abkehr vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum. Es braucht einen
588 ethischen Ansatz, der Bedürfnisse von Menschen und den Umgang mit unseren
589 Lebensgrundlagen ins Zentrum rückt.

590 Gerechte Handelspolitik und faire Beschaffung Wirklichkeit werden lassen

591 Der handelspolitische Neoliberalismus von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA
592 oder JEFTA muss durch eine Handelspolitik auf Grundlage fairer und ökologischer
593 Standards ersetzt werden. Dieser Ansatz sollte nicht mit einer Infragestellung
594 europäischer Zuständigkeit einhergehen, sondern muss auf dem Kampf um politische
595 Mehrheiten und Bewegungen für eine faire Handelspolitik in Europa fußen. Das
596 Zurückfallen in eine nationalstaatliche Handelspolitik oder in einen
597 nationalstaatlichen Protektionismus lehnt die GRÜNE JUGEND klar ab. Vielmehr
598 müssen einheitliche, transnationale Standards gesetzt werden, die diejenigen
599 fördern, die ökologisch und sozial produzieren und diejenigen einen Riegel
600 vorschieben, die auf Kosten menschlicher Gesundheit und der Stabilität unseres
601 Ökosystems wirtschaftliche Profite erzielen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND
602 ein einheitliches Siegel, das die ökologischen und sozialen Ansprüche an die
603 globale Produktionsweise vereint. Dieses Siegel soll zur Voraussetzung von
604 Importen und Exporten in und aus der Europäischen Union werden.

605 Globale Gerechtigkeitspolitik muss also auf eine gleichberechtigte und
606

607 nachhaltige Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft hinwirken. Dafür müssen
608 auch die notwendigen Schritte in der Entwicklung von Ländern des globalen
609 Nordens hin zu fairer Beschaffung der öffentlichen Hand gegangen werden. Die
610 Bundesrepublik, die Länder und die Kommunen beschaffen im Jahr Güter im Wert von
611 rund 300 Milliarden Euro. Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Siegel
612 muss die öffentliche Hand vorausgehen. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die
613 Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit entsprechend
614 fachlicher Expertise ausgestattet und verpflichtet werden müssen, jegliche Güter
615 fair zu beschaffen.

616 Für "fairen Handel" reicht es jedoch nicht aus, wenn Arbeiter*innen im Globalen
617 Süden, die die Rohstoffzufuhr für Veredelungsgüter im globalen Norden absichern,
618 einen ortsüblich vergleichbar guten Lohn erhalten. Denn mit diesem wird
619 möglicherweise ein vergleichsweise gutes Leben ermöglicht, von europäischen
620 Lebensstandards kann aber noch lange nicht die Rede sein. Solange Länder des
621 globalen Südens nur als Rohstofflieferanten und Länder des globalen Nordens als
622 Veredelungsökonomien betrachtet werden, wird eine faire Angleichung von
623 Lebensstandards systematisch untergraben. Folglich darf fair nicht nur bedeuten,
624 dass fair produzierte Kaffeebohnen nach Europa transportiert werden, die dann
625 von europäischen Röstereien veredelt werden. Fair muss bedeuten, dass Länder des
626 globalen Südens die Möglichkeit erhalten müssen, selbst von ihren Rohstoffen,
627 von ihren Spezialisierungen, von ihren Erfahrungen und ihrer Kompetenz zu
628 profitieren. Das ist aber solange nicht möglich, wie auf veredelten Kaffee ein
629 weit höherer Einfuhrzoll nach Europa aufgeschlagen wird als auf den Rohstoff,
630 die Kaffeebohne. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass dieser unfaire Protektionismus
europäischer Staaten umgehend beendet wird.

631 **Die Welt rettet sich nicht von allein!**

632 Diese Kämpfe werden wir nicht alleine gewinnen und wir werden sie auch nicht nur
633 in Deutschland und Europa gewinnen. Aber es ist notwendig, dass wir alle jetzt
634 anpacken, um Schlimmeres zu verhindern und gleichzeitig eine echte
635 Zukunftsperspektive aufzumachen.

636 Wir werden auch Hand in Hand mit den sozialen und ökologischen Bewegungen auf
637 dem ganzen Planeten kämpfen müssen. Wir stehen solidarisch mit den
638 Gewerkschafter*innen überall auf der Welt, die für gerechte Bezahlung und gute
639 Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir stehen solidarisch mit den Menschen, die gegen
640 die Zerstörung ihres Wohnortes kämpfen. Und wir schmieden gemeinsam an
641 Bündnissen mit allen Akteur*innen, die diesen Kampf für eine gerechtere und
642 bessere Welt führen und die bestehenden Verhältnisse umschmeißen wollen.

643 Wir haben eine Welt zu retten, also warten wir nicht länger.

A3-B Müll mich nicht voll!

Gremium: Mltgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Insgesamt gibt es jährlich in Deutschland über 300 Mio. t Abfälle. 60% davon
2 sind Bau- und Abbruchabfälle, etwa 14% kommen direkt aus den Haushalten.

3 Grundlage der Abfallwirtschaft ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz in
4 Deutschland, dessen oberstes Ziel ist, Maßnahmen auszuwählen, die Schutz von
5 Mensch und Umwelt garantieren. Es legt fest, dass Hersteller*innen für ihren
6 Abfall verantwortlich sind und soll Anreize schaffen, langlebige Produkte
7 herzustellen und Abfall zu vermeiden, indem es eine Abfallhierarchie erstellt.
8 Vorrang hat die Vermeidung von Abfällen. Fällt Abfall an, soll dieser
9 wiederverwendet werden. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn bei Altreifen das
10 Profil nachgeschnitzt wird und die Reifen wieder so verwendet werden können. Ist
11 das nicht möglich, soll Abfall stofflich wiederverwertet, also recycelt werden.
12 Beim Beispiel Reifen wird dann das Granulat zur neuen Reifenherstellung
13 genommen. Die niedrigere Verwertung ist die energetische, was nichts anderes
14 bedeutet, als dass der Müll verbrannt wird. Die letzte Stufe ist dann die
15 Deponierung.

16 Als Abfälle gelten im Sinne des KrWG alle beweglichen Dinge, deren sich ihr*e
17 Besitzer*in entledigen will oder muss. Indem er*sie sie zur Entsorgung
18 bereitstellt, übergibt er*sie die Abfälle der kommunalen Entsorgungseinrichtung,
19 die sie einsammelt. Dies geschieht fraktioniert, also getrennt in die sechs
20 durch die Abfallverzeichnisverordnung unterschiedenen Abfallarten, die sich
21 wiederum in 842 Abfallsorten untergliedern.

22 In Haushalten in Deutschland müssen seit 2015 Papier, Glas, Kunststoffe und
23 Bioabfälle getrennt gesammelt werden, um diese besser zu verwerten. Danach folgt
24 die Sortierung in verfahrenstechnischen Anlagen oder auch händisch. Je nach
25 Anlage wird dabei eine Positiv- oder Negativsortierung vorgenommen. Ersteres
26 dient einer feingliedrigeren Fraktionierung zur sortenreineren Verwertung,
27 letzteres lediglich dem Entfernen von Störstoffen.

28 Die so getrennten Fraktionen werden dann abhängig von ihren Eigenschaften
29 verfahrenstechnisch aufgearbeitet: Papier wird entfärbt und kann neu als Pulpe*1
30

eingesetzt werden, Kunststoffe werden verpresst und neu geformt, etc.

31 Abfälle, die nicht auf diese Weise stofflich weitergenutzt (recycelt) werden
32 können, können unter Umständen energetisch verwertet werden. Dies bedeutet in
33 den meisten Fällen eine sogenannte Thermische Verwertung, sprich Pyrolyse*2
34 und Verbrennung oder Vergasung. Alle anderen müssen zur sicheren Ablagerung
35 vorbereitet werden.

36 Hierbei müssen grundsätzlich umweltschutztechnische Bestimmungen (u.a.
37 Bundesimmissionsschutzverordnung) Anwendung finden. Bei Vergasungs- und
38 Verbrennungsprozessen unvermeidlich entstehende Schadstoffe wie Dioxine und
39 Furane, Stickoxide und Schwefelverbindungen müssen mittels Rauchgasreinigung
40 abgeschieden werden. Schadstoffe, die sich in der Asche oder Schlacke befinden,
41 müssen ausgewaschen oder immobilisiert werden, bevor die Reststoffe als
42 Baustoffe verfüllt oder - abhängig von ihrer Gefahrstoffklassifizierung extra
43 gesichert, über- oder untertage - deponiert werden.

44 **Abfall als Rohstoff**

45 Insbesondere aus Abfällen wie Elektronikschrott oder auch Klärschlamm, die "für
46 sich genommen" nicht mehr komplett stofflich verwertet werden können, sind
47 häufig wertvolle Rohstoffe enthalten, die zurückgewonnen werden sollten. Dies
48 gilt z.B. für Seltene Erden, aber auch für Phosphor, der aus Klärschlamm
49 wiedergewonnen werden kann.

50 Weiterhin können auch biologische Abfälle in einigen Fällen besser stofflich
51 genutzt werden als durch industrielle Kompostierung. So können aus
52 landwirtschaftlichen Produktionsabfällen mit vergleichsweise geringem Aufwand
53 Bodenverbesserungsstoffe gewonnen werden.

54 Die GRÜNE Jugend fordert, hier in die Erforschung und Entwicklung neuer energie-
55 und ressourceneffizienter Technologien zu investieren.

56 **Plastikmüll**

57 Plastikmüll ist eins der größten Probleme unserer Zeit. Zwischen 2000 und 2016
58 ist der Verbrauch von Kunststoffverpackungen um 74% gestiegen. Inzwischen
59 verbrauchen wir pro Kopf 37 Kilo Plastikverpackungen im Jahr und sogar insgesamt
60 11,8 Mio. t Kunststoffe. damit ist Deutschland Spitzenreiter in Europa. Davon
61 wird nicht einmal die Hälfte dem Recycling zugeführt. Plastik braucht
62 Jahrhunderte um abgebaut zu werden.

63 Mindestens 150 Millionen Tonnen Plastikabfall werden im Meer vermutet. Der
64 sogenannte „Great Pacific Garbage Patch“, ein riesiger Müllkontinent, wurde 1997

65 entdeckt und hat die Größe von Mitteleuropa. Derzeit werden 311 Millionen Tonnen
66 Plastik pro Jahr produziert. Davon besteht ein knappes Drittel aus Produkten,
67 die weniger als fünf Minuten genutzt werden – Wegwerfbecher, Einwegbesteck,
68 Styroporschalen und etliches mehr. Durchschnittlich treiben 18000
69 Plastikmüllpartikel pro Quadratmeter Meeresoberfläche. In der Nordsee kann das
70 Plastikaufkommen und das Zusammentreffen mit Arten durch tot an Stränden
71 aufgefundene Eissturmvögel gemessen werden. Seit Beginn der Untersuchungen
72 wurden in ca. 95% der Mägen von aufgefundene Eissturmvögeln Plastik gefunden,
73 bis heute in 60% mehr als 0,1 Gramm. In der OSPAR-Konvention von 2008 hatte man
74 sich auf ein Maximum von 10% verständigt.

75 Beim Recycling von Plastik gibt es einige Probleme. So kann die Sortierung der
76 Kunststoffe nicht in alle Sorten stattfinden und finden sich verpackungsfremde
77 Elemente in der Sortieranlage, zum Beispiel Verschmutzungen, andere Stoffe aus
78 Verbundwerkstoffen oder Fehlsortierungen. Wenn Plastik in den Restmüll entsorgt
79 wird, wird dieser nicht zusätzlich wieder abgetrennt, sondern wandert mit in die
80 Müllverbrennung. Es existieren unterschiedliche Ansätze zur Ablösung des Dualen
81 Systems (auch bekannt als Gelber Sack / Gelbe Tonne). Insbesondere sind dabei
82 weniger Aufwand für Konsument*innen und Recyclingbetriebe sowie besseres und
83 vollständigeres Recycling zu erwarten. Im bisherigen System werden Kunststoffe
84 nur zu 49% stofflich (als Kunststoff) verwertet.

85 Ein weiteres Problem ist, dass immer mehr Gemische verwendet werden, welche
86 schlecht oder nicht getrennt werden (können).

87 Insgesamt gibt es immer 15-30% Verluste bei der Aufbereitung und Verwertung von
88 Kunststoffverpackungen. Plastik kann nicht beliebig oft recycelt werden, da es
89 sich technisch nicht beliebig oft einschmelzen lässt und die Qualität sinkt. Es
90 rechnet sich betriebswirtschaftlich oft mehr, neues Plastik herzustellen, als
91 welches zu verwerten. Deshalb sind bei der Verarbeitung von Kunststoffen fast
92 90% Neuware, also werden direkt aus Rohstoffen hergestellt, nur 12% sind
93 recyceltes Material.

94 Biologisch abbaubares (kompostierbares) Plastik kann auch nur Teil einer Lösung
95 sein, da dieses in Müllsortieranlagen nicht abgetrennt werden kann und meist
96 auch nur unter bestimmten Bedingungen abbaubar ist, die im großen Maßstab
97 unseres Abfallverwertungssystems nicht gegeben sind.

98 Daher muss der Plastikverbrauch insgesamt verringert werden. Die GRÜNE JUGEND
99 begrüßt Vorstöße wie die der EU, bestimmte Einmalprodukte aus Plastik zu
100 verbieten. Allerdings geht uns das noch nicht weit genug. Um den
101 Plastikverbrauch zu senken, ist ein Mix aus vielfältigen Instrumenten nötig.
102 Anreizsysteme für Plastikvermeidung müssen geschaffen werden. Auch kleine
103 Bausteine wie Kennzeichnungen von Bio-Produkten direkt auf Gemüse und Obst, die
104 Plastik vermeiden, begrüßen wir. Angelehnt an dem Konzept der Unverpackt-Läden

105 wollen wir das Lebensmittelrecht so verändern, dass Kund*innen überall Boxen zum
106 Transport ihres Einkaufs mitbringen können.

107 Aber auch das Recycling an sich muss verbessert werden. Wir wollen
108 Wegwerfplastik an sich abschaffen. Die Mehrwegquote in Getränkemarkten muss bis
109 2030 95% betragen. Einweggetränkeverpackungen sollen mit einer entsprechenden
110 Abgabe für Einpreisung belegt werden. Erdöl zur Produktion von Kunststoffen ist
111 derzeit unbesteuert, was einer Subvention von rund 780 Millionen Euro
112 entspricht. Wir fordern zudem eine Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte, die bei
113 der Produktion ansetzt und durch den Hersteller*innen zu entrichten ist, und ein
114 Verbot von Mikroplastik in Kosmetika.

115 Desweiteren fordern wir eine Normierung von Kunststoffen, sodass es für
116 grundlegende Anwendungen und Fertigungsverfahren natürlich verschiedene Arten
117 von Kunststoff gibt, aber eben auch nicht beliebig viele. Eine Markierung soll
118 dabei helfen, diese gut voneinander zu unterscheiden und sortenrein recyceln zu
119 können.

120 Ziel ist die Begrenzung von unzureichend trenn- oder wiederverwertbaren
121 Verbundwerkstoffen und eine Reduktion an Additiven (Weichmacher etc.).. Außerdem
122 ist das Duale System mit neuen Alternativen unter aktuellen, technischen
123 Aspekten zu vergleichen und zu ersetzen.

124 **Abfallexporte**

125 Das Problem des immer mehr werdenden Mülls ist eindeutig ein globales Problem.
126 Früher oder später landet alles in der Umwelt, und vor allem leider dort, wo
127 Mensch und Umwelt sich am wenigsten gut dagegen schützen können. Giftige
128 Industrieabfälle, Elektroschrott und klimaschädliche Gase lassen sich nicht so
129 einfach recyceln wie der tägliche Papiermüll. Die Folgen sind weitreichend:
130 erhöhtes Aufkommen potentiell tödlicher Krankheiten wie Krebs, hormonelle
131 Veränderungen, mit Schwermetallen vergiftete Böden und Gewässer. Insbesondere
132 für Elektro- und Elektronikschrott hat sich eine diffuse, intransparente Praxis
133 etabliert, deren Auswirkungen in Guiyu (China) und Accra (Ghana) zu sehen sind.
134 Die Komplexität der Geräte entwickelt sich rasant steigend. Wir fordern daher
135 ein verbessertes, den fortlaufenden Veränderungen angepasstes Recycling- und
136 Entsorgungskonzept für Elektro- und Elektronikschrott, welches Hersteller*innen
137 und Inverkehrbringer*innen stärker einbindet, keinen Missbrauch von Sachspenden
138 (Second-Hand-Ware) zulässt und für eine erhöhte Transparenz der Materialströme
139 und Recyclingprozesse sorgt.

140 Langlebige organische Schadstoffe, die als POPs (*persistent organic pollutants*)
141 zusammengefasst werden, sind, global gesehen, derzeit eine wahre Katastrophe der
142 Industrie. Sie verbreiten sich weitläufig, reichern sich in Lebewesen an und
143 sind schwer abbaubar. Die berüchtigten Substanzen finden sich in Pflanzen,

144 Tieren und natürlich auch uns Menschen. Neben Giftanreicherungen ist auch
145 Elektroschrott ein wesentliches Umweltproblem. Der Müll aus Europa – alte
146 Handys, Computer und Fernseher – verseucht u.a. in Ghana, China und Indien die
147 Böden weit über die jeweiligen Grenzwerte, zum Beispiel mit Blei, Kadmium,
148 chlorierten Dioxinen und anderen hochgiftigen Chemikalien und ist dort ebenfalls
149 eine besondere Gefahr für die Gesundheit der Menschen.

150 56 Prozent aller Plastikabfälle weltweit landeten bis Anfang des Jahres am Ende
151 via Schiff in China. Zu den größten Exporteuren von unsortiertem Plastikmüll
152 gehören die USA und Japan; Deutschland und Großbritannien sind ebenfalls weit
153 vorn dabei. Allein die EU-Mitgliedsstaaten exportieren 87 Prozent aller
154 Plastikabfälle nach China. Die chinesische Regierung hat diesem Unterfangen nun
155 einen Riegel vorgeschoben und ein Plastikmüll Einfuhrstopp für 24
156 Recyclingmaterialien bewirkt. Nun hat die hiesige Plastikmüllindustrie ein
157 Problem – sie wissen nicht wohin mit dem ganzen Müll.

158 **Zusammenfassung**

159 Der Umgang unserer Gesellschaft mit Müll steht stellvertretend für die Ignoranz
160 wachsender Externalisierungsgesellschaften den natürlichen Grenzen unseres
161 Planeten und seiner Bewohner*innen gegenüber. Wir brauchen eine Reduktion des
162 gesamten Müllaufkommens seitens Erzeuger*innen und Verbraucher*innen. Wir
163 möchten einen Bewusstseinswandel aller Beteiligten fördern, sehen die
164 Verantwortung jedoch zuvorderst bei den Erzeuger*innen und dem Staat.

165 Recycling ahmt nach, was in der Natur selbstverständlich ist: geschlossene
166 Kreisläufe. Wir Menschen entnehmen für unsere Zwecke permanent Rohstoffe, die
167 wir dann unter hohem Energieeinsatz verarbeiten und anschließend im
168 schlechtesten Falle einfach wegwerfen - die genutzten Rohstoffe sowie die Graue
169 Energie (d.i. die Menge an Energie, die von der Gewinnung der Rohstoffe über die
170 Fertigung und Nutzung des Produktes dafür gebraucht wurde) gehen verloren. Das
171 müssen wir ändern!

172 Für ein besseres Recycling müssen aber die bestehenden Systeme noch technisch
173 verbessert werden. Zeitgleich braucht es eine bessere Implementierung des
174 Trennungssystems.

175 Trotz guter Methoden der Trennung und des Recyclings in Deutschland wird aber
176 insgesamt zu wenig wiederverwertet. Abfall insgesamt muss also vermieden werden.
177 Die GRÜNE JUGEND kritisiert, dass es Quoten für Recycling gibt (bei
178 Kunststoffverpackungen sind das zum Beispiel 36%), aber nur qualitative Vorgaben
179 für Abfallvermeidung, wie sie im Abfallvermeidungsprogramm stehen. Ohne feste
180 Quoten kann auch nicht kontrolliert werden, ob Ziele erreicht werden und
181 Ressourcen geschont werden. Gleichzeitig muss aber darauf geachtet werden, dass
182 Mensch und Umwelt geschützt werden. Die Menge des Abfalls muss endlich wirksam

183 reduziert werden und dazu braucht es starke Instrumente der Politik!

184 *1: Als Pulpe bezeichnet man allgemein Breie auf Basis faseriger Stoffe und
185 Wasser, z.B. in der Papierherstellung.

186 *2: Pyrolyse beschreibt die thermochemische Zersetzung (organischer) Moleküle.
187 Zu deutsch: Erhitzen der Stoffe bis zum Bindungsbruch.

Begründung

Quellen:

[1]: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/abfall-kreislaufwirtschaft>, Okt. 2018

[2]: <https://www.bmu.de/themen/wasser-abfall-boden/abfallwirtschaft/abfallarten-abfallstroeme/>

[3]: <https://rp-giessen.hessen.de/umwelt-natur/abfall/abfallanlagen/sortieranlagen>

[4]: <https://www.greenpeace.de/themen/endlager-umwelt>

[5]: <https://www.greenpeace.de/themen/endlager-umwelt/ausgemustert-wie-elektroschrott-die-aermsten-vergiftet>

[6]: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-01/muellexporter-china-plastikmuell-recycling>

AP-B Arbeitsprogramm 2019 - Wir machen was anders!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 18.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Nationalist*innen sind weltweit auf dem Vormarsch und greifen die Demokratie an.
2 Auch in Deutschland versuchen die AfD und die gesamte politische Rechte, die
3 Gesellschaft auseinander zu treiben und feiern damit Erfolge, die in
4 Wahlergebnissen messbar und an der gesellschaftlichen Stimmung sichtbar werden.
5 Die politische Linke hat Schwierigkeiten, diesen Entwicklungen geschlossen
6 entgegenzutreten: Während die einen verkennen, dass sich die Auswirkungen des
7 globalisierten Kapitalismus nicht mit dem Rückzug in den Nationalstaat bekämpfen
8 lassen, verlieren die anderen sich in EU-Glorifizierung und glauben dem Märchen
9 der neoliberalen Politik als einzig andere Möglichkeit. Gleichzeitig können wir
10 an vielen Stellen breite Proteste gegen die bestehenden Verhältnisse beobachten:
11 Zahlreiche Menschen bei #wirsindmehr, Ende Gelände oder #unteilbar auf die
12 Straße, um für eine offene Gesellschaft und gegen eine Politik der Ausgrenzung
13 sowie die andauernde Umweltzerstörung zu demonstrieren.

14 Die gesellschaftlichen Potenziale für Veränderungen sind vorhanden. Das ist
15 wichtig, denn diese Veränderung ist dringend notwendig: Es reicht nicht aus,
16 gegen die Rechten zu kämpfen. Während die Klimakrise immer schneller zur
17 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen führt, verstärkt sich die Ungleichheit
18 global und lokal. Rassismus betrifft nicht nur die 13 % AfD-Wähler*innen,
19 sondern ist noch immer ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Und der autoritäre
20 Umbau der Gesellschaft schreitet voran, der z.B. bei den Polizeigesetzen durch
21 scheinbare Stärkung der Sicherheit unserer aller Rechte beschneidet.

22 Uns reicht es nicht aus im Status Quo zu verharren - wir wollen unseren Einsatz
23 gegen konkrete Bedrohungen für die Demokratie mit unserem Kampf für eine andere
24 Gesellschaft verbinden. Wir wollen diese Gesellschaft grundlegend und radikal
25 verändern. Wir kämpfen - auch und gerade im Angesicht der rechten Bedrohung -
26 für eine ökologische und gerechte Welt.

27 Denn, auch wenn es unfassbar schwierig scheint: Es ist möglich, die Welt zu
28 verändern! Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse sind menschengemacht und
29 damit auch von Menschen veränderbar. Das wollen wir vielen jungen Menschen
30 zeigen und sie dafür gewinnen, mit uns gemeinsam etwas zu verändern. Denn wir
31 müssen uns organisieren, um erfolgreich zu sein. In den letzten Jahren haben wir
32 viele neue Leute dazugewonnen und uns als Verband weiterentwickelt. Auf diesen
33 Erfolgen können wir uns jetzt nicht ausruhen, aber darauf aufbauen: Wenn wir uns
34 noch besser organisieren, können wir die aktuelle Zeit der Politisierung nutzen
35 und noch stärker werden. Dafür sind die Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen

36 ein wichtiger Anknüpfungspunkt im nächsten Jahr - und mit dem Fortschreiten des
37 Perspektivenprozess beschreiten wir weitere wichtige Schritte auf dem Weg zu
38 einem schlagkräftigen Verband.

39 **Bildungsarbeit im Jahr 2019**

40 Unsere Bildungsarbeit ist ein zentraler Grundpfeiler unserer politischen Arbeit:
41 In der Schule lernen wir nicht, die Gesellschaft grundsätzlich zu hinterfragen.
42 Genau das wollen wir aber als Grüne Jugend leisten. Deshalb wollen wir auch im
43 nächsten Jahr gute, kritische Bildungsarbeit leisten. Gerade in Zeiten des
44 gesellschaftlichen Rechtsrucks und wenn sich alles auf Wahlen konzentriert, ist
45 eine solche wichtiger denn je.

46 Unsere Bildungsschwerpunkte

47 Im Zentrum der Bildungsarbeit sollen zwei Bildungsschwerpunkte stehen, an denen
48 sich unsere Bildungsangebote im nächsten Jahr orientieren. Im ersten Halbjahr
49 wollen wir uns damit auseinandersetzen, was es bedeutet, Europa anders zu
50 machen. Unsere Bildungsarbeit soll die Themen der Europawahlkampagne begleiten
51 und theoretisch unterfüttern und uns ermöglichen, die großen Fragen zu stellen:
52 In ganz Europa erstarken rechte Kräfte, woran liegt das und was können wir noch
53 dagegen tun? Welche Bedeutung hat Europa über kulturelle Vielfalt und freie
54 Interrailtickets hinaus? Wie kann ein soziales Europa aussehen, wie gehen wir
55 mit den Folgen der zerstörerischen Austeritätspolitik um? Und auch: War die
56 Europäische Union ein linkes Projekt und kann sie ein solches sein? Während
57 rechte Kräfte "Achsen" bilden, wie kann linke Organisation weltweit und
58 europäisch aussehen? Diesen Fragen wollen wir uns auf einem großen
59 Schwerpunktseminar und dem Frühjahrs-Bundeskongress stellen.

60 In den vergangenen Monaten wurden Ärzt*innen wie Kristina Hänel dafür verklagt,
61 dass sie Informationen über reproduktive Rechte bereitgestellt haben, in Polen
62 und anderen europäischen Ländern sieht man derweil wie die Selbstbestimmung von
63 Frauen immer weiter eingeschränkt wird. Auch in Deutschland halten
64 Abtreibungsgegner*innen Mahnwachen vor Beratungsstellen, um Schwangere, die
65 Unterstützung bei ihrer Entscheidung benötigen, zu verunsichern und zu bedrohen.
66 "Weibliche Genitalverstümmelung" betrifft noch immer etliche Frauen weltweit.
67 Weltweit leben besonders viele Frauen in Armut oder sind von ihr bedroht. Kurz:
68 Die globale Unterdrückung von Frauen ist immer noch aktuell, Angriffe auf
69 Frauenrechte werden wieder alltäglich und Selbstbestimmung ist keine
70 Selbstverständlichkeit, sondern wird Frauen immer wieder abgesprochen. Gerade
71 während rechte Ideologien in Europa aufflammen, ist die Verteidigung von
72 Frauenrechten von größter Relevanz. Im zweiten Halbjahr wollen wir uns deswegen
73 verstärkt mit Feminismus auseinandersetzen. Dabei wollen wir uns mit
74 verschiedenen Fragestellungen beschäftigen: Wie wurden feministische
75 Errungenschaften in der Vergangenheit durchgesetzt, woher kommen wir eigentlich?
76 Wie bedingen sich Patriarchat und Kapitalismus gegenseitig, wie kann eine
77

78 Kapitalismuskritik aussehen, die auch auf die Abschaffung von Sexismus und
79 Patriarchat zielt und ein Feminismus, der die materiellen Verhältnisse im Blick
80 hat? Wie können wir die verschiedenen feministischen Ansätze unserer Zeit
81 zusammenbringen und gemeinsam streiten - wo gibt es Unterschiede, wo
82 Gemeinsamkeiten? ...und wie können wir eigentlich dieses Patriarchat zerstören?
83 Mit diesen Fragen wollen wir uns zum Beispiel bei feministischen Lesekreisen
84 auseinandersetzen - und die Sommerakademie 2019 soll als Feminismuskongress
85 gestaltet werden. Wir wollen die großen feministischen Fragen dort mit dem
gesamten Verband diskutieren!

86 Methodische Weiterbildung

87 Auch im kommenden Jahr wollen wir uns als Verband weiterentwickeln. Dafür
88 benötigt es qualitative Schulungen auf verschiedenen Ebenen. Zum einen sollen
89 die Fortbildungsangebote für den Bundesvorstand verstetigt werden, zum anderen
90 aber auch Methodenbildung fest in die Treffen von Landesvorständen und
91 Bundesvorstand sowie vom Bildungsbeirat implementiert werden. Auch soll das
92 angekündigte Juniortrainer*innenprogramm nach einigen Anlaufschwierigkeiten 2019
93 endlich umgesetzt werden. Hier sollen Mitglieder ausgebildet werden, um eine
94 Multiplikator*innenfunktion einnehmen zu können. Außerdem wollen wir unseren
95 Mitgliedern die Möglichkeit geben, im Rahmen eines Train the Trainers-Programms
96 die Fähigkeit zu erwerben, als Multiplikator*in wesentliche Kompetenzen für
97 Demonstrationen und Proteste an mehr Mitglieder weiterzugeben.

98 **Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2019**

99 Im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit im nächsten Jahr stehen die Europawahlen: die
100 Kampagne soll nicht nur lokal wahrgenommen werden, sondern über eine starke
101 Begleitung über Social Media und Pressekontakte auch bundesweit wahrnehmbar
102 sein. Dabei ist uns wichtig: Öffentlichkeitsarbeit findet nicht nur auf
103 Bundesebene statt. Wir wollen es schaffen, die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten
104 Verband zu professionalisieren und wollen deshalb eine Sprecher*innenschulung im
105 Frühjahr 2019 anbieten.

106 Die bestehende Social Media-Arbeit soll ausgebaut und verbessert werden.
107 Insbesondere wollen wir unsere Instagramnutzung ausbauen, um wieder jüngere
108 Zielgruppen zu erreichen - die sich über Facebook und Twitter nicht mehr
109 erreichen lassen. Insgesamt wollen wir unsere Social Media-Reichweite weiter
110 steigern und dabei Formate ausprobieren, die verstärkt auf Interaktion setzen,
111 z.B. mit Hilfe von Facebook-Livevideo oder Instagramstories. Im Rahmen der
112 Pressearbeit wollen wir uns im nächsten Jahr daran wagen, eigenständig Themen zu
113 setzen - wie im vergangenen Jahr bereits teilweise gelungen.

114 **Wahlen im Jahr 2019**

115 Das Jahr 2019 wird von diversen Wahlen geprägt. Europa-, Kommunal- und

116 Landtagswahlen werden auch für unsere Arbeit im nächsten Jahr wichtig sein:

117 Europa anders machen!

118 Zentral wird dabei die Europawahl sein. Dabei ist für uns klar, dass die Lösung
119 für die aktuellen Probleme nicht in einem Rückschritt in den Nationalstaat, aber
120 auch nicht in einer entpolitisierten EU-Glorifizierung liegen kann - stattdessen
121 wollen wir junge Menschen davon überzeugen, dass wir den Herausforderungen
122 unserer Zeit global und solidarisch begegnen müssen.

123 Als Grüne Jugend wollen wir diese Zeit politischer Aktivität nutzen, um für
124 unsere Überzeugungen auf die Straße zu gehen, junge Menschen für linke, grüne
125 Politik zu begeistern und uns als Organisation weiterzuentwickeln. Dabei können
126 wir auf eine erfolgreiche #weltaendern-Kampagne 2017 aufbauen, auch aus der
127 Wohnraumkampagne 2018 haben wir viel gelernt. Deshalb starten wir eine
128 eigenständige Kampagne, deren Grundlinien wir bereits auf dem 51. Bundeskongress
129 beschließen und die vom Wahlkampfteam ausgearbeitet wird - wir setzen dabei auf
130 dezentrale Elemente, damit wir als ganzer Verband gemeinsam nach außen treten
131 können.

132 Parallel finden diverse Kommunalwahlen und eine Bürgerschaftswahl statt. Das ist
133 für uns der Anlass die Kampagne stark mit kommunalen Fragen und den
134 Lebensrealitäten junger Menschen zu verbinden und so eine gemeinsame Kampagne
135 statt 17 verschiedene zu organisieren - damit das gelingt, müssen Bundesvorstand
136 und -wahlkampfteam, Landesvorstände, Ortsgruppen und lokale Kandidat*innen eng
137 zusammenarbeiten.

138 Wahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen

139 Im Herbst 2019 stehen weitere zentrale Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg
140 und Sachsen an. 2016 haben wir in Sachsen-Anhalt gesehen, was für verheerende
141 Wahlausgänge insbesondere in den neuen Bundesländern möglich sind - die
142 Demokratie selbst steht unter Beschuss. Diese Wahlen haben deshalb nicht nur
143 regionale Bedeutung, sondern werden als Zeichen für politische Entwicklungen im
144 ganzen Bundesgebiet gedeutet werden: Gerade hier, wo die AfD besonders stark
145 ist, dürfen wir uns deshalb nicht zurückziehen, sondern wollen mit aller Kraft
146 dafür sorgen, dass den Rechten nicht das Feld überlassen wird. Deshalb müssen
147 wir daran arbeiten, linke Organisation in der Fläche zu ermöglichen und jungen
148 Menschen die Möglichkeit geben, sich bei uns zu organisieren - außerdem wollen
149 wir junggrüne Kandidierende unterstützen. Wir wollen neben einer finanziellen
150 Unterstützung für die entsprechenden Landesverbände und einem Trainingsangebot,
151 bei dem die Landesvorstände ihre Kampagnen unter Begleitung eines*einer
152 Expert*in planen können, Aktivist*innen aus dem ganzen Bundesgebiet ermöglichen,
153 die Wahlkämpfe vor Ort zu unterstützen.

154 **Verbandsarbeit im Jahr 2019**

155 In den vergangenen Jahren haben wir uns als Grüne Jugend stark weiterentwickelt:
156 Wir werden wieder mehr, wir schaffen es, mehr Leute zu erreichen und nach außen

157 zu wirken. Im vergangenen Jahr hat der Perspektivenprozess begonnen, der uns
158 dabei helfen soll, unsere Potenziale noch besser auszuschöpfen und uns insgesamt
159 schlagkräftiger aufzustellen. Nach einem intensiven ersten halben Jahr sollen im
160 nächsten Jahr die Veränderungen implementiert werden - wir wollen uns als
161 Verband verändern. Daran wird die Arbeitsgruppe Perspektiven mit Unterstützung
162 des Bundesvorstands im nächsten Jahr arbeiten. Aber auch darüber hinaus haben
163 wir in der GRÜNEN JUGEND im nächsten Jahr wieder viel vor:

164 Zusammenarbeit zwischen den Ebenen verbessern.

165 Wenn wir als Verband etwas erreichen wollen, müssen wir besser und tiefgehender
166 zusammenarbeiten - insbesondere zwischen Bundesvorstand, Landesvorständen und
167 Ortsgruppen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven arbeitet im nächsten Jahr daran, wie
168 diese verstärkt werden kann. Doch schon bevor wir unsere Zusammenarbeit auf
169 komplett neue Beine stellen, müssen wir - insbesondere in Anbetracht der
170 bevorstehenden Wahlen - erste Wege finden, gut zusammenzukommen. Dafür soll im
171 nächsten Jahr beispielsweise ein Treffen zwischen den Geschäftsführer*innen der
172 Landesverbände und des Bundesverbands initiiert werden und die Vernetzung der
173 Sprecher*innen vorangetrieben werden. Außerdem soll in der Bundesgeschäftsstelle
174 - im Rahmen einer allgemeinen Personalumstrukturierung - ein Bereich für
175 Mobilisierung angesiedelt werden, der eine stärkere Kommunikation zwischen
176 Bundes- und Ortsebene ermöglicht.

177 Die Verbandsfinanzen auf sichere Beine stellen.

178 Die Finanzen unseres Verbandes wachsen mit unseren steigenden Mitgliederzahlen
179 leider nicht mit. Deshalb wollen wir uns im nächsten Jahr damit
180 auseinandersetzen, wie wir auf der einen Seite Ausgaben effektiv und an der
181 richtigen Stellen tätigen können und auf der anderen Seite neue Einnahmequellen
182 gewinnen können. Dafür soll die Spendenstrategie weiter verbessert werden -
183 insbesondere in Anbetracht der Europawahlen im nächsten Jahr. Zu diesem Prozess
184 gehört es auch, im nächsten Jahr eine langfristige Finanzstrategie vorzulegen,
185 die die Planung von Bundeskongress zu Bundeskongress auf eine stabile Grundlage
186 stellt und beispielsweise die übermäßige Anhäufung von Rücklagen zukünftig
187 verhindert.

188 Außerdem soll der Haushalt der GRÜNEN JUGEND im Rahmen eines Genderbudgetings im
189 nächsten Jahr wieder auf seine Geschlechterimplikationen untersucht werden und
190 im Bundesfinanzausschuss über eine Implementierung dieser Maßnahmen in den
191 Ländern beraten werden.

192 Frauen, Inter und Trans gleichstellen und fördern.

193 Im Rahmen unseres 2. Bildungsschwerpunkts werden wir uns viel mit dem Thema
194 Feminismus auseinandersetzen. Die inhaltliche Beschäftigung mit diesem so
195 relevanten Thema, wollen wir als Grüne Jugend im nächsten Jahr wieder durch
196 Projekte ergänzen, mit denen wir gezielt Frauen, Inter und Trans Menschen
197 fördern:

198 Schon früh wird Mädchen und Frauen, sowie anderen weiblich gelesenen Personen
199 vermittelt, sie wären nicht in der Lage, sich mit komplexen Inhalten
200 auseinandersetzen. Diese gesellschaftlichen Zuschreibungen und verinnerlichten
201 Unsicherheiten führen auch in der politischen Arbeit oft dazu, dass gerade
202 Frauen aus vielen Kontexten politischer Bildungsarbeit, gerade was die Arbeit
203 mit Texten und linken Theorien angeht, ausgeschlossen werden, sich vieles nicht
204 zutrauen oder in Diskussionsrunden zu kurz kommen. Deshalb wollen wir 2019 ein
205 Theorieseminar für Frauen und anderen von dieser Diskriminierung betroffenen
206 organisieren, das einen Beitrag dazu leisten will, die Steine, die Frauen in der
207 Theoriearbeit in den Weg gelegt werden, aus dem Weg zu schaffen.

208 2018 haben wir ein halbjähriges Weitersteiger*innenprogramm für junge Frauen,
209 Inter und Trans, die neu in der Grünen Jugend sind, auf die Beine gestellt. Im
210 kommenden Jahr wollen wir ein Wochenendseminar für Frauen, Inter und Trans in
211 Funktionen organisieren, das Frauen, Inter und Trans in Verantwortungspositionen
212 noch mehr Kompetenzen und Fähigkeiten für ihre Arbeit in der Grünen Jugend an
213 die Hand geben soll.

214 Außerdem soll die Vernetzung der Frauen-, Inter-, Trans und Genderpolitischen
215 Sprecher*innen im kommenden Jahr weitergeführt werden. Neben regelmäßigem
216 Austausch über aktuelle Projekte, gelungene Veranstaltungen und Tipps für die
217 politische Arbeit, sollen zudem weiterhin Treffen auf den Bundeskongressen
218 stattfinden.

219 Die bisherigen Analysen der Arbeitsgruppe Perspektive rund um die Förderung von
220 Frauen, Inter und Trans sowie die Inhalte des Gendermethodenseminars, das
221 wertvolle Tipps zur Entwicklung einer Geschlechterstrategie für die Grüne Jugend
222 vermitteln konnte, dienen als Orientierung für erste Veränderungen im Verband.

223 Der SPUNK im nächsten Jahr.

224 Die SPUNK-Redaktion soll auch im nächsten Jahr wieder Artikel schreiben,
225 koordinieren, lektorieren und veröffentlichen. Dabei soll eine Mischung aus
226 tagesaktuellen Artikeln und Artikelserien gewährleistet sein. Wichtige Aufgabe
227 der Redaktion im nächsten Jahr wird es dabei sein, seine Sichtbarkeit durch
228 regelmäßige und qualitativ hochwertige Veröffentlichungen zu steigern. Außerdem
229 soll die Redaktion sich gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Perspektiven mit einer
230 Zukunft für den SPUNK auseinandersetzen - dabei soll auch der Austausch mit den
231 verschiedenen Länderredaktionen aufgenommen werden.

232 Im Jahr der Europawahl soll im SPUNK die innerverbandliche Arbeit sichtbar
233 gemacht und die Wahl thematisch begleitet werden - im Fokus steht dabei die
234 kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit dem Projekt Europa und den
235 aktuellen Entwicklungen. Dazu kann es zum Beispiel eine Printausgabe zum 52.
236 Bundeskongress geben.

237 Grenzen überschreiten.

238 Die internationale Arbeit der GRÜNEN JUGEND entwickelt sich stetig weiter. Im
239 vergangenen Jahr konnte die internationale Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND
240 evaluiert werden, um in Zukunft noch gezielter internationale Austausche zu
241 planen und umzusetzen. In diesem Zusammenhang gibt sich die Internationale
242 Koordination ein Selbstverständnis, das jährlich nach dem Frühjahrs-
243 Bundeskongress evaluiert und erneuert werden soll. Im nächsten Jahr stehen zudem
244 verschiedene Projekte an: Nachdem 2018 gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung
245 Marokko ein Austausch mit der Fédération de la Gauche Démocratique (FGD)
246 durchgeführt wurde, soll für 2019 geprüft werden, inwieweit ein weiterer
247 Austausch umgesetzt werden kann.
248 Außerdem soll das neu aufgelegte Konzept der Interregionalen Kooperationen nun
249 als "Find your European Match" umgesetzt werden. Dabei stellt die Internationale
250 Koordination das Bindeglied zwischen FYEG und den Landesverbänden dar und
251 koordiniert den Austausch.

252 Außerhalb von Austauschprojekten sollen den Landesverbänden von der
253 Internationalen Koordination in Kooperation mit dem Fachforum Europa und
254 Globales Workshops zu den Themen Klimagerechtigkeit, Flucht und Soziales Europa
255 angeboten werden.

256 Im Rahmen des Europawahlkampfes soll die Internationale Koordination
257 beispielsweise die internationalen Ebenen der GRÜNEN JUGEND eng vernetzen und
258 die international aktiven Mitglieder der GRÜNEN JUGEND noch besser vernetzen,
259 wie beispielsweise durch die bereits begonnenen Vernetzungs-Telefonkonferenzen
260 und Treffen.

261 Bündnisse schmieden.

262 Im letzten Jahr haben diverse Demos, Aktionen und Bewegungen die politische
263 Sphäre in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Von den massiven Protesten im
264 Hambacher Wald über #wirsindmehr bis hin zu #unteilbar sind neue
265 Protestdynamiken entstanden, denen wir uns im kommenden Jahr stellen wollen:

266 In der Klimabewegung gilt es, den Kampf gegen die Kohle als
267 Kristallisationspunkt der ökologischen Frage weiterhin zu nutzen, deswegen
268 werden wir auch im kommenden Jahr zu Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen
269 Kohle mobilisieren. Außerdem werden wir auch weitere Wege der Zivilgesellschaft,
270 beispielsweise im Kampf gegen die Autoindustrie, auch im zivilen Ungehorsam
271 mitgehen und uns einbringen. Gemeinsam mit anderen Akteur*innen der
272 Zivilgesellschaft wollen wir auch weitere Wege und Kristallisationspunkte des
273 Klima-Kampfes finden.

274 Emanzipatorische und antifaschistische Kämpfe werden wir auch im kommenden Jahr
275 wieder in großer Zahl führen. Herauszuheben sind hier die Proteste gegen den
276 „Marsch für das Leben“ und den „Tag der Deutschen Zukunft“, bei denen wir wieder
277 in großer Zahl vertreten sein wollen.

278 Außerdem werden wir die strategischen Allianzen im Kampf gegen die
279 Polizeigesetze aufrechterhalten und ausbauen um gemeinsam auf allen Ebenen gegen
280 die Polizeigesetze zu kämpfen.

281 Im Rahmen unserer Analyse wollen wir darüber hinaus an grundlegenden linken
282 gesellschaftlichen Bündnissen schmieden, die insbesondere im Bezug auf die
283 Europawahl aber auch in Bezug auf die politische Lage in Deutschland
284 längerfristig für progressive linke Politik eintreten.

285 Außerdem wollen wir mit den Landesverbänden und Ortsgruppen neue Wege ausloten,
286 um ein größeres Mobilisierungspotenzial zu Demos zu entwickeln. Wir wollen uns
287 untereinander stärker vernetzen und Planungen sichtbarer machen um mehr GJ-
288 Menschen frühzeitig zu erreichen.

E1-B Europa anders machen - Für eine schlagkräftige Kampagne zur Europawahl 2019!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 18.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Wir stehen vor den historisch wichtigsten Wahlen auf europäischer Ebene. Die
2 Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 werden zu einer Richtungsentscheidung für
3 den gesamten Kontinent werden: Werden sich die Rechten weiterhin durchsetzen und
4 ihre unmenschliche Politik durchsetzen? Oder gelingt es den linken und
5 progressiven Kräften, endlich wieder gesellschaftliche Mehrheiten zu
6 mobilisieren, und die fortschreitende Erosion der Demokratie zu stoppen? Das
7 Potenzial für die zweite Option ist vorhanden. Denn während Nationalist*innen in
8 Europa und weltweit auf dem Vormarsch sind, organisieren sich immer mehr
9 Menschen, ob bei der Seebrücke, bei #unteilbar oder den Protesten rund um den
10 Hambacher Wald, weil sie nicht mehr bereit sind zuzusehen, wie Rechte und
11 Konservative unsere Zukunft verspielen, humanitäre Werte begraben und Europa
12 immer weiter auseinander treiben. Wir möchten gemeinsam mit diesen Menschen
13 zeigen, dass ein besseres Europa möglich ist und möglichst viele junge Menschen
14 für junggrüne Ziele und die GRÜNE JUGEND gewinnen. Deshalb werden wir die
15 Europawahlen im nächsten Jahr in den Fokus unserer politischen Arbeit stellen
16 und ausgehend von bestehenden politischen Kämpfen eine Vision für Europa
17 entwickeln, für die es sich zu streiten lohnt.

18 Die politische Trennlinie in aktuellen politischen Auseinandersetzungen verläuft
19 immer stärker zwischen einem transnationalen Politikentwurf und nationalem
20 Egoismus. In Anbetracht von gegenwärtigen Herausforderungen, wie steigender
21 Ungleichheit, Digitalisierung, Klimawandel oder globalen Migrationsbewegungen,
22 reagieren immer mehr politische Kräfte mit nationaler Abschottung und dem
23 Rückzug in den Nationalstaat. Andere bekennen sich zwar offiziell zu einer
24 transnationalen Politik, verbinden diese jedoch mit der Verteidigung eines
25 Status Quos, in dem aufgrund des neoliberalen Grundkonsens der letzten
26 Jahrzehnte wirtschaftliche Interessen über die Würde von Menschen und den Schutz
27 unserer Umwelt gestellt wird.

28 Aber es gibt auch einen anderen Weg - für uns ist klar: Unsere Solidarität kennt
29 keine Grenzen. Den großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur
30 gemeinsam begegnen. Unsere Zukunft liegt nicht im Nationalstaat, sondern in
31 einem progressiven und vereinten Europa. Doch dafür müssen wir Europa

32 grundlegend verändern. Das Sterben auf dem Mittelmeer, eine Austeritätspolitik,
33 die gerade im Süden Europas zu furchtbarer Armut führte oder eine
34 zukunftsvergessene Klimapolitik sind nichts, was es für uns zu bewahren gilt.
35 Wenn wir dem Rechtsruck etwas entgegensetzen wollen, reicht es nicht, die
36 bestehenden Verhältnisse zu verteidigen, denn diese bilden den Nährboden für den
37 autoritären Umbau. Stattdessen brauchen wir Visionen für ein anderes Europa, die
38 Menschen begeistern und mobilisieren, mit uns gemeinsam für ihre Zukunft zu
39 kämpfen.

40 Ein Europa, das unsere natürliche Lebensgrundlage erhält. Ein Europa der
41 Solidarität, in dem jeder Mensch gut leben kann. Ein Europa der Solidarität, das
42 Schutzsuchenden Perspektiven bietet und Grenzen abbaut, statt sie hochzuziehen.
43 Ein Europa, das die Rechte des Individuums stärkt und vor Angriffen durch
44 Antidemokrat*innen schützt. Ein Europa, das unsere Zukunft sichert. Eine echte
45 europäische Demokratie. Europa ist, was wir draus machen. Lasst uns Europa
46 verändern, um es zu erhalten.

47 **Wofür wir kämpfen**

48 Wir befinden uns im Kampf um die Demokratie. Doch diesen Kampf werden wir nicht
49 auf der rein abstrakten Ebene gewinnen, es reicht nicht einfach "für Demokratie"
50 einzustehen. Stattdessen müssen wir mit unseren Visionen im Wahlkampf zeigen, wo
51 wir mit Europa hinwollen. Deshalb werden wir unseren Einsatz gegen den
52 autoritären Umbau und für ein linkes Europa auf konkrete Themen runterbrechen,
53 die junge Menschen in ihrer Lebensrealität abholen und gleichzeitig aufzeigen,
54 wie ein anderes Europa aussehen kann.

55 *Wir lassen uns die Zukunft nicht kaputt baggern!*

56 Mit dem außerordentlich trockenen Hitzesommer 2018 ist der Klimawandel endgültig
57 auch in Deutschland angekommen. Seine Folgen, die bisher vor allem Menschen in
58 den ärmsten Regionen der Welt trafen, werden zunehmend auch hier spürbar. Immer
59 deutlicher können wir sehen: Die Klimakatastrophe wird zur Existenzfrage für die
60 Menschheit. Gerade für unsere Generation geht es darum, ob wir in ein paar
61 Jahrzehnten noch einen Planeten haben, auf dem wir gut leben können. Wir
62 beanspruchen unser Recht auf Zukunft. Gemeinsam mit unglaublich vielen Menschen
63 bei den Protesten im Hambacher Wald oder bei Ende Gelände machen wir klar: Wir
64 werden nicht zuschauen, wie unsere Zukunft von RWE, Vattenfall und co. weg
65 gebaggert und durch eine vollkommen verantwortungslose Politik kaputt gemacht
66 wird. Wir kämpfen für radikalen Umwelt- und Klimaschutz. Das ist für uns auch
67 eine Frage der globalen Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist klar, dass
68 Maßnahmen von einzelnen Nationalstaaten allein nicht ausreichen. Stattdessen
69 brauchen wir eine europäische Klimapolitik, die diesen Namen verdient hat und
70 globale Strategien gegen Umweltzerstörung. Wir fordern den Europäischen Kohle-
71 und Atomausstieg, 100% Erneuerbare Energien und eine echte Agrarwende.

72 *Say it loud, say it clear, Refugees are welcome here!*

73 Das Sterben auf dem Mittelmeer muss ein Ende haben. Während die Staaten der
74 Europäischen Union durch ihre menschenverachtende Abschottungspolitik in den
75 letzten Jahren immer weiter in Kauf genommen haben, dass Menschen starben, waren
76 es gerade die Aktivist*innen der zivilen Seenotrettung, die das staatliche
77 Versagen auffingen und Menschenleben verteidigten. Unsere Solidarität gilt all
78 diesen Menschen, die auf dem Mittelmeer gezeigt haben, was ein humanitäres
79 Europa bedeuten kann. Gerade in der Frage, wie wir mit Schutzsuchenden umgehen,
80 wird die Europawahl zur Richtungsentscheidung. Für uns ist dabei klar: Flucht
81 ist kein Verbrechen. Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Wir stellen den
82 Schutz von Geflüchteten ins Zentrum unserer Politik und wollen den Abbau ihrer
83 Rechte zurückdrehen. Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm und
84 legale Fluchtwege nach Europa. Gleichzeitig werden aufgrund des Klimawandels in
85 den nächsten Jahrzehnten immer mehr Menschen ihr Zuhause verlieren. Für uns ist
86 es die Aufgabe der Europäischen Union, deren Staaten maßgeblich zur
87 Klimakatastrophe beigetragen haben, diesen Menschen eine frühzeitige,
88 freiwillige und würdevolle Migration zu ermöglichen. Deshalb fordern wir den
89 Klimapass für die Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten.

90 *Europa vergiss deine Jugend nicht!*

91 Die Idee eines geeinten Europas wurde in den letzten Jahrzehnten vor allem durch
92 eine zerstörerische Austeritätspolitik und immer stärkere Entsolidarisierung
93 zwischen den Staaten der Europäischen Union untergraben. Diese Politik führte
94 gerade für junge Menschen im Süden Europas zu massiver Armut und schwindenden
95 Perspektiven. Doch auch in Deutschland sind immer mehr Menschen mit
96 Zukunftsängsten konfrontiert, leiden unter viel zu hohen Mieten oder werden in
97 Ausbildungen oder Praktika als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Wir wollen
98 eine Politik, die die Interessen dieser Menschen nicht weiter gegeneinander
99 ausspielt, sondern sie zusammenführt. Europa ist für uns eine Chance, gemeinsam
100 für mehr Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven zu kämpfen. Dafür müssen wir
101 aber endlich von einem Zustand weg kommen, in dem das Dogma der Schwarzen Null
102 und die Interessen von Großunternehmen mehr zählen als die Lebensbedingungen von
103 jungen Menschen. Wir wollen Perspektiven für junge Menschen schaffen. Wir
104 fordern eine echte soziale Absicherung auf europäischer Ebene, gute
105 Arbeitsbedingungen, auch in Ausbildungsberufen, den Ausbau der Jugendgarantie,
106 verpflichtend bezahlte Praktika und Investitionen statt Austeritätspolitik,
107 Sozialstaatsabbau und Niedriglohnwettlauf.

108 *Das Patriarchat stürzen wir nur gemeinsam!*

109 Zusätzlich zu diesen drei Storys wollen wir Veranstaltungen rund um die Themen
110 Feminismus und LGBTIQ*-Rechte anbieten. Angriffe auf die Demokratie bedeuten
111 immer auch Angriffe auf die Rechte von Frauen und LGBT*. Wo Rechte an die Macht
112 kommen werden die körperliche Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung von
113 Frauen angegriffen. Auch der Abbau erkämpfter arbeitsrechtlicher Standards
114 trifft vor allem Frauen hart, wie beispielsweise die Einführung des 12h-Tages in
115 Österreich. Denn sie leisten noch immer den Großteil der unbezahlten Haus- und

116 Sorgearbeit - meistens zusätzlich zur Lohnarbeit. Unser Antifaschismus ist
117 deshalb immer feministisch. Im Wahlkampf wollen wir im Rahmen einer
118 Veranstaltungsreihe dazu die Potenziale einer feministischen Bewegung gegen den
119 Rechtsruck aufzeigen und insbesondere junge Frauen empowern und mobilisieren
120 sich unserem Kampf für ein Europa anzuschließen, in dem alle Menschen selbst
121 über ihren Körper bestimmen und ohne Angst verschieden sein können.

122 **Unsere Kampagne**

123 Mit unserer #weltändern-Kampagne zur Bundestagswahl 2017 haben wir gezeigt, was
124 wir als GRÜNE JUGEND erreichen können, wenn wir uns gemeinsam organisieren.
125 Tausend Aktivist*innen waren für unsere Inhalte auf der Straße, viele Menschen
126 kamen neu dazu und in der Öffentlichkeit waren wir als ein Verband mit klaren
127 Forderungen sichtbar. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und gleichzeitig
128 unsere Potenziale weiter ausbauen.

129 Deshalb setzen wir wieder auf eine eigenständige und dezentrale Kampagne mit
130 gemeinsamen und fokussierten Forderungen und Inhalten. Wir wollen den Menschen,
131 die in den letzten Monaten zu uns gestoßen sind die Möglichkeit geben, sich
132 einzubringen und politische Praxis zu erfahren, und gleichzeitig noch mehr
133 Menschen politisieren. Dabei kommt den Ortsgruppen eine zentrale Rolle zu, denn
134 sie sind die erste politische Anlaufstelle und der Ort, an dem sich der größte
135 Teil des Verbandes organisiert. Gleichzeitig wollen wir einen Fokus auf die
136 stärkere Zusammenarbeit der Ebenen legen. Unsere bundesweite Kampagne bildet
137 eine Grundlage, die wir gemeinsam mit den Landesvorständen und Ortsgruppen auf
138 lokale und landesverbandsspezifische Bedürfnisse anpassen und auf drängende
139 Fragen vor Ort runterbrechen werden. Wir sind dann am stärksten, wenn wir auf
140 allen Ebenen schlagkräftig aufgestellt sind.

141 Von großer Bedeutung ist dabei auch die Verknüpfung mit der Bürgerschaftswahl in
142 Bremen und den Kommunalwahlen, die in vielen Bundesländern stattfinden. Das
143 zeitliche Zusammenfallen dieser Wahlen ist eine Herausforderung, es bietet uns
144 jedoch auch große Chancen. Viel zu oft wird Europa als etwas Abstraktes
145 wahrgenommen, eine politische Sphäre, die mit dem "echten Leben" nur wenig zu
146 tun hat. Diese Wahrnehmung können wir durch die Verbindung mit den Europawahlen
147 aufbrechen. Kommunale Wasserversorgung, soziale Absicherung oder die
148 Unterbringung von Geflüchteten im eigenen Ort - wir wollen zeigen, was Europa
149 mit den Verhältnissen vor Ort und mit der konkreten Lebensrealität von jungen
150 Menschen zu tun hat und sie dadurch überzeugen, dass es sich für sie ganz
151 persönlich lohnt, für Veränderung in Europa und vor der eigenen Haustür zu
152 kämpfen.

153 Gleichzeitig soll die Kampagne auch zur Vorbereitung und Unterstützung für die
154 2019 stattfindenden Landtagswahlen dienen. Gerade mit Blick auf die
155 Landtagswahlen im Osten ist es wichtig, dass wir in der Fläche noch stärker

156 werden und jungen Menschen auch dort die Möglichkeit der politischen und
157 progressiven Organisierung bieten, wo es sonst oft nur die Junge Union gibt.
158 Deshalb werden wir im Rahmen dieser Kampagne neue Unterstützungsangebote für den
159 ländlichen Raum und strukturschwache Regionen entwickeln.

160 Um Veränderung in Europa zu erreichen, müssen wir gesellschaftliche Mehrheiten
161 schaffen. Das kriegen wir nicht alleine hin. Deshalb suchen wir im Rahmen
162 unserer Kampagne den Schulterschluss mit Bewegungen wie der Seebrücke,
163 #unteilbar oder Ende Gelände. Für uns ist klar: gemeinsam sind wir stärker.
164 Dieser Ansatz beschränkt sich nicht auf die nationale Ebene. Gerade bei den
165 Europawahlen ist es wichtig, dass wir mit anderen grünen und linken Akteur*innen
166 aus Europa zusammenkommen und gemeinsam Perspektiven und Visionen für ein
167 anderes Europa aufzeigen. Deshalb wollen wir im Europawahlkampf Aktionen mit
168 grünen Jugendverbänden aus ganz Europa auf die Beine stellen und zeigen, wie
169 eine echte europäische Kampagne aussehen kann.

170 **Packen wir es an!**

171 Das Wahlkampfteam wird beauftragt auf Grundlage dieses Antrags eine Kampagne zur
172 Europawahl 2019 zu erarbeiten. Damit diese Kampagne ein Erfolg wird und wir
173 viele junge Menschen für die Vision eines ökologischen, humanitären und
174 solidarischen Europas begeistern, brauchen wir jedoch euch alle. Lasst uns
175 gemeinsam im nächsten Jahr zeigen: Europa kann anders - wenn wir dafür kämpfen!

F1 Nachtragshaushalt II 2018

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 31.10.2018

Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

1 Der Nachtragshaushalt liegt im Wurzelwerk vor:

2 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+II+2018/19e74a0-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+II+2018/19e74a0-8-fe8a-4c85-94c6-c7ab6baa09c3?version=1.0)
3 [8-fe8a-4c85-94c6-c7ab6baa09c3?version=1.0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+II+2018/19e74a0-8-fe8a-4c85-94c6-c7ab6baa09c3?version=1.0)

4 In der letzten Spalte findet sich der Nachtragshaushalt II 2018, über den auf
5 dem Bundeskongress abgestimmt wird.

F2 Haushalt 2019

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 31.10.2018
Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

1 Der Haushalt 2019 findet sich im Wurzelwerk:

2 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2019/b3f778f7-ac4e-46df-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2019/b3f778f7-ac4e-46df-8b65-d1e4e3bfb53)
3 [8b65-d1e4e3bfb53](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2019/b3f778f7-ac4e-46df-8b65-d1e4e3bfb53)

4 In der letzten Spalte findet sich der Haushalt für das Jahr 2019, über den auf
5 dem Bundeskongress abgestimmt werden wird.

N1 Anerkennung der Fachforen

Gremium: Bildungsbeirat
Beschlussdatum: 09.08.2018
Tagesordnungspunkt: 2. Neuanerkennung der Fachforen

- 1 Bis zur nächsten regulären Anerkennung hat die GRÜNE JUGEND folgende acht
2 Fachforen:
3 - Fachforum Stadt, Land, Mobilität
4 - Fachforum Demokratie, Innen, Recht und AntiFa
5 - Fachforum Globales und Europa
6 - Fachforum Bildung, Ausbildung und Wissenschaft
7 - Fachforum Ökologie
8 - Fachforum Feminismus und Queer
9 - Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit
10 - Fachforum Digitales und Medien

Begründung

Alle zwei Jahre werden die Fachforen der GRÜNEN JUGEND neu anerkannt, in diesem Rahmen können Fachforen neu eingerichtet und aufgelöst werden. Dafür schlägt der Bildungsbeirat ein Konzept vor, welche Fachforen ab diesem Bundeskongress existieren sollen. Er hat dieses auf seiner Sommersitzung ausführlich diskutiert und einstimmig beschlossen hat. Der Bildungsbeirat schlägt vor insgesamt 8 Fachforen in den nächsten zwei Jahren zu haben: Es soll kein Fachforum neu eingerichtet werden. Zwei Fachforen sollen zusammengelegt werden. Einige sollen leicht umbenannt werden, um ihre thematische Ausrichtung klarer zu machen.

P1-B Perspektiven für die GRÜNE JUGEND: Was wir anders machen wollen

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 17.11.2018

Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 **Einleitung**

2 **Der Prozess**

3 Auf dem 50. Bundeskongress haben wir die Arbeitsgruppe Perspektiven gewählt und
4 den Perspektivenprozess gestartet, um uns schlagkräftiger aufzustellen. Nach
5 einem halben Jahr mit Zielfestlegung für und Analyse des Verbands und vielen
6 Diskussionen, wo es hingehen soll, legen wir mit diesem Beschluss die Leitlinien
7 fest, entlang derer wir uns als Verband verändern wollen.

8 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dabei mit Unterstützung des Bundesvorstands
9 im nächsten halben Jahr diese Projekte konkretisieren, an Strategien arbeiten,
10 notwendige Satzungsänderungen formulieren und Konzepte erarbeiten. Dabei soll
11 die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle die
12 technische Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit ihrer Vorschläge sicherstellen und
13 sich in diesem Rahmen mit der Erweiterung unserer Einnahmen und der effektiven
14 Gestaltung unserer Ausgaben auseinandersetzen.

15 Eine weitere Beteiligungsphase soll dabei dazu beitragen, dass die Ideen vieler
16 Mitglieder in die Ausarbeitung einfließen können. Ein Schwerpunkt des nächsten
17 halben Jahres ist zum Beispiel die genauere Betrachtung der einzelnen
18 Landesverbände. Zusammen mit den Landesvorständen wollen wir erarbeiten, wie
19 auch dort Potenziale besser genutzt und die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen
20 weiter verbessert werden kann – damit wir unsere Ziele als gesamter Verband
21 gemeinsam erreichen können.

22 Denn die politische Situation in Deutschland, Europa und der Welt war in den
23 letzten Jahrzehnten selten so kritisch wie jetzt: Die Klimakrise verschärft
24 sich, die soziale Spaltung schreitet in Deutschland und weltweit immer weiter
25 voran und beispielsweise feministische Errungenschaften stehen massiv unter
26 Beschuss. Rechte Parteien und Ideen sind in ganz Europa auf dem Vormarsch,
27 bedrohen unsere Demokratie und verschieben gesamte politische und
28 gesellschaftliche Debatten nach rechts. Neben diesem politischen Rollback sehen

29 wir mit drei weiteren Jahren Großer Koalition nur Stillstand entgegen. Uns
30 reicht es nicht, den Status Quo zu verteidigen. In solch einer politischen Lage
31 braucht es mehr denn je starke, linke Kräfte, die für eine bessere Welt kämpfen.
32 Wir haben Visionen von einer gerechten, ökologischen und freien Welt, in der wir
33 alle frei und gut leben können – und die Klimakrise uns nicht unserer
34 Lebensgrundlagen beraubt hat! Doch um diese Visionen auch zu realisieren, müssen
35 wir in die Offensive kommen. Dafür müssen wir uns schlagkräftiger aufstellen –
36 mit mehr Mitgliedern, die in effektiven Strukturen gut eingebunden sind und
37 gemeinsam zielgerichtet an gesellschaftlicher Veränderung arbeiten. Denn: Um
38 unsere Welt zum Besseren zu verändern, müssen auch wir uns verändern!

39 **Unsere Leitlinien für Veränderung**

40 Die auf dem 50. Bundeskongress beschlossenen Grundannahmen sind dabei die
41 Folgenden: Wir brauchen eine Demokratisierung des Verbandes, um viele Menschen
42 einbinden zu können. Eine Professionalisierung, um Prozesse effektiver zu
43 gestalten und so allen zu ermöglichen sich einzubringen – auch bei knappen
44 Zeitressourcen oder anderen Einschränkungen. Und Befähigung, indem wir unseren
45 Aktiven das Werkzeug an die Hand zu geben, Verantwortung zu übernehmen und
46 politisch zu wirken.

47 Wir wollen **möglichst viele Leute einbinden**. Das können wir vor allem vor Ort
48 leisten. Bei unseren **Ortsgruppen** finden junge Menschen an vielen Orten in ganz
49 Deutschland eine Anlaufstelle – zumeist die erste Anlaufstelle. Und nur vor Ort
50 können wir viele Menschen zusammenbringen, organisieren und einbinden.
51 Gleichzeitig wollen wir **als Verband zusammenwachsen** – dafür braucht es mehr
52 Austausch und das Bewusstsein, dass wir alle gemeinsam am selben Projekt
53 arbeiten. Es ist Zeit, neue Wege in unserer Zusammenarbeit zu gehen und neue
54 Formate für diese zu schaffen.

55 Dafür brauchen wir **klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten**: Wir bringen
56 unterschiedliche Zeitressourcen, Vorkenntnisse und Bedürfnisse mit – und das ist
57 gut so. Um bei der Zusammenarbeit dennoch voneinander zu profitieren, muss klar
58 sein, wer für was verantwortlich ist. Mitglieder müssen von ihren gewählten
59 Verantwortlichen, insbesondere den Bundes- und Landesvorständen, erwarten
60 können, dass sie die gemeinsam beschlossenen Ziele verfolgen – dafür legen
61 Vorstände Rechenschaft ab und koordinieren die politische Arbeit. Wir wollen
62 **Aufgabenbereiche bei den Vorständen zusammenlaufen lassen**, um Prozesse
63 zusammenzuführen und strategisch planen zu können.

64 Eines ist dafür wichtig: **Organisation ist kein Nullsummenspiel**. Es geht also
65 nicht darum uns gegenseitig etwas wegzunehmen, sondern gemeinsam stärker zu
66 werden. Ein gut und professionell arbeitender Bundesverband bringt uns alle
67 weiter und starke Ortsgruppen nutzen auch allen anderen Ebenen. Um gemeinsam
68 stärker zu werden, müssen wir professioneller arbeiten – diese

69 **Professionalisierung** wollen wir.

70 In Zeiten wie diesen müssen wir uns dabei immer fragen: Was tun wir warum, mit
71 welchen Mitteln können wir unseren Zielen näher kommen? In unserer gemeinsamen
72 Arbeit wollen wir **Räume für Strategiefindung** schaffen und unsere Arbeit von
73 dieser leiten lassen.

74 **Viele sein, viele einbinden**

75 Wir wollen weiter wachsen, wir wollen verschiedene neue Leute dazu gewinnen und
76 diese Mitglieder einbinden. Das umfasst viele Aspekte:

77 **Wir wollen nicht warten bis Leute zu uns kommen, sondern sie**
78 **aktiv ansprechen.**

79 In einigen Städten kommen viele junge Menschen von alleine zur Grünen Jugend.
80 Doch gerade junge Menschen, die nicht zur typisch grünen Zielgruppe gehören oder
81 die in strukturschwachen Gebieten leben, kommen oft nicht von alleine auf die
82 Idee, bei uns in der Grünen Jugend aktiv zu werden. Es ist deshalb unsere
83 Aufgabe sie aktiv anzusprechen. Das ist Teil eines niedrigschwelligen Zugangs
84 zum Verband. Dabei wollen wir berücksichtigen, dass junge Menschen
85 unterschiedliche Voraussetzungen und Bedürfnisse mitbringen, auf die wir
86 eingehen wollen.

87 Dafür müssen wir dorthin gehen, wo sie sich aufhalten – dabei können uns
88 Kampagnen helfen. Wir müssen uns dafür genau fragen: Wen sprechen wir wann und
89 wo an? Mit welchen Themen und warum? Dafür müssen sich auch die Landesvorstände
90 und der Bundesvorstand verantwortlich sehen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll
91 ein Konzept für einen niedrigschwelligen Zugang zum Verband erarbeiten, in dem
92 auch die Einbindung der neugewonnenen Mitglieder mitgedacht wird.

93 **Wir wollen klare Verfahren für die Einbindung neuer**
94 **Mitglieder.**

95 Wir freuen uns über alle, die sich durch eine Mitgliedschaft unseren politischen
96 Zielen anschließen. Wir freuen uns wenn möglichst viele Mitglieder sich aktiv in
97 die Gestaltung des Verbands einbringen. Dazu müssen wir versuchen, neue
98 Mitglieder – ob sie zuerst bei einer Ortsgruppe vorbeischauen, beim Landes- oder
99 Bundesverband Mitglied werden – möglichst schnell informieren, wie sie bei uns
100 aktiv werden können: Welche Veranstaltungen stehen vor Ort, in Land und Bund an,
101 an wen können sie sich mit Fragen wenden, wo können sie sich einbringen? In
102 diesem Rahmen wollen wir auch daran arbeiten, neue Möglichkeiten für neue
103 Mitglieder schaffen, aktiv zu werden und sich einzumischen – ohne dass sie dazu
104 direkt Ämter übernehmen müssen . Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll in
105 Zusammenarbeit mit Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden das Verfahren zur

106 Kontaktierung von Neumitgliedern überarbeiten. Dabei soll sie sich auch damit
107 auseinandersetzen, welche Rolle digitale Hilfsmittel in diesem Prozess einnehmen
108 können. Jedes Mitglied soll nach Eintritt Informationen darüber erhalten, wie es
109 sich bei uns einbringen kann. Dazu wollen wir die Mitgliedschaftsregeln für
110 Ortsgruppen und den Bundesverband vereinheitlichen. Die Arbeitsgruppe soll im
111 Rahmen der Verankerung der Ortsgruppen in der Bundessatzung Regelungen zur
112 Mitgliedschaft entwickeln.

113 **Wir wollen eine gute Willkommenskultur für Mitglieder, in**
114 **der sich alle unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und**
115 **ihren Fähigkeiten willkommen fühlen.**

116 Wer von denjenigen, die sich für uns interessieren, Mitglied und aktiv wird,
117 entscheidet sich in erster Linie an den ersten Kontakten. Die Ortsgruppen stehen
118 daher besonders in der Verantwortung, aktiv auf alle Neuen zuzugehen und sie
119 einzubinden. Bei dieser Aufgabe soll der Bundesverband die Ortsgruppen stärker –
120 zum Beispiel mit Methodenschulungen oder der Festlegung von Standards –
121 unterstützen. In den Ortsgruppen braucht es für diese Aufgabe
122 verantwortungsbewusste Ansprechpersonen, möglichst Vorstände, die sich aktiv mit
123 diesen Fragen auseinandersetzen und sich zuständig fühlen. Sie sind diejenigen,
124 die die Arbeit vor Ort organisieren und deswegen maßgeblich zum Erfolg der
125 Ortsgruppe und damit des Verbandes beitragen. Die stärkere Dezentralisierung
126 muss deswegen auch zu einem höheren Ansehen der Arbeit vor Ort führen.

127 Die Grüne Jugend soll ein Ort sein, an dem es von Anfang an Spaß macht, sich zu
128 engagieren – und nichts, wofür sich neue Mitglieder zunächst viel Sprache und
129 Verhaltensregeln erarbeiten müssen. Denn das bringt insbesondere junge Menschen
130 mit anderen sozialen Hintergründen als die Mehrheit unserer Mitglieder dazu, uns
131 schnell wieder zu verlassen. Deshalb wollen wir neue Kommunikationsmuster
132 erarbeiten: Wir wollen neue Mitglieder nicht wie jetzt mit sehr vielen
133 Abkürzungen konfrontieren und deshalb möglichst wenig internes Vokabular und
134 internen Sprachgebrauch aufbauen. Wir wollen Texte ansprechend formulieren und
135 nötige Informationen zur Verfügung stellen, wenn wir mit Mitgliedern und
136 Interessierten kommunizieren. Auch unser Verband ist durch soziale Codes
137 geprägt. Mitglieder unterschiedlicher Hintergründe werden so von der
138 Partizipation ausgeschlossen. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir uns bewusst
139 machen, wie soziale Codes die Mitarbeit in der Grünen Jugend einschränken
140 können. Nur die wenigsten sind tatsächlich notwendig, viele können beeinflusst
141 werden. Das mag schwierig sein, ist es uns aber wert, um Mitglieder mit
142 unterschiedlichen Hintergründen schneller und einfacher willkommen zu heißen.

143 **Wir wollen vielfältiger werden.**

144 Wir treten für Vielfalt in der Gesellschaft ein, aber in unserer
145 Mitgliederstruktur spiegelt sich dies noch nicht so wieder. Es gab in der Grünen

146 Jugend bereits einige „Barrierearmuts“-Ansätze um sich Gedanken zur Förderung
147 der Vielfalt unseres Verbandes zu machen. Hierbei geht es vor allem um
148 Migrant*innen, Nicht-Akademiker*innen, aber auch z.B. um Menschen mit
149 körperlichen, finanziellen, familiären u.a. Benachteiligungen. Diese bisherigen
150 Ansätze sind aber noch nicht in ein langfristiges strategisches Konzept
151 gemündet.

152
153 Wir brauchen allerdings in unserem Verband ein Verständnis dafür, dass die
154 mangelnde Vielfalt in unserer Mitgliederstruktur ein Problem ist, das es
155 langfristig anzugehen gilt. Denn wenn wir den Anspruch haben, Politik für eine
156 offene Gesellschaft zu gestalten, dann müssen wir auch alle mit ins Boot holen.

157
158 Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass wir uns systematisch über diese Thematik
159 in unserem Verband Gedanken machen. Wir brauchen eine Strategie der Vielfalt.
160 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll Konzepte entwickeln, wie diese
161 Herausforderung in unserem Verband angegangen werden kann.

162 **Wir wollen mehr methodische Schulungen zum Beispiel für**
163 **Amtsträger*innen und mehr Orte zum Austausch schaffen und**
164 **die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.**

165 Neben einer Überarbeitung unserer Arbeitsweisen wollen wir mit mehr Schulungen
166 und Möglichkeiten zum Austausch dafür sorgen, dass wir Mitglieder nicht mit
167 Aufgaben überfordern. Viele Fähigkeiten – in Öffentlichkeitsarbeit, Bildung oder
168 Organisation – sind nicht einfach so vorhanden, sondern müssen erarbeitet
169 werden. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dafür zum nächsten Bundeskongress
170 ein Konzept erarbeiten.

171 **Wir wollen Standards für verschiedene Aspekte unserer Arbeit**
172 **festhalten.**

173 Zusammen mit Schulungen und Austausch können schriftlich festgehaltene Standards
174 – beispielsweise für die Organisationsweise von Ortsgruppen oder die
175 Durchführung von Bildungsveranstaltungen – eine gute Grundlage für unsere Arbeit
176 schaffen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll bis zum nächsten Bundeskongress an
177 der Überarbeitung bestehender und dem Entwurf neuer Standards arbeiten und einen
178 Rahmen erarbeiten, in dem diese aktuell gehalten werden können.

179 **Wir wollen Amtsperioden stärker synchronisieren.**

180 Wir wollen, dass Bundesvorstand, Landesvorstände und Ortsgruppenvorstände unter
181 anderem an strategischen Fragen besser zusammenarbeiten können. Aufgrund sehr
182 unterschiedlicher Wahlzeitpunkte und Jahrespläne gibt es aktuell jedoch keinen
183 Zeitpunkt im Jahr, an dem sich die verschiedenen Vorstände als Team finden und
184 dann gemeinsam auf Ziele hinarbeiten können. Eine besondere Herausforderung ist

185 z.B. konstanten Kontakt zu den Ortsgruppen zu halten und so einen
186 kontinuierlichen Austausch zu ermöglichen.
187 Wir würden deshalb davon profitieren, wenn die Wahltermine der verschiedenen
188 Ebenen synchron wären.
189 Eine Wahl aller Vorstände im Herbst würde es erlauben, dass der Bundesverband im
190 Winter Schulungen für alle neu gewählten Landesvorstände anbietet und die
191 Landesverbände, in Kooperation mit dem Bundesverband, solche Angebote für
192 Ortsgruppenvorstände schaffen. Das persönliche Kennenlernen, methodisches
193 Training und Austausch zu Strategiefragen sollen so zu besserer Arbeit und
194 Kooperation über das Jahr hinweg führen.
195 Auch werden derzeit die Mitglieder einiger Gremien des Bundesverbands – der
196 Internationalen Koordination, des Bildungsbeirats und des SPUNKS – zu
197 unterschiedlichen Zeiten gewählt, was es ebenfalls schwierig macht, als Team
198 zusammenzufinden und die eigene Arbeit über längere Zeithorizonte zu planen.
199 Auch hier sollen die Amtsperioden synchronisiert werden.
200 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dafür im Rahmen der Umstrukturierung der
201 Gremien eine Satzungsänderung zu den Wahlterminen der Gremien des Bundesverbands
202 erarbeiten und im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts zu methodischen
203 Schulungen in den Austausch über eine Veränderung der Wahltermine der anderen
204 Ebenen gehen.

205 **Wir wollen unseren Aktiven mehr Möglichkeiten geben,**
206 **Erfahrung zu sammeln und dafür die Fluktuation in der Grünen**
207 **Jugend gezielt verringern.**

208 Durch mehr methodische Schulungen wollen wir unseren Amtsträger*innen helfen,
209 mehr Wissen über ihre Arbeit zu erhalten. Die beste Schulung ist aber kein
210 Ersatz dafür, selbst Erfahrungen zu machen und aus ihnen zu lernen. Die hohe
211 Fluktuation in unseren Strukturen ist dafür ein Hindernis: Auf der einen Seite
212 geben viele Amtsträger*innen ihr Amt sehr schnell wieder ab und ihre
213 Nachfolger*innen müssen vieles neu lernen. Auf der anderen Seite haben die
214 meisten ehemaligen Amtsträger*innen keine aktive Rolle mehr bei uns, obwohl wir
215 von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen stark profitieren könnten. Auch für
216 unsere Ziele in der Frauenförderung ist starke Fluktuation nachteilig, weil wir
217 so kaum Vorbilder für junge Frauen schaffen können. Auch die nachhaltige
218 Sichtbarkeit von Inter und Trans wird durch die hohe Fluktuation erschwert. Wir
219 wollen deshalb die Fluktuation in Ämtern verringern – durch eine Überarbeitung
220 von Wiederwahlbeschränkungen. Für langjährige Mitglieder wollen wir neue
221 Möglichkeiten schaffen, ihre Erfahrungen in unsere Arbeit einzubringen –
222 beispielsweise, indem wir sie in projektbezogene Teams einbinden, sie ermutigen
223 sich in strategische Gremien wählen zu lassen oder vermehrt für die Durchführung
224 von Schulungen gewinnen. Insgesamt wollen wir so unsere langjährigen Mitglieder
225 länger an uns binden, auch indem wir unsere Wertschätzungs- und Feedbackkultur
226 verbessern und unser Höchstalter leicht erhöhen.

227 **Wir wollen die Altersgrenze für die Mitgliedschaft in der**

228 **Grünen Jugend auf 30 Jahre erhöhen.**

229 Wir konnten im Rahmen der Verbandsanalyse feststellen, dass auch unser niedriges
230 Höchstalter zu Fluktuationen beiträgt. Viele unserer Mitglieder, die zum
231 Beispiel nicht studieren, kommen erst deutlich älter zu uns und haben deswegen
232 deutlich weniger Möglichkeiten, sich noch in der Grünen Jugend einzubringen.
233 Sich bei den Grünen einzubringen, ist keine Alternative zum Engagement bei der
234 Grünen Jugend: Bei uns geht es darum durch Kampagnen, Aktionen, Demonstrationen
235 und Co. gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, dafür bieten wir unseren
236 Mitgliedern umfassende politische Bildungsangebote. Wir wollen auch Menschen,
237 die spät bei uns eintreten, mehr Zeit geben, an unserer Bildungsarbeit Teil zu
238 haben und diese in politischen Aktivismus zu übersetzen. Etwas ältere Mitglieder
239 können außerdem dabei helfen, unsere Arbeit im Verband kontinuierlich zu
240 gestalten und unsere Planungshorizonte zu erweitern. Wir wollen uns in Zukunft
241 Menschen, die spät Mitglied werden öffnen und langjährigen Mitgliedern
242 ermöglichen, ihre Erfahrungen besser einzubringen. Deshalb wollen wir, dass
243 unsere Mitglieder insgesamt länger die Möglichkeit haben, bei uns aktiv zu sein,
244 Neues zu lernen und mit ihren Fähigkeiten die Arbeit der Grünen Jugend zu
245 gestalten. Wir wollen das Höchstalter auf 30 Jahre anheben. Die AG Perspektiven
246 soll bei der Erarbeitung neuer Diskussionformate auch die möglichen Auswirkungen
247 dieser Anhebung berücksichtigen und Formate entwickeln, bei denen Mitglieder
248 jeden Alters sich einbringen und etwas Neues lernen können.

249 Alle anderen parteipolitischen Jugendverbände in Deutschland haben ein
250 Höchstalter von 35. Indem wir mit unserem Höchstalter weit hinter ihnen bleiben,
251 verwehren wir uns vieler Chancen und Ressourcen, beispielsweise ein breiteres
252 Erfahrungsspektrum zu erschließen.

253 Vor allem Landesverbände in strukturschwachen Gebieten leiden unter dem
254 niedrigen Höchstalter, da ihre Aktiven schnell wieder gehen müssen. Eine
255 Anhebung des Mitgliedsalters kann vor allem für solche Landesverbände einen
256 Mitglieder- und Finanzsegen mit sich bringen. Die Erhöhung des Höchstalters wäre
257 deshalb ein Bestandteil einer Strategie, die Grüne Jugend in strukturschwachen
258 Gebieten besser aufzustellen.

259 Wir wollen ein Verband aus jungen Leuten sein, die sich trotz Altersdifferenzen
260 auf Augenhöhe begegnen. In Zukunft auch 29-Jährige, die eine Jugendorganisation
261 mitgestalten wollen, neben jungen Mitgliedern zu haben ist ein mutiger Schritt,
262 der uns zusammen weiter bringt. Die Arbeitsgruppe soll dazu bis zum nächsten
263 Bundeskongress eine Satzungsänderung und ein Konzept für den Übergang
264 erarbeiten.

265 **Gremienstruktur und Zusammenarbeit effektiv**
266 **gestalten**

267 In Zukunft wollen wir Arbeitsprozesse sinnvoller strukturieren. Wenn wir ein
268 Problem oder eine Aufgabe erkennen, die bearbeitet werden soll, wollen wir
269 zuerst die Ziele der Arbeit benennen und unsere Mittel festhalten. Erst dann
270 überlegen wir, wer die Aufgabe übernimmt, ob es dafür ein Gremium, eine
271 Zuständige oder mehrere Verantwortliche braucht. Außerdem wollen wir Aufgaben
272 dort bearbeiten lassen und Probleme dort behandeln, wo sie tatsächlich gelöst
273 werden können – alles andere führt zu Frustration statt Lösungen.

274 **Wir wollen unsere starre Gremienstruktur aufbrechen: Dafür**
275 **wollen wir einerseits Mitarbeit vereinfachen und Projekte**
276 **flexibler organisieren und andererseits konstante und**
277 **strategischere Arbeit ermöglichen.**

278 Im Bundesverband der Grünen Jugend gibt es im Moment sehr viele Ämter und
279 Gremien, die teilweise nur schlecht besetzt werden können, deren Aufgaben unklar
280 sind oder sich überschneiden und die nicht gut arbeiten können.

281 Wir wollen die Arbeit in der Grünen Jugend deshalb neu aufteilen. Auf der einen
282 Seite in Teams, die an einzelnen Projekten, für die sie konkret gebildet wurden,
283 arbeiten, auf der anderen Seite in solchen Gruppen, die sich längerfristig mit
284 der Ausgestaltung unserer Arbeit beschäftigen und es uns so ermöglichen,
285 strategischer zu arbeiten.

286 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll für die Überarbeitung der Gremienstruktur im
287 Rahmen dieser Leitlinien Konzepte erarbeiten, die in der nächsten
288 Beteiligungsphase diskutiert werden und entsprechende Satzungsänderungen
289 vorbereiten. Im Rahmen dessen soll die Arbeitsgruppe Perspektiven außerdem an
290 Umbenennungen von Gremien und Ämtern arbeiten und Namen entwickeln, die Aufgaben
291 gut widerspiegeln, die verständlich und kurz genug sind, um sie nicht abkürzen
292 zu müssen.

293 **Wir wollen einerseits mehr in projektbezogenen Teams**
294 **arbeiten.**

295 Das Problem in unserer bisherigen Gremienstruktur ist einerseits die ganzjährige
296 Besetzung aller Gremien, selbst wenn sie für nur in einem Teil des Jahres oder
297 übers Jahr unregelmäßig verteilte Aufgaben haben. Einige Gremien verfallen nach
298 ihrer Wahl zeitweise in Inaktivität und können dann, wenn akute Aufgaben
299 anstehen, schwer wieder reaktiviert werden. Auch gibt es bisher kaum einen
300 Mechanismus, mit dem Mitglieder, bevor sie ein Amt übernehmen, einen Einblick in
301 die damit einhergehenden Aufgaben erhalten können. So werden insbesondere junge
302 Frauen ohne Vorerfahrung häufig zur Übernahme von Ämtern und der damit
303 einhergehenden Verantwortung überredet, ohne auf diese vorbereitet oder in ihrer
304 Ausführung begleitet zu sein – viele erfahren dadurch Frustration statt
305 Empowerment. Wir brauchen deshalb Strukturen, in denen sich Mitglieder auch

306 kürzer, mit weniger Zeitaufwand und weniger unmittelbarer Verantwortung
307 einbringen, etwas lernen, sich weiterentwickeln und zum Erfolg unserer Ziele
308 beitragen können – ohne frustriert und ausgebrannt zu sein.

309 Solche Teams können ein Ort sein, an dem wir vielfältige Ideen und
310 Herangehensweisen an Projekte zusammenbringen und viele Mitglieder mit ihren
311 Erfahrungen und Perspektiven in unsere Arbeit einbinden.

312 Wir wollen deshalb künftig möglichst viele Aufgaben in projektbezogenen Teams,
313 die eng mit dem Bundesvorstand verzahnt sind, bearbeiten. In solchen Teams
314 können wir einfacher Aktive mit verschiedenen Meinungen, Wissens- und
315 Erfahrungsständen zusammenarbeiten lassen, wir können Mitglieder Erfahrung
316 sammeln lassen, bevor sie für formale Verantwortungspositionen kandidieren und
317 Mitgliedern, die bereits in der Vergangenheit solche Positionen hatten, die
318 Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen noch in einem anderen und gegebenenfalls
319 weniger intensiven Rahmen einzubringen. Das gibt Menschen auch bei geringeren
320 Zeitressourcen die Möglichkeit, sich im Bundesverband der Grünen Jugend
321 einzubringen.

322 **Wir wollen andererseits in längerfristigen Strukturen**
323 **arbeiten und dafür Wiederwahlregelungen verlängern.**

324 Kurzfristig arbeitende Teams können jedoch nicht strategisch planen. Hierfür
325 braucht es weiterhin einige feste Gruppen, die kontinuierliche Arbeit planen,
326 Jahrespläne aufsetzen und langfristige Kampagnen entwerfen. Auch für solche
327 Aufgaben sind niedrige Wiederwahlregelungen häufig unpassend, da sie nur sehr
328 kurze Planungshorizonte ermöglichen. Jede Gruppe braucht zu Beginn einige Zeit,
329 um sich kennenzulernen, in der neuen Rolle zurechtzufinden, Arbeit zu sortieren
330 und ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln und kann in dieser Zeit weniger
331 effektiv arbeiten. Bis man erfolgreich in einem Amt arbeiten kann, muss man erst
332 einiges lernen und Fehler machen können. Häufige Wechsel verhindern es, dass
333 unsere Aktiven sich sinnvoll einarbeiten und langfristig gut zusammenarbeiten.
334 Außerdem erschweren sie es uns, neuen Funktionsträger*innen gute Schulungen
335 anzubieten, da wir diese umso häufiger brauchen, je häufiger wir neu wählen.
336 Deshalb wollen wir Wiederwahlregelungen von festen Gremien verlängern.

337 Insbesondere beim Bundesvorstand können wir viel durch die Verlängerung der
338 Wiederwahlregelungen gewinnen: Unsere Sprecher*innen können bekannter werden,
339 besser Kontakte zu Journalist*innen aufbauen, unsere Vorstände können sich
340 besser notwendiges Wissen für ihre Arbeit aneignen, besser als Team
341 zusammenfinden – das auch jetzt besonders eng zusammenarbeiten muss – und können
342 besser strategisch arbeiten.

343 Auch, wenn man als junggrüne*r Delegierte*r beispielsweise in einer
344 Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen eine kürzere Amtszeit hat als andere

345 Mitglieder des Gremiums, macht das die Arbeit schwerer: Es dauert, sich in ein
346 Themenfeld einzuarbeiten, die Abläufe zu verstehen und zu lernen sich dort für
347 die Grüne Jugend sinnvoll einzubringen. Auf die Frage, mit welchen Maßnahmen wir
348 dieses Problem, auch unter Einbeziehung der Frage der Quotierung, lösen,
349 erarbeitet die Arbeitsgruppe Perspektiven Antwortideen.

350 Der Bundesvorstand sowie Delegierte zu Bundesarbeitsgemeinschaften und dem
351 Länderrat der Grünen und gegebenenfalls weitere Ämter sollen deshalb in Zukunft
352 die Möglichkeit bekommen häufiger als jetzt wiedergewählt zu werden. Die
353 Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu zum nächsten Bundeskongress eine
354 Satzungsänderung erarbeiten. .

355 **Wir wollen im Rahmen der Umstrukturierung der**
356 **Gremienstruktur neu evaluieren, für welche Aufgaben wir**
357 **Wahlen auf der Mitgliederversammlung durchführen und in**
358 **welcher Form wir diese durchführen.**

359 Dabei müssen wir uns insgesamt fragen, wie welche Gruppen zusammengesetzt
360 werden. Projektbezogene Teams wurden in der Vergangenheit meist durch
361 Einberufung durch andere Zuständige, selten durch Wahlen eingesetzt. Alle
362 längerfristig zusammenarbeitenden Gruppen werden derzeit als formelle Gremien
363 gewählt. Unter anderem führt das auf Bundeskongressen dazu, dass wir sehr viele
364 Wahlen durchführen, ohne uns dabei tatsächlich mit den extrem vielen
365 Kandidat*innen auseinandersetzen zu können und eine informierte Wahl zu treffen.
366 Dieses Problem wird aktuell durch die Präferenzwahl in Teilen verdeckt, jedoch
367 kann das für uns keine langfristig tragbare Handhabung sein. Eine Wahl durch die
368 Mitgliederversammlung ist dann erforderlich, wenn die gewählte Gruppe
369 eigenständig politische Entscheidungen für die Grüne Jugend trifft und
370 strategische Planung vornimmt oder wenn sie formelle Macht- oder
371 Kontrollfunktionen inne hat. Auf einige unserer Gremien trifft das
372 offensichtlich zu, auf viele nicht.

373 Formelle Strukturen gehen auch immer mit einem stärkeren Maß an Verantwortung
374 einher: Wer von der Mitgliederversammlung gewählt ist, ist unmittelbar ihr
375 Rechenschaft schuldig und hat von Beginn an die Aufgabe, selbstständig
376 zugewiesene Aufgabenbereiche zu bearbeiten, für politische Auswirkungen
377 geradezustehen und dafür Sorge zu tragen, dass ihr Arbeitsbereich funktioniert.
378 Ohne vorherige Erfahrungen ist das in vielen Fällen schwieriger, was bei vielen
379 unerfahrenen Aktiven Frustration verursacht.

380 **Wir wollen Raum für Strategiefindung schaffen.**

381 Wir wollen strategisch arbeiten, das heißt uns also immer nach den geeigneten
382 Mitteln für die zunächst ermittelten Ziele fragen. Um das zu tun, braucht es
383 jedoch auch die entsprechenden Räume, diese Strategien zu erarbeiten, wir müssen

384 uns Zeit für Strategiefindung nehmen und es schaffen, die notwendigen
385 Akteur*innen zusammenzubringen. Insbesondere bedarf es einer besseren und
386 tiefergehenden Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Landesvorständen. Die
387 Arbeitsgruppe Perspektiven arbeitet im nächsten Jahr an Konzepten wie diese
388 Zusammenarbeit, über die vorliegenden Vorschläge von bspw.
389 Funktionsträger*innenvernetzung und Methodenschulungen hinaus, weiter vertieft
390 werden kann, zum Beispiel durch einen Ausbau des Treffens des Bundesvorstands
391 und der Landesvorstände.

392 **Neugestaltung unserer Diskussionsräume**

393 Im Moment fehlt es uns an Räumen, in denen verbandsweite Diskussionen stattfinden
394 können. Das müssen wir ändern, denn solche Diskussionsräume sind notwendig, um
395 politischen Diskurs überhaupt zu ermöglichen, gemeinsam wichtige Entscheidungen
396 zu besprechen, uns weiterzuentwickeln und zu positionieren. Außerdem sollen
397 unsere Diskussionen und Debatten noch häufiger zu konkretem politischen Output
398 führen, um jungen Menschen so die Möglichkeit zu geben, ihre politischen Ideen
399 in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

400 **Wir wollen eine Zukunft für den SPUNK schaffen.**

401 Der SPUNK hat das Potential, eine wichtige Rolle für Diskussionen in unserem
402 Verband einzunehmen, diese anzuregen und einen konstruktiven Rahmen anzubieten –
403 genauso wie über einzelne Gruppen und Landesverbände hinaus Best Practices und
404 coole Aktionen miteinander zu teilen. Leider geht seine Reichweite immer weiter
405 zurück, die politische Debatte findet nicht mehr dort statt. Das wollen wir
406 ändern und dem SPUNK einen Neustart ermöglichen. Dafür soll die Arbeitsgruppe
407 Perspektiven im nächsten halben Jahr ein Konzept entwickeln, das auch überprüft,
408 ob ein gedruckter SPUNK mit neuem Konzept finanzierbar und bewältigbar ist.

409 **Wir wollen Diskussionen dezentral führen.**

410 Wir sind zu viele, um verbandsweite Diskussionen zu führen, während wir uns alle
411 gegenüber sitzen. Dennoch ist es nötig, Wege zu finden, wie wir mit vielen
412 Leuten, die an verschiedenen Orten leben, diskutieren können. Dabei wollen wir
413 auch tagespolitische Themen diskutieren, die wir mit dem großen Ganzen
414 zusammendenken. Damit fördern wir nicht nur das politische Verständnis unserer
415 Mitglieder, sondern unterstützen sie auch in tagespolitischen Diskussionen.
416 Dafür die Ortsgruppen zu nutzen und beispielsweise im Vorfeld von
417 Bundeskongressen Anträge, relevante Strategieentscheidungen, aktuelle und
418 langfristig entscheidende Themen parallel in verschiedenen Ortsgruppen zu
419 diskutieren, wäre eine sehr gute Möglichkeit hierfür. Vorbild dafür kann
420 beispielsweise das Vorprogramm zum 50. Bundeskongress sein. Die Arbeitsgruppe
421 Perspektiven soll die Voraussetzungen für solche Diskussionen schaffen. Außerdem
422

423 wollen wir erörtern, wie die Ergebnisse dieser Diskussionsprozesse auch noch
424 besser in die politische Sphäre, insbesondere bei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
425 eingebracht werden können.

426

427 Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten online zusammenzuarbeiten und
428 Diskussionen zu führen verbessern. Im Moment werden dafür z.B. Mailinglisten,
429 Telegram oder Trello genutzt. Wir streben dabei langfristig eine
430 Plattformunabhängigkeit und eine Zusammenführung von Kommunikationswegen an. In
431 der Vergangenheit haben wir jedoch gemischte Erfahrungen mit einzelnen
432 Plattformen wie z.B. dem Wurzelwerk oder dem Igel Office gemacht - unsere Online
433 Angebote müssen deshalb so gestaltet sein, dass sie tatsächlich genutzt werden
434 und die Mitglieder müssen an ihre Nutzung herangeführt werden, z.B. mithilfe von
435 Schulungen. Es soll deshalb möglichst bald einen Ort geben, von dem aus man zu
436 Informationen und Online-Angeboten weitergelangen kann, z.B. eine Auflistung auf
437 der Homepage. Langfristig wünschen wir uns außerdem eine Wissensdatenbank in der
insbesondere Leitfäden, Handbücher und Beschlüsse verfügbar sind.

438 **Wir wollen Diskussionen auf Bundeskongressen verbessern,**
439 **indem wir ein neues Verfahren zur Antragspriorisierung**
440 **entwickeln und nur vordiskutierte Anträge besprechen.**

441 Die Zeit auf Bundeskongressen ist knapp – Diskussionen können dort nur
442 eingeschränkt stattfinden. Es ist nötig, diese Diskussion im Vorfeld des
443 Kongresses zu führen. Deshalb wollen wir prüfen, ob wir die die
444 Antragsberechtigung für den Bundeskongress so verändern können, dass nicht mehr
445 einzelne Mitglieder, sondern nur noch Gruppen, also z.B. Gremien aber auch
446 mehrere Einzelpersonen zusammen, antragsberechtigt sind. Dabei wollen wir auch
447 diskutieren, inwiefern eine Quote die Beteiligung von Mitgliedern verschiedener
448 Geschlechter an Antragsprozessen verbessern kann. So gewährleisten wir, dass
449 hinter allen Anträgen, die auf dem Bundeskongress behandelt werden, ein
450 Diskussionsprozess steht, der beispielsweise in Ortsgruppen oder Fachforen
451 stattfinden kann. Wir wollen diese gezielt ermutigen, Anträge im Vorhinein zu
452 diskutieren. Eine solche Änderung stärkt die Ortsgruppen und Fachforen als
453 Diskussionsplattform und ermöglicht es uns, den Anträgen, die diese Hürde
454 genommen haben, mehr Energie auf dem Bundeskongress zu widmen. Außerdem soll es
455 möglich sein ständig Antragsideen auch als Einzelperson online einzubringen, sie
456 z.B. mithilfe der Kommentarfunktion zu diskutieren und Unterstützer*innen dafür
457 zu finden, um so die digitale Partizipation zu stärken.

458 Insgesamt wollen wir uns damit auseinandersetzen, was der Zweck von Anträgen ist
459 und was das für ihre Ausgestaltung bedeutet. Anträge sollen eine angemessene
460 Länge haben und nicht unnötig lang sein. Darüber hinaus kann über Medien wie
461 Themenpapiere nachgedacht werden, in denen sich Menschen mit größerem Fachwissen
462 spezifischer austauschen können.

463 Außerdem wollen wir über ein neues Verfahren zur Antragspriorisierung
464 nachdenken: Abstimmungen könnten zum Beispiel besser vorbereitet werden, wenn zu

465 Beginn der Mitgliederversammlung demokratisch festgelegt wird, welche Anträge
466 behandelt werden und welche nicht. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu zum
467 nächsten Bundeskongress Satzungsänderungen erarbeiten.

468 **Wir wollen auf Bundeskongressen mehr Programmpunkte, die**
469 **sich – auf verschiedene Arten – mit den politischen Themen**
470 **des Kongresses beschäftigen.**

471 Die Bedeutung des Bundeskongresses liegt nicht nur in der Mitgliederversammlung,
472 sondern auch darin, dass er ein vielfältiges Programm an Workshops, Treffen und
473 Diskussionen hat. Sehr große Teile des Programms sind allerdings durch
474 Konvention oder sogar Satzungsbestimmungen festgelegt. Wir wollen ermöglichen,
475 dass auch durch Workshops oder Diskussionsrunden außerhalb der
476 Mitgliederversammlung das Kongressthema oder andere wichtige oder aktuelle
477 Themen behandelt werden und dafür die Anzahl festgeschriebener Programmpunkte
478 verringern.

479 **Wir wollen überprüfen, ob in Zukunft ein oder zwei**
480 **Bundeskongresse pro Jahr stattfinden sollen.**

481 Diskussionen in der Mitgliederversammlung können, egal wie wir sie ausgestalten,
482 keine Einbindung von sehr vielen Mitgliedern herstellen. Dennoch ist der
483 Bundeskongress die größte Veranstaltung, zu der jedes Mitglied fahren kann. Er
484 ist Bildungs- und Diskussionsveranstaltung und wir treffen dort wichtige
485 Entscheidungen, bei denen möglichst viele Mitglieder anwesend sein sollten. Wir
486 brauchen andere Angebote, die Diskussionen im Verband besser ermöglichen und
487 wollen gleichzeitig, dass der Bundeskongress weiter wachsen kann und zentraler
488 Punkt in unserem Veranstaltungsprogramm ist. Er sollte das Event im
489 Jahreskalender sein – gut vorbereitet, sowohl organisatorisch als auch
490 inhaltlich. Das wollen wir durch einen Ausbau von dezentralen Veranstaltungen
491 und Diskussionen im Vorfeld noch verstärken. Die Aufmerksamkeit des gesamten
492 Verbandes auf eine so wichtige Veranstaltung zu legen, würde uns besser
493 gelingen, wenn sie nur einmal jährlich stattfindet. Auch die Vorbereitung könnte
494 gründlicher und unter weniger Stress geschehen.

495 Außerdem werden Bundeskongresse teurer, je größer wir werden – unsere
496 Finanzmittel wachsen aber kaum. Ob wir zwei Bundeskongresse im Jahr langfristig
497 finanzieren können, ohne an Bildungs- und Diskussionsangeboten, die für die
498 Einbindung vieler Mitglieder geeigneter sind, zu sparen, ist sehr fraglich.
499 Stattdessen eine bessere Sommerakademie und Themenkongresse einzuführen, die
500 Debatten in anderen Formaten erlauben würden, könnte uns die dringend nötigen
501 Debattenräume schaffen. An solchen Alternativen zu einem der Bundeskongresse und
502 finanziell machbaren Konzepten soll die Arbeitsgruppe Perspektiven in
503 Zusammenarbeit mit der Schatzmeisterin und mit Einbeziehung des
504 Bundesfinanzausschusses arbeiten. Dabei soll u.a. auch die Arbeit der ehemaligen

505 Strukturkommission mit einbezogen werden. Diese sollen in der nächsten
506 Beteiligungsschleife diskutiert werden.

507 **Ortsgruppen zum Kernstück des Verbands machen**

508 Damit unsere Ortsgruppen tatsächlich zum Kernstück des Verbands werden, bei
509 denen neue Mitglieder eine Anlaufstelle finden, Diskussion und Bildung genauso
510 wie politische Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, müssen wir
511 einige Voraussetzungen erfüllen.

512 **Wir wollen eine einheitliche Aufgliederung und**
513 **Mitgliedschaftsregeln und dafür die Ortsgruppen in der**
514 **Bundessatzung verankern.**

515 Die Ortsgruppen sind derzeit teilweise in Landessatzungen, nicht aber in der
516 Bundessatzung, geregelt. Das führt dazu, dass sich einige Regelungen sehr
517 unterscheiden, einige Landesverbände kennen gar keine Ortsgruppen. Für eine
518 bessere Willkommenskultur wollen wir dabei eine gemeinsame Mitgliederbasis: Neue
519 Mitglieder können so gleichermaßen Informationen über ihre Ortsgruppe, ihren
520 Landesverband und den Bundesverband erhalten. Durch eine bessere Verankerung der
521 Ortsgruppen können wir ihre Rechte stärken und zu einem Verband werden, in dem
522 Mitglieder gleichermaßen Ortsgruppe, Landesverband und Bundesverband angehören
523 und diese Ebenen gut auf unsere gemeinsamen politischen Ziele gerichtet
524 zusammenarbeiten. Dafür soll die Arbeitsgruppe Perspektiven bis zum nächsten
525 Bundeskongress eine Satzungsänderung erarbeiten.

526 **Wir wollen klare Verantwortlichkeiten in allen Ortsgruppen**
527 **haben.**

528 Um eine Willkommenskultur für neue Mitglieder zu haben, miteinander und mit
529 anderen Ebenen zusammenzuarbeiten, braucht es klare Verantwortlichkeiten
530 (idealerweise Vorstände) in allen Ortsgruppen. Schon alleine um die
531 Kommunikation innerhalb des Verbands zu ermöglichen, muss jederzeit klar sein,
532 wer der*die richtige Ansprechpartner*in ist.

533 **Wir wollen, dass Ortsgruppen durch Bundes- und Landesverband**
534 **in ihrer Arbeit unterstützt werden: Durch gemeinsame**
535 **Standards, methodische Schulungen, Vernetzung und Angebote**
536 **für Veranstaltungen.**

537 An vielen Orten sind wir noch relativ klein, was die Arbeit für viele
538 Ortsgruppen schwerer macht. Aber auch die stärkeren Ortsgruppen müssen nicht
539 alle einzeln das Rad neu erfinden. Der Bundesverband und die Landesverbände
540 haben die Möglichkeit, Grundlagen für die Arbeit vor Ort zu schaffen:

541 Erfahrungswerte zu Organisation, Veranstaltungs- und Aktionskonzepte, die dann
542 an Gegebenheiten vor Ort angepasst werden können, Schulungen, die den
543 Ortsgruppen Werkzeuge für ihre Arbeit an die Hand geben und Vernetzungsangebote
544 für Ortsgruppenvorstände. Im Rahmen einer Überarbeitung des Ortsgruppenhandbuchs
545 soll der Bundesverbands Standards festhalten und sie in einer Weiterentwicklung
546 des Handbuchs herausgeben, die Schulungen und Austausch ergänzen und präzisieren
547 können. Ein effektiver und professionell arbeitender Bundesverband stärkt so
548 alle Bereiche der Grünen Jugend und hilft insbesondere kleinen Ortsgruppen und
549 solchen in strukturschwachen Gebieten weiter. Die Arbeitsgruppe Perspektiven
550 soll im Rahmen ihrer Arbeit zu Bildungsstrategie, Standards und dem Konzept für
551 methodische Schulungen Angebote für Ortsgruppen erarbeiten.

552 **Frauen, Inter und Trans fördern**

553 Wir sind ein feministischer Verband. Wir unterstützen eine Gesellschaft vieler
554 Geschlechter. Wir wollen ein Verband sein, in dem Frauen und Inter und Trans
555 eine starke Rolle spielen und von dem dringend nötige gesellschaftliche
556 Veränderung ausgehen kann. Das bedeutet, dass wir vielen jungen Frauen
557 ermöglichen wollen, sich in der Grünen Jugend einzubringen. Dafür bedarf es
558 gezielter Förderung und Empowerment, die der Benachteiligung von Frauen
559 entgegenwirken und sie dazu ermächtigen, aktiv etwas zu verändern. Es geht dabei
560 nicht darum, eine Konkurrenz zwischen verschiedenen im Patriarchat
561 benachteiligten Geschlechtern aufzumachen. Sich nicht-binär identifizierende
562 Personen sind immer mitzudenken. Auch Inter und Trans bedürfen an jeweils
563 eigenen Stellen gezielter Förderung; ihrer Diskriminierung muss aktiv
564 entgegengewirkt werden. Insgesamt ist uns wichtig, Frauen, Inter und Trans nicht
565 jedes Mal pauschal in einen Topf zu werfen, zielgerichtete Förderangebote zu
566 machen und eine Verwechslung der Begrifflichkeiten zu verhindern.

567 **Wir wollen eine Geschlechterstrategie, die alle**
568 **Arbeitsbereiche und alle Ebenen der Grünen Jugend**
569 **berücksichtigt.**

570 Wir haben zwar die Quote als sehr effektives Instrument, Frauenförderung sowie
571 die Förderung von Inter und Trans muss aber auch in vielen anderen Bereichen
572 unserer Arbeit eine Rolle spielen: Wie planen wir Veranstaltungen so, dass sie
573 Frauen, aber auch Inter und Trans ansprechen? Wie fördern wir Frauen in unserer
574 Bildungsarbeit? Wie schaffen wir weibliche Vorbilder für neue Frauen und
575 Vorbilder, die Inter oder Trans sind? Wie verwenden wir unsere Finanzmittel so,
576 dass sie Frauen zugute kommen? Wie und welche Themen kommunizieren wir nach
577 außen? Wie fördern wir Frauen, begeistern sie für politische Arbeit und bereiten
578 sie auf die Übernahme von Verantwortung vor, um nicht nur zur Erfüllung der
579 Quote kurz vor Wahlen Kandidatinnen zu suchen? Wie können wir effektiv gegen
580 sexuelle Gewalt vorgehen, um ein möglichst sicheres Umfeld zu schaffen? Wie
581 machen wir nicht-binäre Menschen in unseren Strukturen sichtbar? Wie können wir

582 verhindern, dass Trans Diskriminierung erfahren? Was braucht es an spezifischen
583 Förderangeboten für Inter und Trans, welche eignen sich nicht? Wo sollten
584 Fördermechanismen für alle aufgrund von Geschlecht benachteiligten Menschen
585 gelten, wo
586 sind gruppenspezifische Lösungen nötig? Um in all diesen Bereichen die
587 Potentiale zur Förderung von Frauen, Inter und Trans und zur Bekämpfung von
588 Diskriminierung zu nutzen, müssen wir uns in einer Geschlechterstrategie auf
589 Methoden einigen und alle, die an diesen Themen arbeiten, in die Pflicht nehmen,
590 sie in ihrer Arbeit umzusetzen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu bis zum
591 nächsten Bundeskongress Grundlagen für eine Geschlechterstrategie erarbeiten.

592 **Wir wollen, dass in unseren zukünftigen Strukturen die**
593 **Förderung von Frauen, Inter und Trans stark mit unserer**
594 **Alltagsarbeit verknüpft ist.**

595 Solche Methoden können wir im Rahmen des Perspektivenprozesses nicht für immer
596 festschreiben, sondern müssen sie weiterentwickeln. Die bisherige Struktur des
597 Frauen-, Inter-, Trans- und Genderrates ist dafür aber kaum geeignet: In viele
598 der Informationen, wie der Mitgliederentwicklung, der Einbindung von Frauen in
599 Strukturen oder Teilnehmer*innenzahlen von Veranstaltungen, hat er kaum
600 Einblick. Wenn er sich Einblick verschafft hat, ist er selten an einer Stelle,
601 wo er etwas verändern kann und kann häufig nur Berichte erstellen. Daneben ist
602 die Zuständigkeit für Veränderung unklar: Die Frauen-, Inter-, Trans- und
603 Genderpolitische Sprecherin hat die beinahe gleichen Aufgaben. Eine Ansiedlung
604 der Aufgaben im Bundesvorstand – federführend bei der Frauen-, Inter-, Trans-
605 und Genderpolitischer Sprecherin – kann diese Probleme beheben. Mit
606 Unterstützung vor allem der politischen Geschäftsführer*in und Schatzmeister*in,
607 die in ihrer Arbeit besonders viel mit organisatorischen Fragen zu tun haben und
608 möglicherweise weiteren Aktiven kann sie so an der Anpassung und Umsetzung der
609 Geschlechterstrategie arbeiten. Den Frauen-, Inter-, Trans- und Genderrat wollen
610 wir deshalb in seiner jetzigen Form abschaffen und die Aufgaben vor allem an die
611 Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitische Sprecherin und ein Team um sie
612 herum geben. Außerdem soll der Austausch zwischen den Zuständigen der Länder
613 vertieft werden, um [so](#) tatsächlich ebenenübergreifend vorgehen zu können.
614 Die Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitischen Sprecherinnen sollen bei der
615 Ausgestaltung der Geschlechterstrategie mitwirken
616 und die Umsetzung in ihrem Landesverband vorantreiben. Die Arbeitsgruppe
617 Perspektiven soll dazu eine Satzungsänderung ausarbeiten,
618 die auch die Ausgestaltung des neuen Teams umfasst.

619 **Bildung, um die Welt zu verändern**

620 Wir wollen uns mit unserem Bildungsprogramm gegenseitig dabei helfen, die
621 Gesellschaft und ihre Funktionsweisen zu verstehen – denn Verständnis und
622 Veränderung müssen Hand in Hand gehen.

623 **Wir wollen eine Bildungsstrategie entwickeln, die**
624 **Veranstaltungsformate, Inhalte und Ziele für unsere**
625 **Bildungsarbeit betrachtet.**

626 Wir wollen junge Leute in ihrem Politisierungsprozess unterstützen und Wissen
627 vermitteln, das im Bildungssystem viel zu kurz kommt. Wir wollen unsere
628 politische Arbeit unterstützen, indem wir inhaltliche Grundlagen für die Planung
629 von politischen Aktivitäten und unsere Wirkung nach außen vermitteln und uns
630 immer wieder neue Impulse geben, damit wir politisch nicht auf der Stelle stehen
631 bleiben. Wenn wir das erreichen wollen, können wir unsere
632 Bildungsveranstaltungen nicht einzeln für sich selbst stehend planen, sondern
633 müssen eine Strategie entwickeln, entlang derer wir unser konkretes
634 Bildungsprogramm planen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll deshalb bis zum
635 nächsten Bundeskongress Grundlagen für eine Bildungsstrategie erarbeiten und
636 dabei auch auf die in den letzten Jahren geleistetete Arbeit zurückgreifen .

637 **Wir wollen, dass die Planung der Bildungsarbeit künftig in**
638 **einem neuen Team stattfindet, das explizit für die**
639 **Bildungsarbeit gebildet wird, sich also nicht automatisch**
640 **aus in andere Funktionen gewählten Funktionsträger*innen**
641 **zusammensetzt, das eng mit dem Bundesvorstand**
642 **zusammenarbeitet und sich teilweise aus diesem**
643 **zusammensetzt.**

644 Die Fachforen leiden derzeit unter ihrer Doppelaufgabe, ein Diskussionsforum zu
645 sein und Bildungsveranstaltungen zu planen. Die beiden Aufgaben sind jedoch sehr
646 unterschiedlich. Für die Planung von Bildungsveranstaltungen sind mehrere
647 verschiedene Fähigkeiten erforderlich, die über die zur Mitarbeit in oder
648 Koordination von einem Diskussionsraum hinausgehen: Zum einen braucht es
649 inhaltliches Vorwissen zum Thema und, durch unseren Anspruch,
650 Gesellschaftskritik und politische Zusammenhänge zu vermitteln, auch zu
651 verwandten Bereichen. Außerdem brauchen die Organisator*innen methodische und
652 organisatorische Fähigkeiten und die Lust, Bildungsveranstaltungen zu
653 organisieren. Viele Mitglieder, die erstmals als Fachforumskoordinator*in
654 kandidieren, wissen wenig von den bevorstehenden Aufgaben und bringen vor allem
655 Interesse am Thema mit. Die Fachforen sollen deshalb zukünftig nicht mehr direkt
656 für die Bildungsarbeit verantwortlich sein, sondern sich darauf konzentrieren,
657 einen Diskussionsraum zu bilden, in dem interessierte Mitglieder sich
658 austauschen und für den Verband relevante Debatten führen können.

659 Die Planung der Bildungsarbeit soll statt wie bisher im Bildungsbeirat zukünftig
660 in einer eigens hierfür gebildeten Gruppe erfolgen. Diese neue Gruppe soll in
661 enger Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand die Aufgabe haben, das
662 Bildungsprogramm der Grünen Jugend zu strategisch zu gestalten. Der
663 Bildungsbeirat besteht zurzeit aus Vertreter*innen der Fachforen und anderer
664

665 Gremien – mit der neuen Struktur wollen wir erreichen, dass die neuen
666 Verantwortlichen nicht nur ihr eigenes Thema in der Bildungsarbeit vertreten,
667 sondern themenübergreifend, anhand von inhaltlichen und strategischen Fragen
668 arbeiten: Welche Inhalte brauchen wir in der aktuellen politischen Situation
669 besonders? Welche Veranstaltungen brauchen wir, um es möglichst vielen
670 Mitgliedern zu ermöglichen, etwas über zentrale Themen zu lernen? Wie gestalten
671 wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen verschiedenen Themen, zwischen
672 allgemeinen Fragen und spezialisierterem Wissen? Strategische Fragen für das
673 Bildungsprogramm können wir im Perspektivenprozess nicht ein für allemal
674 beantworten. Wir brauchen Orte, an denen neue Impulse für eine Strategie
675 entstehen und an denen ein Bildungsprogramm geplant wird, die mit unserer
676 politische Arbeit verknüpft ist und das Synergieeffekte mit unseren anderen
677 Aktivitäten – oder auch den Bildungsangeboten auf Landes- und Ortsebene –
678 schafft. Eine neu gestaltete Gruppe, die eng mit dem Bundesvorstand
679 zusammenarbeitet und sich teilweise aus diesem zusammensetzt, kann so einen Ort
680 bieten. Die konkrete Planung und Ausführung der Bildungsveranstaltungen soll in
681 Projektteams erfolgen, die zusätzlich aus Mitgliedern bestehen, die inhaltliche
682 Expertise oder methodisches Wissen mitbringen oder die Erfahrung in der
683 Bildungsarbeit sammeln wollen. In die Ausgestaltung dieses Angebots sollen die
Expert*innen aus den Fachforen eingebunden werden.

684 Langfristig wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern hier stark
685 erhöhen, um nicht mehr etliche unterschiedliche, sondern ein gemeinsames
686 Bildungsprogramm zu haben, das sich gegenseitig ergänzt.

687 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll zum nächsten Bundeskongress im Rahmen der
688 Umstrukturierung der Gremien einen Vorschlag für die Ausgestaltung dieses Teams,
689 der weiteren Gestaltung der Bildungsarbeit und der neuen Rolle der Fachforen
690 erarbeiten.

691 **Rausgehen und nach außen wirken**

692 Als politischer Jugendverband wollen wir nicht nur uns selbst durch
693 Bildungsangebote weiterentwickeln, sondern auf die Gesellschaft einwirken.

694 **Wir wollen gute Kampagnen nutzen, um unsere**
695 **Organisationsstrukturen weiterzuentwickeln und auf die**
696 **Straße zu gehen.**

697 Kampagnen ermöglichen es uns, in einem Zeitraum geballter Aktivität auf der
698 einen Seite unsere eigenen Organisationsstrukturen weiterzuentwickeln und auf
699 der anderen Seite mit vielen hundert Leuten auf die Straße zu gehen, neue Leute
700 anzusprechen und gesellschaftliche Stimmungen zu beeinflussen. Sie sind deshalb
701 ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Gute Kampagnen erfordern eine politische

702 Analyse der aktuellen Situation durch den Bundesvorstand. Die
703 Mitgliederversammlung trifft die relevanten strategischen und politischen
704 Entscheidungen über unsere Kampagnen. Die Umsetzung soll in Zukunft in einem
705 Kampagnenteam erfolgen, das situationsbedingt aus Teilen des Bundesvorstands
706 besteht, von diesem eingesetzt wird oder zusätzlich aus gewählten Personen
707 besteht, die eng mit dem Bundesvorstand zusammenarbeiten. Im ganzen Verband
708 benötigen wir zur Planung und Umsetzung von Kampagnen gute
709 Kommunikationsstrukturen, starke Ortsgruppen und stabile Strukturen mit klaren
710 Verantwortlichen. Gut aufgebaute Strukturen sind also die Grundlage für
711 erfolgreiche Kampagnen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll wie oben beschrieben
712 daran arbeiten, diese Grundlagen zu schaffen und im besonderen eine gute
713 Kommunikationsstruktur zwischen Bund, Ländern und Ortsgruppen entwerfen –
714 gegebenenfalls unter Einbeziehung der Bundesgeschäftsstelle.

715 **Wir wollen mehr Schulungen für und Austausch zwischen**
716 **Sprecher*innen von verschiedenen Ebenen.**

717 In der Pressearbeit lässt sich viel Zeit und Energie in Arbeit stecken, die uns
718 nur wenig sichtbar macht; was effektiv ist und was nicht ist dabei für neue
719 Sprecher*innen nicht einfach einzuschätzen. Wir wollen deshalb im Rahmen von
720 methodischen Schulungen und durch mehr Austausch mehr Wissen über effektive
721 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei denjenigen schaffen, die uns nach außen
722 vertreten und Synergieeffekte nutzen.

723 **Wir wollen ein Team schaffen, das angebunden an den**
724 **Bundesvorstand an Designfragen und der Weiterentwicklung des**
725 **Corporate Designs arbeiten kann.**

726 Das Corporate Design hat unsere Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert, viele
727 Gliederungen und Mitglieder tun sich mit seiner Verwendung aber schwer. Um
728 unsere Darstellung weiter zu verbessern bietet es sich an, Aktive zu finden, die
729 den Bundesvorstand in Designfragen unterstützen und dabei an der
730 Weiterentwicklung des Corporate Designs arbeiten. Zur Unterstützung der
731 Ortsgruppen und anderer Aktiver sollen Workshops angeboten werden und dafür das
732 vorhandene Workshopkonzept weiterentwickelt werden.

733 **Wir wollen, dass unsere Sprecher*innen ihr Amt länger**
734 **ausüben, um in der Öffentlichkeit präsenter sein zu können.**

735 Effektive Pressearbeit funktioniert vor allem durch Bekanntheit und persönlichen
736 Kontakt zu Journalist*innen. Die Doppelspitze, sehr kurze Amtszeiten und geringe
737 Wiederwahlmöglichkeiten unserer Sprecher*innen (im Bundesverband höchstens zwei
738 Jahre, bei einjährigen Amtszeiten) machen diese Arbeit schwerer. Bis Kontakte zu
739 Journalist*innen aufgebaut werden können, vergeht meist der größte Teil des
740 ersten Jahres und es bleibt nur wenig Zeit, um diese zu nutzen, bis sich

741 Nachfolger*innen neue Kontakte aufbauen müssen. Wenn unsere Sprecher*innen ihr
742 Amt länger ausführen, profitieren wir davon als gesamter Verband. Die
743 Arbeitsgruppe Perspektiven soll eine entsprechende Satzungsänderung vorschlagen.

744 **Wir wollen uns effektiv in die Partei und in**
745 **zivilgesellschaftliche Bündnisse einbringen, um etwas zu**
746 **verändern.**

747 Für gute Partei- und Bündnisarbeit sind die oben beschriebenen organisatorischen
748 Ansprüche an gute Ortsgruppenarbeit, Zusammenarbeit im Verband usw. die
749 wichtigsten Voraussetzungen. Außerdem fehlt es uns hier teilweise an Strategien,
750 die Zuständigkeiten sind unklar. Eine bessere Absprache zwischen Bund und
751 Ländern, die durch eine vertiefte Zusammenarbeit ermöglicht wird, kann hierbei
752 weiterhelfen. Dazu wollen wir z.B. neue Möglichkeiten und Ziele für die
753 Vernetzung von Mitgliedern der Grünen Jugend, die bei Bündnis 90/Die Grünen in
754 Ämtern, Mandaten und Delegationen sind, erarbeiten.

P2 Digitale Partizipation jetzt!

Antragsteller*in: Cyrill Ibn Salem, Stefan Mathias Pape

Tagesordnungspunkt: 5. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND

1 Politische Debatten finden heute immer häufiger digital statt. Über die sozialen
2 Netzwerke diskutieren Menschen von überall auf der Welt miteinander. Der
3 Informationsaustausch und Innovationsprozesse werden dadurch beschleunigt und
4 dezentralisiert. So wird das Netz beispielsweise mit zahllosen Petitionen
5 überflutet, die Ausdruck eines politischen Gestaltungswillens sind, der sich
6 nicht materialisieren kann und daher allzu oft auf der Strecke bleibt.

7 Politische Parteien und auch die Grüne Jugend arbeiten heute jedoch immer noch
8 vorwiegend ortsgebunden und analog. Engagierte Personen müssen bei
9 entsprechenden Treffen physisch anwesend sein oder sich vertreten lassen, um
10 inhaltliche Anträge einbringen und diskutieren zu können. Dies setzt ein
11 Mindestmaß an Mobilität und Mut für politisches Engagement voraus und begrenzt
12 die Zahl der inhaltlichen Beiträge unnötig. Die besten Ideen können wir nur dann
13 finden, wenn wir möglichst viele Köpfe daran beteiligen und dabei auch
14 Diversität sicherstellen. Heute treffen beispielsweise Neumitglieder*innen oder
15 Personen vom Land auf große Hürden, wenn sie sich bei uns engagieren möchten.
16 Genauso ist die kreative Beteiligung der Basisgruppenmitglieder ohne Amt und
17 Funktion oft relativ gering.

18 Deshalb fordern wir die AG Perspektiven dazu auf ein Konzept für eine Plattform
19 zu entwickeln, die es Mitglieder*innen ermöglicht sich einfacher und effektiver
20 zu beteiligen. Dabei schlagen wir die folgenden Funktionen für die neue Online-
21 Plattform vor:

- 22 • Ständige Möglichkeit zur Antragsstellung auf Landes- und Bundesebene
- 23 • Übersichtliche Diskussionsforen für jeden Antrag
- 24 • Abstimmungsmöglichkeit für jedes Mitglied zu jedem Antrag zur Vorselektion
25 der beim Bundeskongress/Landesmitgliederversammlung behandelten Anträge
- 26 • Organisationsforen für Orts- und Arbeitsgruppen
- 27 • Wissensdatenbanken, die z.B. Leitfäden für Ortsgruppenvorstände oder

28 Neumitglieder*innen enthalten

29 Weitere Funktionen sollen von allen Mitgliedern vorgeschlagen und von der AG
30 Perspektiven aufgenommen und diskutiert werden. Zudem bietet es sich an
31 Expert*innen bei der Realisation des Projekts hinzu zu ziehen. Dafür schlagen
32 wir Marina Weisband vor, die mit "Aula" ein vergleichbares und erfolgreiches
33 Projekt auf Schulebene umgesetzt hat.

34 Mit unserer Plattform wollen wir die Partizipation aller Mitglieder*innen
35 stärken. Wir wollen Beteiligungshürden abbauen, mehr und bessere Ideen
36 generieren und Anträge schon vor dem Bundeskongress/einer
37 Landesmitgliederversammlung diskutieren und priorisieren können. Die Plattform
38 muss fest in der Planung von Bundeskongressen oder Landesmitgliederversammlungen
39 mitgedacht werden. Die Funktionen der Plattform sollen daher in Workshops
40 regelmäßig angeboten werden um allen Mitglieder das Wissen zu vermitteln wie die
41 individuelle digitale Partizipation innerhalb der Grünen Jugend möglich ist.

42 Eine eigene Plattform bietet uns als Grüne Jugend die Chance unabhängig von
43 sozialen Netzwerken, und den damit verbundenen Unternehmen zu agieren. Die
44 Nutzung der aktuellen Plattformen geht mit der Preisgabe von persönlichen Daten
45 einher, die zur Profitsteigerung der jeweiligen Unternehmen genutzt wird.

46 Wir wollen als Grüne Jugend mit der Zeit gehen und den Altparteien vormachen wie
47 demokratische Partizipation im 21. Jahrhundert aussehen kann!

Begründung

erfolgt mündlich

V1 Gegen jeden Neoliberalismus!

Antragsteller*in: Felix Steins; Emilia Fester; Linus
Jünemann; Jakob Klooth
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Historischer Teil:

*Durch die Politik des "New Deal" setzte sich im Amerika der 30er, später auch im Nachkriegseuropa die Erkenntnis durch, dass der zuvor praktizierte Laissez-faire-Kapitalismus, also quasi der Verzicht auf Regulation der Wirtschaft, nicht mehr die passende Wirtschaftsform für das Entwicklungsstadium des Kapitalismus war. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 1929, die Große Depression, Massenarbeitslosigkeit, Austeritätspolitik und nicht zu letzten deren maßgeblicher Anteil am Erstarken des Faschismus hatten dies überdeutlich gemacht. Als Gegenentwurf bildete sich eine Politik heraus, die mitunter als "Klassenkampfkompromiss", "Fordismus" oder auch "soziale Marktwirtschaft" bezeichnet wird. Sie stellt die konsequente politische Anwendung keynesianischer Volkswirtschaftslehre dar und setzt als solche auf starke Gewerkschaften, steigende Masseneinkommen, politisch festgelegte Wechselkurse, starke Regulierung des Finanzsektors, hohe Kapitalbesteuerung, Verhinderung von Kapitalkonzentration, hohe Staatsquoten und antizyklische Investitionspolitik. Dadurch herrschte weitgehend Vollbeschäftigung, die ökonomische Ungleichheit war gering, die Arbeiter*innenklasse hatte vergleichsweise viel politische Macht, Krisen waren nur von kurzer Dauer und das Produktivitäts- sowie Wirtschaftswachstum waren hoch - deshalb wird dieser Zeitraum mitunter als "Goldenes Zeitalter des Kapitalismus" bezeichnet.*

*Da diese Regulation im Umkehrschluss vergleichsweise wenig Macht für die Kapitalis*innenklasse bedeutet, bildete sich ab den Fünfzigerjahren eine Gegenbewegung heraus, deren intellektuelles Zentrum die volkswirtschaftliche Schule der Neoklassik ist, die die Ineffizienz staatlicher Institutionen, die Effizienz freier Märkte und deshalb eine umfassende Deregulierung - mithin eine Rückkehr zum Laissez-faire-Kapitalismus - propagiert. Ausgehend von der "Mont Pèlerin Society", die führende Neoklassiker wie Friedrich August von Hayek und Milton Friedman mit Einfluss- und Geldadel vernetzte - und die noch heute das Herzstück der neoliberalen Thinktank-Vernetzung ist [0] -, wurde diese Kampagne eine weltweite politische Strömung, die sich, da sie ja Freiheit des Kapitals und des Marktes forderte, „Liberalismus“ auf die Fahnen schrieb.*

35 *Diese Umdeutung des Freiheitsbegriffs stellte den Beginn einer großangelegten*
36 *Lobby- und Propagandakampagne dar, deren Hauptzweck es ist, eine Gleichsetzung*
37 *von „gut für ökonomische Eliten“ mit „gut für die (nationale) Wohlfahrt“ in die*
38 *Köpfe der Bevölkerung zu pflanzen. Bewusst wurde ein Gegensatz von „sozial“ und*
39 *„wirtschaftlich“ konstruiert, der so nicht vorhanden ist.*

40
41 *Seinen Durchbruch feierte der Neoliberalismus in den Siebzigerjahren, als die*
42 *Vernachlässigung der ökologischen Frage im Allgemeinen beziehungsweise die*
43 *Abhängigkeit vom Öl im Speziellen sowie die Trägheit der Gewerkschaften dazu*
44 *geführt hatten, dass die Ölkrisen in Lohn-Preis-Spiralen und "Stagflation"*
45 *mündeten (wobei das "Stagnation" darin reine neoliberale Propaganda ist, das*
46 *Wirtschaftswachstum war in den 70ern deutlich höher als in jedem Jahrzehnt*
47 *danach). Die scheinbare Unfähigkeit des Keynesianismus, das*
48 *Wohlstandsversprechen weiterhin einzulösen, führte dann dazu, dass zunächst*
49 *liberale und konservative, später auch "sozialdemokratische" und grüne Parteien*
50 *sich dem Neoliberalismus zuwandten.*

51 **Status Quo**

52 Spätestens seit der Finanzkrise 2009, in der das Scheitern des politischen
53 Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein
54 ernsthafter Politiker mehr politisch als „neoliberal“ outen. In weiten Teilen
55 der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab,
56 selbst äußerst bürgerliche Reformisten wie Cem Özdemir [1] tun dies. Dass der
57 Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die
58 jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So
59 sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer
60 immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu
61 Unternehmen zur Produktion von „Humankapital“ und die Vermögenskonzentration
62 nimmt immer weiter zu.

63 Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der gesellschaftlichen Linken
64 nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom Label „neoliberal“
65 hinauszukommen – die entscheidenden Begriffsverdrehungen, Mythen und
66 Assoziationen, mit der die Ideologie des Neoliberalismus den politischen Diskurs
67 geprägt hat und weiterhin prägt, stehen nach wie vor fast unwidersprochen im
68 Raum.

69 Einige Beispiele seien an dieser Stelle erwähnt:

70 **Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und** 71 **Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen** 72 **andererseits:**

73 Der Neoliberalismus behauptet, niedrige Löhne und wenig Umverteilung (zB in Form

74 von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem
75 wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis
76 für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass
77 Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen
78 zu können – sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit
79 verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnt. Und das wiederum ist nur
80 dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von
81 den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr
82 Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum
83 und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).

84 **Der Mythos, das Sparen gut und Schulden böse seien:**

85 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für
86 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf
87 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der „schwäbischen Hausfrau“). Erstens können
88 Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich
89 immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren,
90 wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten
91 Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der
92 wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit, als Volkswirtschaft mehr
93 zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet – das kann
94 allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den
95 südeuropäischen Staaten, keine Lösung.

96 **Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; „There is no such thing as 97 society“**

98 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb
99 zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz
100 und Egoismus, ebenfalls sinnvoll Prinzipien für die gesellschaftlichen
101 Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei.
102 Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuereettbewerb zwischen
103 Staaten, der „marktkonformen Demokratie“, der Inkaufnahme bestehender
104 Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der
105 Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet.
106 Jede linke Organisation oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein
107 Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der
108 Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch
109 Individuen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen geschaffen,
110 sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

111 **Leistungsträgerideologie**

112 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von

113 besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von „Faulheit“
114 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner
115 derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet
116 (insbesondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus
117 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird
118 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht
119 vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die
120 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als „Faulheit“ diffamiert,
121 insbesondere zum Beispiel (linkes) politisches Engagement. Aber auch die
122 Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken, „Chancengleichheit“ zu
123 realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine Verwerfung der
124 Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei, wenn nur alle
125 benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen
126 Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit
127 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

128 **Fazit:**

129 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.
130 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte
131 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen
132 über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht
133 gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den
134 gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht
135 zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen
136 Erfolg von Rechten zu werden.

137 Die GRÜNE JUGEND beschließt,

- 138 1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen.
- 139 2. die Verwendung neoliberaler Konzepte und Begriffe in ihrem Sprachgebrauch
140 zu vermeiden beziehungsweise kritisch-distanziert als Ideologie kenntlich
141 zu machen. Dazu gehören die Gleichsetzung von „gut/schlecht für die
142 Wirtschaft“ und „gut/schlecht für die Unternehmen“; die „schwäbische
143 Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine Verhältnisse leben“; die
144 Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit entstehen; die
145 moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und Verschuldung;
146 dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die
147 Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnsektors)
148 Deutschlands; den Euphemismus des „Wettbewerbs“, wenn es nicht explizit um
149 den Wettbewerb zwischen Unternehmen geht; dass Vollbeschäftigung unmöglich
150 sei; dass sich die Produktivität kaum noch entwickelt, weil alle Menschen
151 gesättigt seien vom Wohlstand; dass Arbeitslose und andere Prekarisierte
152 sich einfach nur mehr anstrengen müssten; dass ökonomischer Erfolg als

153 „Leistung“ verklärt wird; die „Chancengerechtigkeit“; dass „der Markt“
154 grundsätzlich effizient sei und alles deshalb möglichst marktlich zu
155 organisieren sei; der Euphemismus „Freihandel“; die Normalisierung aller
156 Selektion, die ökonomisch begründet wird (zum Beispiel Numerus Clausus
157 etc); der Begriff „Humankapital“; des „wenn jeder an sich denkt, ist an
158 alle gedacht“; die Behauptung, der Kapitalismus sei ein rein ökonomisches
159 und kein politisch-gesellschaftliches (Macht)Verhältnis; dass Politik der
160 Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen sei; die
161 Naturalisierung und damit Inkaufnahme von Ungleichheit; dass jeder „an
162 sich arbeiten“ müsse, um sich gegen andere durchzusetzen; die Verwendung
163 ökonomischer Begriffe in nicht-ökonomischen Kontexten; die Behauptung,
164 dass Menschen grundsätzlich egoistisch seien; dass Menschen sich an
165 Standards, die „der Arbeitsmarkt“ setzt, anpassen müssten; und
166 grundsätzlich alle weiteren Ideologiefragmente, die als "neoliberal"
167 eingeordnet werden müssen.

168 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 2. benannten, neoliberalen
169 Konzepte und Begriffe, mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert
170 ist, als solche zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt
171 und scharf als Ungleichheitsideologie verurteilt.

172 4. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der
173 fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (zB
174 Bildung, Pflege, Wohnen) entgegen zu stellen und für materielle
175 Verbesserungen zu kämpfen.

176 [0]: https://lobbypedia.de/wiki/Mont_Pelerin_Society

177 [1]: <https://www.youtube.com/watch?v=u0zW7jI5xio> ab 0:20 bis 0:40

Begründung

mündlich

V2-B Mit linkem Antifaschismus in die Offensive!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 18.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Mit dem Erstarren rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt beobachten
2 müssen, ist die Relevanz antifaschistischen Engagements für große Teile der
3 gesellschaftlichen Linken wieder deutlich geworden. Gleichzeitig war diese
4 Notwendigkeit für Betroffene und aktive Antifaschist*innen nie unsichtbar. Im
5 Gegenteil ist rassistische und faschistische Gewalt eine Kontinuität, die
6 beispielsweise für PoC, Refugees, LSBTIQ*-Personen so wie viele diskriminierte
7 Gruppen und Antifaschist*innen immer eine Gefahr und damit immer präsent war.
8 Diese Realität erkennen wir an. Wir solidarisieren uns mit allen Betroffenen
9 faschistischer und rassistischer Gewalt sowie allen Antifaschist*innen, die sich
10 Nazis und Rassist*innen teilweise tagtäglich in den Weg stellen.
11

12 Insbesondere Antifaschist*innen werden für ihre Arbeit oft von "Konservativen"
13 und "Liberalen" kriminalisiert. Dabei ist ziviler Ungehorsam gegen Nazis nicht
14 nur legitim, er ist notwendig. Und auch antifaschistische Recherchepraxis
15 erscheint im Angesicht eines versagenden Staates als logische und notwendige
16 Konsequenz.

17 Für uns ist aber auch klar, dass folgende Faktoren für den Erfolg
18 antifaschistischer Arbeit eine wichtige Rolle spielen:

- 19 • Eine Mobilisation, die allein auf moralischer Überlegenheit basiert, kann
20 auf Dauer nicht funktionieren. Nazis nur als "rechte Arschlöcher" zu
21 betiteln und mit Festen und Konzerten die eigene moralische und
22 vermeintlich auch intellektuelle Überlegenheit zu feiern, dient nicht der
23 erfolgreichen Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern wesentlich dem,
24 dass sich alle Beteiligten moralisch besser fühlen können, indem sie sich
25 als Gegenpol zu einer als amoralisch bezeichneten politischen Haltung
26 profilieren können.
- 27 • Niemand wird als Vertreter*in rechter Ideologien geboren, sondern von
28 seiner*ihrer Sozialisation und den gesellschaftlichen Verhältnissen,
29 insbesondere der sozialen Lage, dazu gemacht. Diese Verhältnisse sind
30 veränderbar - Antifaschismus muss daher auch heißen, "alle Verhältnisse
31 umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein

32 verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Für die
33 gesellschaftlichen Verhältnisse ist die gesamte Gesellschaft
34 verantwortlich, nicht die Menschen als Einzelne.

- 35 • Der Gegenpol zu "politisch Rechts" ist nicht einfach "nicht Rechts",
36 sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen
37 würde, "nicht rechts" zu sein, wird die Definition der (zurzeit
38 bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn "rechts" genau ist,
39 akzeptiert. In Zeiten neoliberaler Hegemonie führt das dazu, dass
40 ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun
41 wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und
42 offen rechter Ideologie: Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus
43 extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht - der
44 Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen
45 verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter,
46 sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht
47 mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein -
48 das Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde
49 widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch der offen
50 rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel
51 für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu
52 einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass
53 persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und
54 man dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich
55 gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt
56 auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses
57 Prinzip den Kampf der Nationen und Ethnien gegeneinander - was an sich
58 schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren,
59 rechtsextremen Sozialdarwinismus. Positiv davon abgrenzen kann sich
60 wiederum nur das linke Ideal, dass eine Orientierung am Allgemeinwohl
61 fordert und den Menschen als gesellschaftliches, solidarisches Wesen
62 erkennt, dass nicht auf Kosten, sondern mit anderen das eigene Glück
63 mehren kann. Nichtsdestotrotz müssen wir auch von konservativen oder
64 neoliberalen Kräften verlangen, dass sie sich im Kampf gegen
65 Antidemokrat*innen sowie rassistische und faschistische Gewalt auf die
66 Seite der Betroffenen und der Gegendemonstrierenden stellen.
- 67 • Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass
68 der Neoliberalismus den Menschen als gesellschaftliches Wesen unterdrückt
69 und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb zwischeneinander
70 propagiert und herstellt. Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl
71 der Entwurzelung, des Verlusts gesellschaftlichen Miteinanders und der
72 Einsamkeit. Und dies ist nicht nur ein Gefühl. Tatsächlich wird das
73 Sozialsystem zusammengeschrumpft, Infrastruktur wird abgebaut und so eine

74 bewusste Segregation vorangetrieben. Daran kann die Rechte anknüpfen,
75 indem sie ein neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen eines
76 nationalen Kollektivs verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung
77 gegenüber anderen, insbesondere Minderheiten und Linke, definiert. Wenn
78 Antifaschismus als reine moralische Abgrenzungshaltung und
79 gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen einfach nur zwei
80 Lager, die sich beide wesentlich durch die Abgrenzung vom jeweiligen
81 Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen,
82 eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der
83 neoliberalen Vereinzeln einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt
84 und damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale
85 Vereinzeln Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf
86 muss die Utopie einer solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete
87 Handeln muss Solidarität heißen!

88 **Fazit**

89 Die GRÜNE JUGEND vertritt konsequent explizit linken Antifaschismus.

90 Uns ist es wichtig, dass Antifaschismus nicht die bloße Verteidigung des
91 (neoliberalen) Status Quo ist, sondern immer kämpferisch in Richtung einer
92 befreiten Gesellschaft streitet. Das wird deutlich, indem wir als GRÜNE JUGEND
93 unser Mitwirken an der Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und
94 insbesondere der Beantwortung der sozialen Frage deutlich machen - und unseren
95 solidarischen Gegenentwurf zum neoliberalen Status Quo formulieren, aufzeigen
96 und praktizieren.

97 Die GRÜNE JUGEND ist der Überzeugung, dass ein wesentlicher Erfolgsfaktor der
98 Rechten deren Framing-Strategien sind. Das heißt, dass rechte Diskurse die
99 politische Debatte dominieren, weil sie, unter anderem, immer wieder durch
100 bewusste Provokationen in den Vordergrund gestellt werden. Wir wollen linke
101 Diskurse in der Gesellschaft wieder stärker nach vorne stellen, weil wir der
102 Überzeugung sind, dass dies wesentlich für eine erfolgreiche Bekämpfung rechter
103 Positionen ist. Wir erarbeiten dafür Ansatzpunkte und werden diese weiter
104 diskutieren. Der Bundesvorstand und das zuständige Fachforum werden damit
105 beauftragt, diese Diskussion aktiv und moderierend mitzugestalten.

106
107 Die GRÜNE JUGEND wirkt darauf hin, in antifaschistischen Demobündnissen,
108 Zusammenschlüssen und sonstigen politischen Kontexten die oben beschriebene
109 Erkenntnis durchzusetzen und zu kommunizieren. Das heißt **nicht**, die Spaltung von
110 eher liberalen Antifaschist*innen zu betreiben, aber diesen muss sehr wohl vor
111 Augen geführt werden, dass der neoliberale Status Quo nicht mehr tragfähig ist
112 und sie sich langfristig zwischen der Dystopie der Rechten und einer linken,
113 solidarischen Alternative entscheiden müssen.

V3-B Meer rett' ich!

Gremium: Mltgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Die Ozeane bedecken 71% der Erdoberfläche, aber der Meeresboden ist weniger
2 erforscht als die Oberfläche des Mondes. Dabei übernehmen Meere für den Menschen
3 sehr wichtige Funktionen: Sie regulieren unser Klima, indem sie überschüssige
4 Wärme und CO₂ aus der Atmosphäre aufnehmen, die unsere Erde sonst schneller und
5 stärker erhitzen würde. Zudem wurde jedes zweite Sauerstoffmolekül, das wir
6 atmen von Algen produziert. Meere bieten außerdem ein Nahrungs- und
7 Erholungsangebot für den Menschen. Die Meere sind also von großer Bedeutung für
8 uns. Gleichzeitig sind die Meere und ihre Organismen global extrem gefährdet
9 durch die Klimakrise, Überfischung und der Verschmutzung durch Müll, Chemikalien
10 und Lärm. Bisher sind nur 4% der Hohen See Meeresschutzgebiete, dies ist aber
11 viel zu wenig, um die Biodiversität in diesen Gebieten zu erhalten und zu
12 schützen.

13 Die deutsche Nordsee

14 Die Nordsee in Deutschland ist Lebensraum für viele verschiedene Lebewesen. Hier
15 (und auch in der Ostsee) kommt die einzige deutsche Walart vor, der Schweinswal.
16 Er ist durch die Stellnetzfisherei gefährdet, da sich die Wale verheddern und
17 dabei ersticken können. Zudem stellt Lärm durch Schiffe und die Errichtung von
18 Offshore-Windparks eine zusätzliche Bedrohung für den Schweinswal dar.

19 Das Watt, das sich an der deutschen Nordseeküste lang erstreckt, wurde 2009 zum
20 UNESCO Weltnaturerbe ernannt und ist ein besonders schützenswerter Lebensraum.
21 Im Watt herrscht eine hohe Biomasseproduktion und hohe Biodiversität. Dadurch
22 leben viele Lebewesen im Wattboden und auf dem Meeresboden. Die
23 Schleppnetzfisherei, die die Fischerei zum Fang von Krabben einsetzt, erzeugt
24 einen hohen Beifang, dadurch, dass nicht nur die am Boden lebenden Garnelen
25 gefangen werden, sondern auch viele andere Lebewesen.

26 Außerdem werden vor Sylt Sandvorspülungen als Küstenschutzmaßnahme durchgeführt,
27 bei denen Sand vor der Küste aufgesaugt und an den Strand gespült wird, dabei
28 werden die Lebewesen im Watt regelrecht begraben und sterben meist ab. Das
29 Ökosystem kann sich meist nach einiger Zeit wieder erholen, jedoch wird es
30

31 kritisch, wenn die Abstände zwischen den Vorspülungen immer kürzer werden und
das Ökosystem weniger Zeit hat sich zu erholen.

32 In der Nordsee befindet sich die Ölplattform Mittelplate. Sie wurde vor der
33 Gründung des Nationalparks Wattenmeer und der Ernennung zum UNESCO Weltnaturerbe
34 errichtet und genießt somit Bestandsschutz. Sie ist aus dem UNESCO
35 Weltnaturerbegebiet ausgechnitten, genauso wie eine weitere Stelle an der
36 Probohrungen geplant sind. Die Mittelplate würde jedoch bei einem Unfall durch
37 das Freisetzen von Öl extreme Schäden im Wattenmeer anrichten. Vor der
38 Mittelplate liegt eine Sandbank auf der jährlich große Küstenvögelpopulationen
39 mausern und für diese Zeit flugunfähig sind, würde sich zu dieser Zeit im Jahr
40 eine Ölkatastrophe ereignen, würde eine Großzahl der Vögeln sterben und die
41 Populationen wären dadurch stark gefährdet.

42 Die Grüne Jugend fordert, dass neue Technologien wie leichte Elektroschocks, die
43 die Garnelen hochschrecken lassen und sie so leichter ohne Beifang gefischt
44 werden können, verpflichtend in der Krabbenfischerei einzusetzen. Zudem fordern
45 wir die Sandvorspülungen nur so selten wie möglich durchzuführen und weiter zu
46 erforschen, welche Folgen sie für das Ökosystem vor Ort haben. Wir fordern
47 zudem, dass keine Probohrungen in der Nordsee durchgeführt werden und keine
48 weitere Ölbohrinsel erbaut wird. Zudem fordern wir einen zeitnahen Ausstieg aus
49 den fossilen Brennstoffen und einen sofortigen Bohrstopp auf der Mittelplate in
50 der deutschen Nordsee.

51 **Meere Weltweit**

52 **Ozeanversauerung und Temperaturanstieg**

53 Dadurch, dass die Ozeane überschüssige Wärme und CO₂ aus der Atmosphäre
54 aufnehmen, hat die Klimakrise auch extreme Folgen für das Leben in den Meeren:
55 Die Klimakrise führt zu einem Temperaturanstieg in den Meeren von 0,13°C pro
56 Jahrzehnt in den letzten hundert Jahren und Forscher*innen gehen von 1-4°C
57 Meerestemperaturanstieg bis 2100 aus. Zudem ist der pH-Wert in den Meeren bisher
58 um 0,1 Einheiten zurückgegangen und wird wahrscheinlich, so Forscher*innen, bis
59 2100 um weitere 0,3 bis 0,4 Einheiten sinken (das bedeutet das Meerwasser wird
60 saurer). Dies hört sich zunächst nicht so dramatisch an, da aber die Tier- und
61 Pflanzenwelt sehr stark an ihren Lebensraum angepasst ist, haben schon die
62 kleinsten Veränderungen starken Einfluss auf ihre Populationen. Der
63 Temperaturanstieg in den Meeren führt zu erhöhten Sterberaten, extremen
64 Migrationsbewegungen mancher Arten und dem Verlust von Brutstätten. Die Folgen
65 der Versauerung der Meere ist gravierend, da sie die lebenswichtige Kalkbildung
66 der Lebewesen, wie Muscheln, Korallen oder Seeigel stark beeinträchtigt. Dies
67 führt zu teils unumkehrbarem Verlust von Biodiversität und Veränderungen von
68 Ökosystemen. Das genaue Ausmaß dieser Veränderungen ist meist noch nicht genau
69 abschätzbar, da wir zu wenig über den Lebensraum wissen.

70 Daher fordert die Grüne Jugend die Ursachen des menschengemachten
71 Temperaturanstiegs der Atmosphäre und somit der Ozeane und den Ausstoß von CO₂
72 sofort zu reduzieren und die Klimakrise zu bekämpfen.

73 **Fischerei**

74 Die globale Überfischung hat gravierende Folgen für das Ökosystem der Meere.
75 Durch die Überfischung der Meere kommt es zu extremen Reduzierungen von
76 Fischpopulationen bis hin zum Aussterben einiger Fischarten und damit zu
77 unumkehrbaren Folgen für ganze Ökosysteme. Vor allem wenn noch nicht
78 geschlechtsreife Fische gefischt werden, die sich bisher noch nicht vermehren
79 konnten, werden die Populationen stark bedroht.

80 Zudem kommt es wahrscheinlich durch die Überfischung zu Massenvermehrungen von
81 Quallen, da Fische ihre natürlichen Fressfeinde sind. Dies hat nicht nur
82 Auswirkungen auf das Ökosystem, sondern auch auf die Fischerei und auf den
83 Tourismus an beliebten Badeorten. Durch die Klimakrise wird dieser Prozess noch
84 zusätzlich verschärft, da durch eine erhöhte Meerestemperatur der
85 Sauerstoffgehalt abnimmt und Quallen niedrigere Sauerstoffkonzentrationen besser
86 ertragen im Gegensatz zu anderen Lebewesen wie Fische.

87 Aquakulturen stellen leider meiste keine gute Alternative zum wilden Fischfang
88 dar, da meist Raubfische in Aquakulturen gehalten werden und somit Fischmehl aus
89 wildem Fischfang zur Fütterung verwendet wird. Zudem werden in Aquakulturen
90 meist große Mengen an Nährstoffen und Medikamenten eingesetzt, die das Ökosystem
91 vor Ort stark beeinflussen.

92 Daher fordert die Grüne Jugend, dass Fischfangquoten eingehalten und stenger
93 kontrolliert und bei Verstoß bestraft werden. Zudem sollen Mindestgrößen erhöht
94 werden, damit nur die geschlechtsreifen Fische gefangen werden. Außerdem fordern
95 wir umweltfreundlichere Alternative zu Aquakulturen zu fördern. Es existieren
96 bereits Konzepte wie Aquaponik, die einen geschlossenen Nährstoffkreislauf
97 bilden und an Land eingesetzt werden statt in den Meeren, meist sind diese aber
98 kostenintensiver als die umweltschädlichen Aquakulturen in den Meeren.

99 Zudem fordern wir die Umsetzung von neuen Technologien um Beifang zu reduzieren
100 beispielsweise durch richtige Anpassung der Maschenweite von Netzen, um nur die
101 gewünscht Fischart zu fangen oder den Einsatz von akustischen Signalen, die
102 beispielsweise Meeressäuger verschrecken, sodass sie nicht in die Fischernetze
103 geraten können.

104 **Einschleppen von fremden Arten**

105 Durch die Globalisierung und dem damit einhergehenden verstärkten Schiffsverkehr

106 auf den Meeren, kommt es zu einer Verbreitung von ortsfremden Arten weltweit. Da
107 Containerschiffe Ballastwasser laden müssen, um beispielsweise ihre
108 unterschiedlich schwere Ladung auszugleichen oder mehr Tiefgang bei Sturm zu
109 erlangen, nehmen sie auch Meereslebewesen auf, die sie dann an anderen Orten, an
110 denen sie das Ballastwasser wieder ablassen, freilassen. Nicht alle aber einige
111 Lebewesen überleben in dem neuen Ökosystem und können sich dort teilweise extrem
112 ausbreiten und andere, heimische Arten verdrängen, dies nennt man dann
113 Bioinvasion. Dieser Prozess wird teilweise von der Klimakrise noch verstärkt, in
114 dem eine erhöhte Meerestemperatur die Ausbreitung fremder Arten aus sonst
115 wärmeren Gebieten begünstigt. Nicht immer führt der Eintrag von ortsfremden
116 Lebewesen sofort zu einer extremen Störung des Ökosystems, aber die Folgen sind
117 bisher noch nicht abschätzbar, die dieses Einschleppen zu Folge haben kann.

118 Daher fordert die Grüne Jugend, dass der Einsatz von Technologien wie der
119 Ozonbestrahlung des Ballastwassers bei Containerschiffen verpflichtend wird, um
120 die Einführung neuer Arten auf ein Minimum zu beschränken. Dafür müssen
121 Kontrollen durchgeführt werden und Verstöße bestrafen.

122 Wir fordern außerdem globalen Meeresschutz, denn nur länderübergreifend kann die
123 Artenvielfalt der Meere erhalten und geschützt werden. Außerdem fordern wir ein
124 Vorantreiben des Schutzes der Hohen See, das momentan von der UN verhandelt
125 wird. Dabei sollen bis 2020 circa 10% der Hohen See unter Schutzstatus gestellt
126 werden, doch Forscher*innen empfehlen für effektiven Schutz der Biodiversität
127 mindestens 30% der Meere als Schutzgebiete zu deklarieren.

128 **Verschmutzung durch Plastik**

129 Auf jeden Quadratkilometer Meer kommen heute bis zu 46.000 Teile Plastikmüll. Es
130 gibt verschiedene Ursachen dafür wie dieser in die Meere gelangt. Vor allem ist
131 die Fischwirtschaft Grund für den Plastikmüll, denn Netze oder Fanggeräte gehen
132 verloren und treiben jahrzehntelang weiter im Meer, an denen Fische oder andere
133 Meerestiere hängen bleiben können und sterben. Durch Schiffe, die illegalerweise
134 ihren Plastikmüll im Meer entsorgen oder denen unabsichtlich Fracht über Bord
135 geht, gelangt auch Plastik ins Meer. In Mülldeponien an der Küste oder an
136 Flüssen wird auch Müll ins Meer geweht.

137 Das Plastik schwimmt dann im Meer entweder an der Wasseroberfläche oder treibt
138 in der Wassersäule oder es sinkt zu Boden. Es wird durch Sonne, Salz und
139 Meeresorganismen mit der Zeit weiter zerkleinert zu kleinen Partikeln, die man
140 kaum noch mit bloßem Auge sehen kann. Diese Partikel heißen dann Mikroplastik.
141 In einigen Teilen der Erde wurden Wasserproben genommen, in denen mehr
142 Mikroplastik als (für Meeresorganismen lebensnotwendiges) Plankton vorkam.

143 Mikroplastik entsteht auch beim Waschen von Kunstfasertextilien wie
144 Fleecepullis, diese verlieren kleine Plastikfasern beim Waschen, die von

145 Filteranlagen teilweise nicht herausgefiltert werden können und somit in Flüssen
146 und dann im Meer landen. Kosmetikprodukte können auch Mikroplastik enthalten,
147 beispielsweise Peelings oder Zahnpasten.

148 Das Plastik wird teilweise von den Meeresorganismen aufgenommen, seien es
149 größere Teile, die von Meeressäugern verschluckt werden oder kleinere Partikel
150 wie das Mikroplastik, das vom Plankton gar nicht mehr auseinander zu halten ist.
151 Die Meeresorganismen können das Plastik nicht verdauen, es lagert sich im Magen
152 an und sie verhungern teilweise mit vollem Magen. Im Speisefisch enthalten,
153 gelangt das Plastik dann wieder bei uns Menschen auf den Teller.

154 Die Dauer der Zersetzung von Müll im Meer ist unterschiedlich. Papier oder
155 Karton zersetzt sich bereits nach 1-2 Monaten. Zigaretten und Plastiktüten
156 werden nach 10-20 Jahren zersetzt. Getränkedosen brauchen 200 Jahre,
157 Plastikbesteck 100-1000 Jahre und Glas bis zu 4000 Jahre bis sie zersetzt
158 wurden. Eine Windel wird nach circa 450 Jahren zersetzt und einige Kunststoffe
159 lassen sich nie zersetzen.

160 Die Grüne Jugend fordert, das Problem der Meeresverschmutzung endlich stärker zu
161 fokussieren und die Meere weltweit zu schützen. Wir unterstützen die Maßnahmen
162 der EU-Kommission, viele Plastik-Einmalprodukte zu verbieten, doch dies geht
163 nicht weit genug. Für den Schutz der Meere muss bis 2030 die Mehrwegquote in
164 Getränkemärkten 95% betragen. Ebenfalls muss mehr Geld in Forschung und
165 Entwicklung fließen, um Recycling attraktiver zu machen und einfacher zu
166 gestalten und um andere Verpackungsmöglichkeiten, außer Plastik, zu schaffen.

167 **Verschmutzung durch Unterwasserlärm**

168 Ein weiteres Problem in den Meeren ist der Unterwasserlärm durch Frachtschiffe.
169 Dieser kann Tiere und Organismen so stark durcheinanderbringen, dass sich ihre
170 Routen ändern und sie an Küsten stranden, da ihr eigener Schall durch fremden
171 Schall durcheinander gebracht wird.

172 Es muss eine globale Strategie ausgearbeitet werden, die dem Trend zunehmenden
173 Unterwasserlärms entgegenwirkt. Unterwasserlärm ist als eine Form der
174 Meeresverschmutzung gemäss dem Sustainable Development Goal 14.1 anzuerkennen,
175 das vorsieht, bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung zu verhüten und
176 erheblich zu verringern. Es ist klar: Bewilligungen für lärm erzeugende
177 Aktivitäten im Meer dürfen nicht ohne vorhergehende umfassende, belastbare und
178 transparente Umweltverträglichkeitsprüfung erteilt werden.

179 Wir fordern, dass „Ruhezonen“ eingerichtet werden, wobei für die
180 Prioritätensetzung wissenschaftliche Grundlagen wie die Areas of Interest for
181 Important Marine Mammal Areas und die Ecologically or Biologically Significant
182

Marine Areas heranzuziehen sind.

Begründung

Erfolgt mündlich